

Termine:

Bd. XXII

Justizprüfungsamt?

Ja — nein

Falls ja: P — K — V — R

Unterschrift:

Mitteilungspflicht

zu b) **Haft**

Staatsanwaltschaft

bei dem ~~Landgericht~~ Berlin

Kammergericht

Strafsache

bei de — Strafkammer des — gericht

Verteidiger:

zu b) RA. Scheid

Vollmacht Bl. 45
Bd. XIV

gegen a) Lindow,

Kurt

b) Königshaus,

Frank u.a.

wegen Mordes

Haftbefehl Bl. 21 X III — aufgehoben Bl.

Anklage Bl.

Eröffnungsbeschluß Bl.

Hauptverhandlung Bl.

Urteil des I. Rechtszugs Bl.

Berufung Bl.

Entscheidung über die Berufung Bl.

Revision Bl.

Entscheidung über die Revision Bl.

Schutzfrist beachten

Landesarchiv Berlin

B Rep. 057-01

Nr.:

4044

Strafvollstreckung im
Vollstreckungsheft — Bl.

Zählkarte Bl.

Strafnachricht Bl.

Ss

Ks Ls Ms

1 Js 1164 (RSHA)

AU 57

Weggelegt

Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

Geschichtlich wertvoll? — Ja — nein —

[illegible]

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

<u>Gegenstand:</u>	<u>Datum:</u>	<u>Blatt:</u>
Vernehmungsprotokoll S c h u l e r	14.4.70	1 - 9
" B e n z l e r	15.4.70	10 - 19
" Dr. H a u s s	15.4.70	20 - 22
" B l e i c h e r	16.4.70	23.-27
" R o s c h e r	17.4.70	28 - 35
" S t e g m e i e r	20.4.70	36 - 41
" W. B e c k e r	21.4.70	42 - 48
Vermerk betr. Charlotte M ü l l e r	21.4.70	49
Vernehmungsprotokoll K. J a k o b i	22.4.70	50 - 53
Vermerk betr. D i r s c h l, geb. Wolfert	23.4.70	54 - 57
Vernehmungsprotokoll S i m o n	23.4.70	58 - 63
" I r r g a n g	24.4.70	64 - 67
(A) " K ö n i g	27.4.70	68 - 76
" L e e s e r	27.4.70	77 - 87
" B e n d e r	29.4.70	88 - 91
" K r ö n i n g	29.4.70	92 - 94
" W i t t i g mit Anlage	28.4.70	95 - 101
Vermerk betr. Ausbleiben G o t t s c h a l k	28.4.70	102
Schreiben an S c h u l e r	5.5.70	103
Schreiben StA b.d.LG München I betr. Strafsakten P a n z i n g e r	28.4.70	104
Antwortschreiben von S c h u l e r	1.6.70	105
Auszahlungsantrag betr. Zeugengebühren an W i t t i g u. R o s c h e r	6.5.70	106 <i>Fu/106a/11</i> 107
Schreiben von StA Klarner StA b.d. LG München II an EStA Hauswald	25.5.70	110

Gegenstand:	Datum:	Blatt:
Schreiben der StA Hamburg , betr. Zeugenvernehmung K ö n i g	20.4.70	111
Vfg. an die Zentr.-Stelle Ludwigsburg Übersendung von 14 Vernehmungen	9.7.70	112
Vernehmungsprotokoll G e i g e r, J.	14.7.70	113 -121
Vernehmungsprotokoll - Anhörungsvermerk - M ü l l e r, Elisabeth-Charlotte	14.7.70	122 -124
Auszahlungsantrag , betr. Zeugengebühren D i t t r i c h, H.	15.7.70	125
Vernehmungsprotokoll D i t t r i c h, Horst	15.7.70	126 -133
Vernehmungsprotokoll L i n d o w, Kurt	16.7.70	134- 145
Vernehmungsprotokoll G ü n t h e r, Antonie	13.8.70	146 -151

Vernehmungsniederschrift

Gegenwärtig: EStA. Hauswald
als Vernehmender
JA. Fuchs
als Protokollführerin

Auf Vorladung erscheint beim Amtsgericht Ebingen Herr

Eugen S c h u l e r

Expedient

geboren am 22.12.1919 in Tailfingen Krs. Balingen
wohnhaft in Tailfingen, Panoramastrasse 41

und erklärt, nachdem er auf sein Aussage- und Auskunftsverweigerungsrecht nach §§ 52 und 55 StPO hingewiesen worden ist, folgendes:

Mir ist mitgeteilt worden, daß ich in Fortsetzung meiner Vernehmung vom 23. April 1968 in vorliegender Sache zu weiteren Einzelheiten der Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener im Konzentrationslager Buchenwald durch das sogenannte Kommando 99 vernommen werden soll.

Die Vernehmung vom 23. April 1968 wurde in ihrem wesentlichen Inhalt mit mir nochmals durchgesprochen. Ich halte meine dortigen Aussagen in allen Punkten aufrecht und bestätige sie erneut. Insbesondere wiederhole ich meine Angaben zum Zeitraum und dem Umfang dieser Exekutionen, die nach meiner sicheren Kenntnis und Erinnerung bis zum April 1943 - Zeitpunkt meiner Versetzung nach Oranienburg - andauerten und auch noch nach meiner Versetzung fortgeführt wurden.

Mir wurden Listen sowjetischer Kriegsgefangener aus dem Dokumentenordner KL III b / 7 B vorgelegt. Sie enthalten die Personalien sowj. Kgf., die zu bestimmten Zeitpunkten im Mai/Juni 1942 aus verschiedenen Stalags und von verschiedenen Stapostellen in das KL Buchenwald eingeliefert worden sind. Offensichtlich sind sie nicht in das Schutzhaftlager oder das besondere für Kriegsgefangene, in den Blöcken 1, ~~3, 5, 6~~ 7, 13 und 19 eingerichtete Lager aufgenommen worden, da entsprechende Vermerke auf den Listen fehlen.

Die mir vorgelegte Liste vom 4. 5. 1942 enthält Vor- und Zuname von fünf sowjetischen Kriegsgefangenen mit Angabe der Stalags, von denen sie über Rudolfsstadt in das KL Buchenwald eingeliefert worden sind. Diese Liste von Neuzugängen hat SS-Hauptscharführer K o e n i g unterzeichnet. K o e n i g ist mir als Angehöriger des Kommandos 99 bekannt, weil ich in der ersten Zeit der Exekution die Angehörigen des Exekutionskommandos noch namentlich aufrufen mußte. Ich kann mich noch genau erinnern, bei diesem Aufrufen auch K o e n i g durch den Lautsprecher namentlich durchgegeben zu haben. Erst später im Verlauf des Jahres 1942 genügte es, für den Aufruf des Exekutionskommandos zur Durchführung von Erschießungen im Pferdestall, dieses mit der Deckbezeichnung "Kommando 99 zum Pferdestall " zusammenzurufen. Grund hierfür war, daß das Exekutionskommando inzwischen zu einem ständigen geworden war und dessen Angehörige bei dem Aufruf sofort unterrichtet waren, wem und zu welchem Zweck dieser Aufruf galt.

Bezüglich K o e n i g kann ich infolge des erheblichen ~~xxxxx~~ Zeitablaufes nicht mehr angeben, welche Funktion er im Mai, Juni 1942 im KL Buchenwald wahrzunehmen hatte. Ferner ist mir nicht bekannt, welche Aufgaben K o e n i g beim Kommando 99 im einzelnen wahrzunehmen hatte, d. h. ob er mit der Registrierung der sowjetischen Kriegsgefangenen befasst war oder dem Erschießungskommando selbst als Schützer oder Absperrungspersonal oder als Angehöriger des SS-Personals fungierte, daß die sowjetischen Kriegsgefangenen in den Erschießungsraum zu begleiten hatte.

Aus der Tatsache, daß die mir vorgelegte Liste vom 4. 5. 1942 keinen Vermerk enthält, aus dem zu ersehen wäre, in welchen Block des Schutzhaftlagers diese

fünf Russen eingeliefert worden sind bzw. ob und daß sie in das besondere Kgf-Lager innerhalb des Schutzhaftlagers eingeliefert worden sind, ist für mich eine entscheidender Anhaltspunkt dafür, daß es sich um eine echte Einlieferung nicht handeln kann. Nach meiner Kenntnis sind im Jahre 1942 russische Kriegsgefangene nur aus zwei Gründen in das KL Buchenwald eingeliefert worden:

- a) wenn es sich um Kriegsgefangene handelte, die zu Arbeitszwecken eingesetzt werden sollen. Die Art des Arbeitseinsatzes ist mir nicht, weil ich diese aus meiner Tätigkeit in der Fernschreibstelle nicht erfahren konnte. Dagegen war aus den die Transporte sow. Kriegsgefangener ankündigender Fernschreiben zu erkennen, daß bestimmte Transporte zum Zwecke des Arbeitsansatzes eintreffen werden.
- b) besondere Transporte sow. Kriegsgefangener in der Stärke von etwa 15 bis 20 Mann, mitunter auch mehr bis zu 40 und 50, gelegentlich auch mal von nur einigen wenigen Kriegsgefangenen in der Zahl von 2, 5 oder 10. Bei den Fernschreiben dieser besonderen Transporte konnte ich aus deren Inhalt bereits entnehmen, daß ihre Einlieferung nur zum Zwecke der Exekution vorgenommen wurde. Das Wort Exekution stammt ausdrücklich in den Fernschreiben drin, wie ich mich noch heute erinnere. Kurze Zeit später, nachdem ich ein solches die Exekution anordnendes Fernschreiben entgegengenommen und an die Adjutantur weitergeleitet hatte, d. h. zur Schreibstube der Kommandatur und dort dem Stabschef persönlich übergeben hatte, bekam ich als dienstführender Fernschreiber vom Adjutanten oder Kommandanten die Anweisung, über den Lagerlautsprecher das "Kommando 99 zum Pferdestall" aufzurufen.

Da es außerdem unter a und b genannten Einlieferungsgrund nach meiner sicheren Erinnerung keine weiteren Gründe für eine Überstellung sow. Kriegsgefangener in das KL Buchenwald gegeben hat, muß nach meiner sicheren Auffassung die Liste der Neuzugänge vom 4. 5. 1942 mangels anderweitiger Vermerke, z. B. Angabe des Blocks oder eines Arbeitskommandos, die Namen von fünf Russen enthalten, die offensichtlich exekutiert worden sind.

Aus der mir vorgelegten Veränderungsmeldung vom 4. 5. 1942 ist ersichtlich, daß fünf sow. Kriegsgefangene zwar als Zugang verzeichnet, sie jedoch nach ausdrücklichem Vermerk und rechnerischer Feststellung nicht in der Stärke (d. h. Häftlingsstärke des Schutzhaftlagers) geführt worden sind. Aus dem Vermerk "die in der Stärke nicht geführt werden", muß ich nach genauer Überlegung mit hoher Wahrscheinlichkeit annehmen, daß es sich bei den auf der Liste der Neuzugänge vom 4. 5. 1942 genannten fünf sow. Kriegsgefangenen tatsächlich um solche gehandelt hat, die nur zum Zwecke der Exekution in das KL Buchenwald eingeleifert und auch tatsächlich dort exekutiert worden sind. Hierfür spricht insbesondere, meine Überlegung, daß mitunter zur Exekution bestimmte Gefangene in das KL eingeliefert wurden, ohne daß der Exekutionsbefehl selbst vom Reichssicherheitshauptamt schon eingegangen war, aus den Transportbegleitpapieren sich aber ergab, daß die Eingelieferten exekutiert werden sollten. Auch in diesen Fällen mußte der Neuzugang zwar festgehalten, aber in die Gesamtsprärke nicht mit eingerechnet werden. Offensichtlich lag der Fall dieser fünf Russen ebenso.

Ferner kommt noch hinzu, daß die Liste der Neuzugänge von K o e n i g abgezeichnet worden ist, von dem ich weiß, daß er mit sow. Kriegsgefangenen nur im Zusammenhang mit deren Exekutionen im Pferdestall

zu tun hatte. Diese Details zusammengekommen bestärken mich, hier die sichere Auffassung zu vertreten, daß die von K o e n i g unterzeichnete Liste vom 4. 5. 1942 fünf sow. Kriegsgefangene enthält, die in den aufgeführten Stalags IX C IV D ausgesondert und auf Befehl des RSHA im KL Buchenwald exekutiert worden.

Bei den Zahlen hinter der Stalag-Bezeichnung handelt es sich nach meiner sicheren Kenntnis nicht um Häftlingsnummern des Schutzhaftlagers. Zahlen von über 100.000 waren als Häftlingsnummern überhaupt nicht im KL Buchenwald ausgegeben worden. Außerdem handelt es sich nicht um fortlaufende Nummern, wie es bei Häftlingsnummern von Neuzugängen in der Regel üblich war. Auch diese Überlegungen bestärken mich, meine Auffassung als sichere und zuverlässige Erinnerung zu bezeichnen, daß die genannten fünf sow. Kriegsgefangenen nicht in das Schutzhaftlager aufgenommen, sondern im Pferdestall exekutiert worden sind.

Was die Bezeichnung "A.SU.-Kriegsgefangene" in dem Zugangsvermerk der Veränderungsmedlung vom 4. 5. 1942 bedeutet, ist mir nicht erklärbar. Nach weiterer Besprechung und Überlegung komme ich zu der Ansicht, daß SU mit Sicherheit die Abkürzung für Sowjetunion ist, zumal die sow. Kriegsgefangene damals auf ihren Uniformen die Buchstaben "SU" aufgemalt bekamen. Der Buchstabe "A." vor den Buchstaben "SU" könnte die Bedeutung haben "Ausgesonderte" haben, jedoch kann ich hierfür keine weitere Erläuterung geben. Wenn ich mich recht erinnere, wurde damals im Zusammenhang mit den sow. Kriegsgefangenen immer nur von "zu exekutierenden Russen" gesprochen, nicht dagegen von "ausgesonderten Russen".

Aus dem Dokumentenband KL III b/7b wurden mir weitere, vom SS Hauptscharführer K o e n i g gezeichnete Liste von in das KL Buchenwald eingelieferten sow. Kriegsgefangenen mit Datum vom 13., 14., 15., 16., 18., 19., 20., 21. (30.), 22. (4 Listen) vorgelegt. Diese Listen enthalten übereinstimmend dieselben Angaben, wie in der oben eingehend besprochenen Liste vom 4. 5. 1942. Ich kann daher insoweit meiner mit hoher Wahrscheinlichkeit geäußerte Auffassung nur wiederholen, daß die von K o e n i g bezeichneten Listen sow. Kriegsgefangenen enthalten, die auf Befehl der zuständigen Dienststelle des RSHA exekutiert worden sind.

Die beiden Listen vom 15. 5. 1942 umfassen zusammen 13 sow. Kriegsgefangene. Die Stärke dieses Transportes ist bezeichnend für die Richtigkeit meiner Erinnerung, daß die Exekutionstransporte in der Regel durchschnittlich 15 bis 20 Mann umfassten, wie ich auf Seite 3 b) meiner heutigen Vernehmung schon angegeben habe. Die Veränderungsmeldung vom 15. 5. 1942 bestätigt außerdem meineX auf Seite 3 der Vernehmung gemachte Unterscheidung, daß sow. Kriegsgefangene nur aus zwei Gründen in das KL Buchenwald eingeliefert wurden, nämlich

- a) zum Arbeitseinsatz,
- b) zur Exekution.

Bei den 15 "SU.-Kriegsgefangene" handelt es sich um solche, die stärkemäßig und auch rechnerisch in das Schutzhaftlager aufgenommen und damit offensichtlich dem Arbeitseinsatz zugeführt worden sind. Die weiteren "13 A.SU.-Kriegsgefangene" sind dagegen stärkemäßig und rechnerisch n i c h t aufgenommen worden. Sie sollten mithin im Lager als nichtvrrhanden

erwähnt werden, um den tatsächlichen Häftlingsstand im Schutzhaftlager einerseits nicht zu verfälschen, andererseits jedoch die gesamte Häftlingsbewegung an diesem Tage dennoch festzuhalten.

Aus der soeben besprochenen Unterscheidung in der Veränderungsmeldung vom 15. 5. 1942 geht nach meiner sicheren Auffassung eindeutig hervor, daß die in den Namenslisten gleichen Datums verzeichneten 13 sowj. Kriegsgefangenen im KL Buchenwald auf Befehl des RSHA exekutiert worden sind.

Dieselbe Unterscheidung von in die Stärke aufgenommen und andererseits nicht in der Stärke geführten sowj. Kriegsgefangenen ist ebenfalls aus der Veränderungsmeldung vom 21. 5. 1942 ersichtlich. Die in den drei Namenslisten vom 21. 5. 1942 aufgeführten 12 sowj. Kriegsgefangenen haben mithin in das gleiche Schicksal erlitten und sind im Pferdestall exekutiert worden.

Im Gegensatz zu den Namenslisten vom 4. Mai und dem mir noch zusätzlich vorgelegten vom 20. April 1942 enthalten die übrigen die Überschrift "Veränderungsmeldung". Nach meiner sicheren Kenntnis wurden Verzeichnisse über Häftlingsbewegungen, die technisch als "Veränderungsmeldung" bezeichnet wurden, nur innerhalb des Schutzhaftlagers angefertigt und an die verschiedenen SS-Stellen der Kommandantur weitergegeben. So zum Beispiel die täglichen Veränderungsmeldungen mit den teils namentlichen, teils nur zahlenmäßigen Angaben von Zu- und Abgängen. Demgegenüber handelt es sich bei den von K o e n i g unterzeichneten, mir hier vorgelegten Namenslisten sowj. Kriegsgefangener nach meiner Überzeugung nicht um echte Veränderungsmeldungen. Die Überschrift "Veränderungsmeldung" ist nach meiner Kenntnis von

den Lagerverhältnissen irreführend, weil die genannten sow. Kriegegefangenen tatsächlich gar nicht in der Stärke geführt wurden und deshalb in ~~der~~ einer Veränderungsmeldung auch gar nicht mehr erfasst werden konnten. Ihre Ausklammerung aus der Stärke bedeutete praktisch bereits, daß sie im KL Buchenwald "nicht mehr vorhanden waren". Wenn mir hierzu mitgeteilt wird, daß eine Überprüfung der im Archiv des Internationalen Suchdienstes in Arolsen aufgewahrten KL Unterlagen Buchenwald ergeben hat, daß die in den Namenslisten aufgeführten sow. Kriegsgefangenen nicht in den verschiedenen Namenskarteen des Schutzhaftlagers enthalten sind, dann bestätigt das meine Auffassung, daß die Namenslisten tatsächlich keine echten Veränderungsmeldungen sind. Der Begriff Veränderungsmeldung ist hier völlig fehl am Platze. Offensichtlich handelt es sich bei dieser Bezeichnung um einen Tarnbegriff.

Soweit die von der Schutzhaftlagerschreibstube gefertigten Veränderungsmeldungen vom 26. bis 29. 5. 1942 weitere Vermerke von nicht in der Stärke geführten A.SU.-Kriegegefangenen- enthalten, und zwar

am 26. Mai 1942	=	23	A.SU.-Kgf.
am 27. Mai 1942	=	74	"
am 28. Mai 1942	=	74	"
am 29. Mai 1942	=	20	"
sowie die Listen vom			
15. April 1942	=	2	"
23. April 1942	=	2	"

handelt es sich bei diesen A.SU.-Kgf.- nach meiner Sicheren Auffassung ebenfalls um auf Befehl des RSHA exekutierte sow. Kgf., für die die entsprechenden Namenslisten nicht mehr vorliegen.

Trotz längeren Überlegens ist es mir nicht mehr möglich, den Namen des 5. Angehörigen der Fernschreibstelle des KL Buchenwald aus den Gedächtnis anzugeben. Trotz angestrebten Nachdenkens fällt mir der Name nicht ein. Es war ein kurzer Name so wie "D e u t s c h e r" oder ähnlich, der noch nach 1945 in Weimar verblieb, wie ich hörte. Er war praktisch mein Nachfolger, nahm die Tätigkeit als Fernschreiber jedoch schon einige Zeit vor meiner Versetzung im April 1943 zur Einarbeitung auf, kam jedoch später und erst nach der Versetzung des H o p p e zur Fernschreibstelle des KL Buchenwald.

Ich bin dem Diktat meiner Angaben aufmerksam gefolgt. Die Formulierungen entsprechen genau meiner Aussage. Ich verzichte auf nochmaliges Durchgehen.

genehmigt und unterschrieben:

Zeugen unterschrieben

Geschlossen:

Hauswald

(Hauswald) Erster Staatsanwalt

Fuchs

(Fuchs) Just. A n g e s t.

Vermerk:

Dem Zeugen wurden vom vernehmenden Staatsanwalt an Fahrgeldauslagen 1,40 DM erstattet.

ab.

1 Js 1.64 (RSHA)

z.Zt. Stuttgart, den 15. 4. 1970

Vernehmungsniederschrift

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt

H a u s w a l d

als Vernehmender

JA Digeser

als Protokollführer

Auf Vorladung erscheint bei der Staatsanwaltschaft b.d. LG
Stuttgart Herr

Hermann B e n z l e r ,
geboren am 23. März 1911 in Zürich
wohnhaft in Stuttgart/O.
Landhausstrasse 130

und erklärt nach Vorbesprechung und Belehrung gemäß §§ 52
und 55 StPO folgendes:

Der Gegenstand des Verfahrens ist mir erläutert worden. Er betrifft, wie mir gesagt wurde, die Aussonderungen und anschließenden Exekutionen zahlreicher sowjetischer Kriegsgefangener auf Grund der Einsatzbefehle 8, 9 und 14 des RSHA, nach deren Richtlinien bestimmte Kategorien von sowjetischen Kriegsgefangenen von Einsatzkommandos der örtlichen Stapostellen im Reichsgebiet bzw. der KdS-Dienststellen im früheren Generalgouvernement ausgesondert und dem RSHA in Listen zu melden waren. An Hand dieser Listen erliess das RSHA durch die Beschuldigten dieses Verfahren Exekutionsbefehle, in denen zugleich das jeweilige Konzentrationalager bestimmt wurde, in das die ausgesonderten Kgf. zur Exekution zu überstellen waren.

Bevor ich auf den Gegenstand des Verfahrens eingehen werde, gebe ich kurz meinen Lebensweg an, soweit er mit meiner früheren Tätigkeit bei der Gestapo in Zusammenhang steht.

Ich gehörte der Stapoleitstelle Stuttgart seit 1933 an. Im Jahre 1942 etwa wurde ich zum Kommandeur der Sicherheitspolizei in Radom versetzt. Mein damaliger Dienstgrad war Kriminaloberassistent.

Schon bei der Stapostelle Stuttgart war ich zur Vernehmungen sowjetischer Kriegsgefangener eingesetzt worden. Ich hatte nach entsprechender Belehrung durch meinen Vorgesetzten zusammen mit anderen Beamten unter den sowjetischen Kriegsgefangenen durch Vernehmungen Kommissare und Juden und unzuverlässige Elemente sowie Wirtschaftsfunktionäre, wie z.B. Ölfachleute, festzustellen. Mir war die Bezeichnung Einsatzbefehl des Chefs der Sicherheitspolizei damals nicht bekannt geworden. Auch bin ich nicht zu einer besonderen Geheimhaltung verpflichtet worden. Der Zweck dieser Feststellungen war, unzuverlässige Elemente aus den Kriegsgefangenenlagern herauszuziehen. So wollten u.a. auch Hetzer festgestellt werden. Ferner sollten wir Politruks herausfinden. Die wurden als gefährlich angesehen aufgrund ihrer politischen Schulung, die in diesem Sinne festgestellten Kriegsgefangenen mussten wir in Listen zusammenfassen. Diese Listen musste ich bei meiner Dienststelle in Stuttgart abliefern. Mir ist mein Vorgesetzter innerhalb der Stapoleitstelle Stuttgart namentlich heute nicht mehr in Erinnerung, bei dem ich die Listen abliefern musste. Ich gehörte der Abteilung IV an (Abwehr).

Mir ist nicht bekannt, dass die als Kommissare oder Politruks oder Juden usw. festgestellten sowjetischen Kriegsgefangenen an das RSHA gemeldet worden sind. Andererseits weiss ich aber noch, dass später ihre Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft und Überführung in den Gestapogewahrsam bei den jeweiligen Kommandanten des Kriegsgefangenenlagers beantragt werden musste. Diese Tätigkeit übte ich etwa einige Wochen im Winter 1941/42 im Hochschwarzwald und anderen Orten in Württemberg

in verschiedenen Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht und in Aussenstellen von Arbeitskommandos aus.

Bei den Vernehmungen wurden hunderte von Kriegsgefangenen in den Arbeitslagern befragt. Schätzungsweise 5% höchstens stellten wir als Kommissare oder Politruks fest. Für unsere Feststellungen hatten wir ein Geheimbuch, genauer gesagt ein Buch, das uns als geheime Reichssache übergeben worden ist als Leitfaden für unsere Feststellungen. Anhand des Inhalts konnten wir uns über den Aufbau und die Dienstgrade der roten Armee und der sowjetischen Wirtschaft und Völkerschaften orientieren.

Der Gruppe von Stapoangehörigen, die für die Aussonderungen im Bereich der Stapo-Leitstelle Stuttgart eingesetzt waren, gehörten ausser meiner Person noch etwa 2 - 3 Stapo - Beamte und mindestens 2 Dolmetscher an. Jeder von uns Stapo-Beamte hat für sich allein zusammen mit einem Dolmetscher vernommen. Dienstältester der Aussonderungsgruppe war KS K l e i n aus Bad Cannstatt. Er war etwa Jahrgang 1900. Ferner erinnere ich mich an einen Kriminalangestellten Se-(e)-ger. An weitere Namen kann ich mich im Augenblick nicht mehr erinnern. Die ganze Arbeit war sehr monoton und für mich deprimierend. Es waren immer wieder dieselben Fragen, die wir stellen mussten. Zum Teil vernahmen die Dolmetscher schon gleich von sich aus und ich stellte nur eine kurze Zwischen- oder Zusatzfrage. Jetzt fällt mir der Name eines der Dolmetscher ein. Es war ein früherer zaristischer Oberst aus Litauen, namens K i e k u l. Er war schon damals ziemlich alt und dürfte heute nicht mehr leben.

Die Vernehmungsprotokolle umfassen jeweils nur wenige Sätze. Auch wenn wir einen Kommissar oder Politruk festgestellt hatten, nahmen wir ebenfalls nur ein kurzes Protokoll auf, indem sich die entsprechende Feststellung befand.

Während meiner gesamten Tätigkeit bei der Stapoleit -
stelle Stuttgart auf dem Gebiet dieser Aussonderungen hat
das Aussonderungskommando, dem ich angehörte, mindestens
etwa 100 sowjetische Kommissare und Politruks fest -
gestellt. Im Höchstfalle belief sich ihre Zahl auf
etwa 200. Eine genaue Zahl kann ich, abgesehen von
dem inzwischen eingetretenen Zeitablauf, deshalb nicht
angeben, weil wir ausserdem noch andere Kategorien von
Kriegsgefangenen feststellen mussten. Ich kann daher
die Zahl der ausgesonderten Kommissare und Politruks
nur noch schätzen und beziehe mich insoweit auf die
zuvor angegebene Mindestzahl von 100 bzw. 200 aus -
gesonderten sowjetischen Kriegsgefangenen.

Von den ausgesonderten Kriegsgefangenen war mir bekannt,
dass sie in ein anderes Lager kamen, ich vermute in ein
Konzentrationslager. Für die Stapoleitstelle Stuttgart
war, soweit ich mich richtig erinnere, das Konzentrations-
lager Dachau zuständig für Einweisungen. Es ist daher
möglich, dass die ausgesonderten sowjetischen Kriegs -
gefangenen von Stuttgart in das KL Dachau verbracht
wurden. Ob das Reichssicherheitshauptamt hierzu die
entsprechenden Befehle für die Überstellungen jeweils
erteilt hat, hatte ich damals nicht erfahren. Mir
ist damals bei den Aussonderungen noch nicht bekannt
gewesen, dass die ausgesonderten Kriegsgefangenen
im Konzentrationslager erschossen werden. Das ist
erst später, noch vor meiner Versetzung zum KdS Radom,
durchgesickert.

Im Frühjahr 1942 wurde ich von der Stapoleitstelle Stuttgart in das Generalgouvernement versetzt. Ich sollte dort als eingearbeiteter Stapo-Beamter für Aussonderungen sowjetischer Kriegsgefangener eingesetzt werden. Ich hatte mich beim Verbindungsführer zum Kommandeur der Kriegsgefangenen in Lublin zu melden.

Hierzu wurde mir ein Dokument des Verbindungsführers beim Kommandeur der Kriegsgefangenen Tgb.Nr- 96 - 42 g vom September 1942 vorgelegt. Verbindungsführer war damals ein gewisser L i s k a . An diesen Namen kann ich mich noch sehr gut erinnern. Er war SS-Sturmbannführer und Kriminaldirektor. Nach nochmaliger Überlegung berichtige ich den Zeitpunkt meiner Versetzung nach Lublin. Ich neige hier zu der Annahme, dass ich erst im Herbst 1942 nach Lublin versetzt worden bin. Von Lublin bin ich sofort zum KdS Radom weitergeleitet worden. Zuvor war ich 14 Tage lang in Lublin an hohem Fieber erkrankt. Vom Lazarett aus kam ich unmittelbar zum KdS Radom.

Hier traf ich den mir aus Stuttgart von der dortigen Stapoleitstelle bekannten SS-Hauptsturmführer und Kriminalrat B u r g e r wieder. B u r g e r ist kurz nach Kriegsende verstorben. Sein Sohn ist in derselben Firma beschäftigt (Kühlerfabrik Längerer und Reich in Bernhausen/Filder), bei der ich als Industriekaufmann tätig bin. B u r g e r war beim KdS Radom Abteilungsleiter, ihm unterstand u.a. auch das Kriegsgefangenenwesen.

Die in dem mir vorgelegten Dokument genannten Stapo-Beamten K S S t a n g e l, K O S F l e c k l und K A N e u m a n n sind mir aus Radom noch bekannt. Ebenso ist mir der Inhalt des mir vorgelegten Dokumentes noch heute erinnerlich. N e u m a n n stammte aus Schlesien und kam von der Stapoleitstelle Kattowitz. Er sprach polnisch.

F l e c k l stammte aus Österreich. Die Herkunft des S t a n g e l ist mir nicht erinnerlich. Alle drei wurden in die verschiedenen mit Sowjet's belegte Kriegsgefangenenlager zum Zwecke von Aussonderungen geschickt, so, wie es in dem mir vorgelegten Dokument angegeben ist.

Ich dagegen kam nicht zum Einsatz auf dem Gebiet der Aussonderungen im Bezirk des KdS Radom. Ich war zwar vorgesehen, im Stalag 380 in Kamień Aussonderungen vorzunehmen. Von Kriminalrat B u r g e r wurde ich aber zu meinem Glück nicht dafür eingesetzt. Aus meiner heutigen Sicht bin ich der Ansicht, dass B u r g e r mich von dieser unangenehmen Aufgabe freistellen wollte, weil er wusste, dass das keine angenehme Tätigkeit war. Wir vier Mann waren auf dem Gebiet des Überprüfungs - wesens eingearbeitete Stapobeamte. Im Generalgouvernement waren bereits suspendierte Beamte für diese Aufgabe eingesetzt. Wir Sonderbeamte sollten nunmehr jene suspendierte Beamte bei den Überprüfungen verstärken bzw. ablösen.

In diesem Zusammenhang fallen mir teils auf Vorhalt, teils von selbst noch die Namen folgender Beamter ein : , die ebenfalls im Bezirk des KdS Radom für Aussonderungen eingesetzt waren :

N i e m e y e r stammte aus Stuttgart und war mir trotz seines Dienstgrades als Kommissar unterstellt. Niemeyer war in einem Kgf-Lager eingesetzt. M.W. ist Niemeyer vor etwa zwei Jahren gestorben. Er war nach dem Kriege Abteilungsleiter bei der Stuttgarter Kripo.

M a c h a t z k e ist mir nicht erinnerlich.

H a r t m a n n, Johann ist mir aus Stuttgart erinnerlich. Ich berichtige mich : Dieser Hartmann ist mir nicht bekannt, nachdem mir gesagt wurde, dass er aus Völklingen stammt.

Schandzielorz war Dolmetscher und für Aussonderungen eingesetzt. An ihn habe ich noch eine gute Erinnerung, dem Namen nach.

K l o p s c h erinnerlich nur namentlich als Aussonderungsbeamter.

Auf Veranlassung des KR.B u r g e r wurde ich entgegen dem Befehl des L i s k a , der mir hier vorgelegt wurde, nicht für Aussonderungen im Bezirk des KdS Radom eingesetzt. Ich habe kein Kriegsgefangenen-Lager während meiner Tätigkeit beim KdS Radom die noch bis 1943 andauerte - ein Datum meiner Versetzung von Radom nach G o l m / ist mir nicht mehr erinnerlich - betreten. Insbesondere bin ich nicht in dem Stalag 380 in Kamienna eingesetzt gewesen.

KR.B u r g e r setzte mich im Innendienst als Sachbearbeiter für das Kriegsgefangenenwesen beim KdS Radom ein. Mein unmittelbarer Vorgesetzter auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens war der KS.Zimmermann aus Kattowitz.

Während meiner Tätigkeit als Sachbearbeiter für das Kriegsgefangenenwesen liefen bei mir aus den einzelnen Kriegsgefangenenlagern des Distriktes Radom Meldungen über ausgesonderte Kommissare und Politruks ein. Ihre Zahl war jedoch verhältnismässig gering. Sie lagen niedriger als die im Bereich der Stapoleitstelle Stuttgart ausgesonderten Kriegsgefangenen. Ihre Zahl kann ich heute nur noch schwer schätzen. Eine genaue Zahl kann ich nicht mehr angeben. Mehr als 10 waren es bestimmt. Nach oben hin kann ich die Zahl nicht begrenzen. Die Aussonderungsbeamten in den einzelnen Stalags hatten wenig zu tun, d.h. zu meiner Zeit ab Herbst 1942, zuvor hatten sie tausende von Kriegsgefangenen in den Stalags überprüfen müssen.

Die als ausgesondert gemeldeten Kriegsgefangenen meldete KR. B u r g e r mittels Fernschreibens an das RSHA. Ich kann mich noch genau an die Dienststelle des RSHA erinnern, an die die Fernschreiben gerichtet wurden. Die Dienststelle hatte die Bezeichnung IV A 1 c. An die Bezeichnung 1 c kann ich mich noch gut erinnern.

Die Schreiben des RSHA bezüglich der ausgesonderten Kriegsgefangenen habe ich nicht gesehen. Sie liefen als " Geheime Reichssache " . Sie lagen bei B u r g e r im Panzerschrank unter ständigem Verschluss. Mit B u r g e r arbeitete auf dem Gebiet des Kriegs - gefangenwesen der SS-Sturmscharführer und KOS Z i m m e r m a n n - er stammt aus Schlesien (Katto - witz) - zusammen. Die ausgesonderten Kriegsgefangenen wurden in Konzentrationslager überstellt, deren Namen ich jedoch nicht angeben kann. Ob sie erschossen oder dort zum Arbeitseinsatz kamen, entzieht sich meiner Kenntnis.

Noch bevor ich im Sommer 1943 in das Stalag Cholm versetzt und der Aussenstelle Cholm zugeordnet wurde, nahm ich in Lublin im Frühjahr 1943 an einer Tagung der Sachbearbeiter für das Kriegsgefangenenwesen teil, der auch Wehrmachts-Offiziere (2) und auch Stapobeamte aus Berlin vorm RSHA beiwohnten. Dass diese Tagung im Frühjahr stattgefunden hat, erinnere ich mich noch genau, weil an diesem Tage der SS-Obersturmführer Helmut S t i l l h a m m e r versehentlich beim Flieder-Pflücken von einem anderen SS-Angehörigen in der Dunkelheit erschossen worden ist, weil er in ihm einen Partisanen vermutete. S t i l l h a m m e r war in Zivil. Bei der Tagung war Hauptthema die Einrichtung eines sogenannten Propaganda-Kriegsgefangenen-Lagers, das von Vertretern des Internationalen Roten Kreuzes be- sichtigt werden sollte.

Ich bin mir absolut sicher, an einer derartigen Tagung am 27. Januar 1943 in Lublin nicht teilgenommen zu haben. Das Protokoll der Arbeitstagung vom 27. 1. 1943 in Lublin wurde mir vorgelegt. Ich kann mich nicht an einen Bericht des SS-Hauptsturmführers K ö n i g s - h a u s über Aussonderungen erinnern. Der Name ist mir unbekannt. Dagegen kommt mir der Name L i n d o w als Angehöriger des RSHA bekannt vor. Der Inhalt des Protokolls vom 27. 1. 1943 gibt mir die Gewissheit, an dieser Tagung nicht teilgenommen zu haben.

Ich kann mich noch an die Antwortfernschreiben des RSHA erinnern, in denen der KdS Radom angewiesen wurde, ausgesonderte Kriegsgefangene zur Sonderbehandlung in ein bestimmtes Konzentrationslager im Reichsgebiet überführen. In diesem Zusammenhang ist mir nicht das KL Auschwitz bekannt geworden, sondern das in Österreich gelegene KL Mauthausen. Dorthin mussten die ausgesonderten Kriegsgefangenen aus dem Distrikt Radom zur Sonderbehandlung überstellt werden. Ich habe einen solchen Transport dorthin nicht begleitet. Bezüglich der Zahl der während meiner Tätigkeit beim KdS Radom von Herbst 1942 bis Sommer 1943 nach Mauthausen überstellten ausgesonderten Kriegsgefangenen wiederhole ich, dass es bestimmt mehr als zehn gewesen sind. Wie schon auf Seite 7 angegeben, kann ich die Zahl nach oben hin nicht begrenzen.

Im Stalag Cholm sass ich in der Kommandanturbaracke, hatte jedoch keine russischen Kommissare oder Politruks mehr feststellen können. In Cholm verblieb ich etwa ein halbes Jahr. Von Cholm wurde ich nach Stuttgart zur Stapoleitstelle zurückversetzt. Von diesem Zeitpunkt ab hatte ich mit Kriegsgefangenen nichts mehr zu tun.

In Cholm war ich dem SS-Untersturmführer und KOS B e n d a aus Wien unterstellt. Ausserdem arbeitete ich mit dem SS-Hauptscharführer und KS P r u c k n e r zusammen, der aus

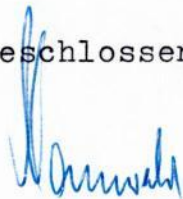
München stammte. Beide waren ebenfalls Sachbearbeiter für das Kriegsgefangenenwesen und gehörten einem Einsatzkommando für Aussonderungen sowjetischer Kriegsgefangener im Generalgouvernement an. Ihr Verbleib ist mir unbekannt. Vor etwa einem Jahr wurde ich durch die Staatsanwaltschaft München zu Vorfällen im Stalag Cholm und zur Tätigkeit von Benda und Pruckner vernommen. Hierbei handelte es sich um die Tötung von 20 sowjetischen Offizieren im Gefängnis Cholm. Mit den Aussonderungen hatten diese Tötungen nichts zu tun.

In meiner Gegenwart diktiert, genehmigt und unterschrieben:



.....

Geschlossen:



(Hauswald) EStA



(Digeser) JA

49 NOV 1949
CABT BECKH 20

1 Js 1/64 (RSHA)

z.Zt. Stuttgart, den 15. 4. 1970

Vernehmungsniederschrift

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt

H a u s w a l d
als VernehmenderJ A D i g e s e r
als Prot.Führerin

Auf Vorladung erscheint bei der Staatssnwaltschaft bei dem
LG Stuttgart

Herr Rechtsanwalt

Dr. Karl Wilhelm H a u s s

Stuttgart, Hermann-Kurz-Str. 20

geboren am 20. März 1897 in Berlin

und erklärt nach Vorbesprechung und Belehrung gemäss
§§ 52 und 55 StPO folgendes :

Der Gegenstand des Verfahrens ist mir erläutert worden. Er betrifft, wie mir gesagt wurde, die Aussonderungen und anschliessenden Exekutionen zahlreicher sowjetischer Kriegsgefangener aufgrund der Einsatzbefehle 8, 9 und 14 des RSHA, nach deren Richtlinien bestimmte Kategorien von sowjetischen Kriegsgefangenen von Einsatzkommandos der örtlichen Stapo - stellen im Reichgebiet bzw. der KdS - Dienststellen im früheren Generalgouvernement, ausgesondert und dem RSHA in Listen zu melden waren. An Hand dieser Listen erliess das RSHA durch die Beschuldigten das jeweilige Konzentrationslager bestimmt wurde, in das die ausgesonderten Kgf. zur Exekution zu überstellen. waren.

Bevor ich auf den Gegenstand des Verfahrens eingehen werde, gebe ich kurz meinen Lebensweg an. soweit er mit meiner früheren Tätigkeit bei der Gestapo in Zusammenhang steht .

-/-

- 2 -

Ich gehörte von dem Jahre 1940 bis zum Kriegsende dem OKW Chef Kriegsgefangenenwesen an. Mir wurde die Befehlssammlung Nr. 34 vom 1. April 1944 zur Durchsicht vorgelegt. Es ist richtig, dass ich in der Abteilung III die Gruppe Org. I zu leiten hatte. Sachgebiet war der Einsatz der deutschen Kriegsgefangenen-Dienststellen und der Bewachungskräfte, Verteilung der Kriegsgefangenen (Planung) und Statistik. Mein letzter Dienstgrad bei der Wehrmacht war Major.

Ich kann mich heute nicht mehr daran erinnern, im Jahre 1944 mit statistischen Arbeiten auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens beschäftigt gewesen zu sein. Mir wurde ein Dokument vom 1. Mai 1944 vorgelegt, das den Verbleib der sowjetischen Kgf. zahlenmäßig nachweist. Nach Durchsicht dieses Dokuments (NOKW - 2125) muss ich angeben, dass ich mich an eine derartige statistische Aufstellung heute nicht mehr erinnern kann. Leider muss ich erklären, dass ich infolge des Zeitablaufs und meines Alters über kein gutes Gedächtnis mehr verfüge. Ich besitze auch keine Unterlagen mehr über meine frühere Tätigkeit im OKW/AWA Chef Kriegsgefangenenwesen. So habe ich auch mein Tagebuch nicht mehr im Besitz. Es ist mir deshalb nicht möglich, zu den Zahlenangaben in der Statistik vom 1. Mai 1944 heute noch Stellung zu nehmen.

An die mir genannten Angehörigen der Dienststelle Chef Kriegsgefangenenwesen Oberstleutnant K r a f f t, Major R ö m e r, S c h n e i d e r, S a n t e n und Dr. Dr. F u c h s kann ich mich nicht mehr erinnern. Ebensowenig kann ich Mitarbeiter aus meiner Gruppe Org.I der Abt. III benennen.

-/-

- 3 -

Zu Fragen der Übergabe sowjetischer Kgf. an die
Gestapo kann ich heute keine Stellung nehmen.

mehr

In meiner Gegenwart diktiert, genehmigt und
unterschrieben :

C.-W. Kamp

Geschlossen :

Hauswald

(Hauswald) EStA

Digser

(Digser) JA

1 Js 1.64 (RSHA)

z.Zt. Stuttgart, den 16. 4. 1970

V e r n e h m u n gGegenwärtig:

Erster Staatsanwalt H a u s w a l d
als Vernehmender

JA *Digser*
als Protokollführerin

Auf Vorladung erscheint bei der Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht in Stuttgart Herr

Willy B l e i c h e r ,
geboren am 27. Oktober 1907 in Bad Cannstadt
wohnhaft in Bad Cannstadt,
Primelesweg 6

und erklärt, nachdem er gemäß §§ 52 und 55 StPO belehrt worden
ist, folgendes:

Der Gegenstand des Verfahrens ist mir bekanntgemacht worden.
Er betrifft, wie mir gesagt wurde, Massentötungen sowjetischer
Kriegsgefangener auf Grund der Einsatzbefehle 8, 9 und 14 des
Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), nach denen in Ausfüh-
rung bestimmter Richtlinien zu diesen Einsatzbefehlen sowje-
tische Kgf. von Einsatzkommandos der Geheimen Staatspolizei
ab Juli 1941 in Kriegsgefangenenlagern der Wehrmacht im Reichs-
gebiet und im früheren Generalgouvernement ausgesondert worden
sind. Die Einsatzbefehle und die nach durchgeführter Aussonde-
rung erlassenen Exekutionsbefehle wurden in einem Sachgebiet
des RSHA gefertigt, dem die Beschuldigten dieses Verfahrens
angehörten. Die Exekutionsbefehle wurden nach Endesunter-
zeichnung durch den Amtschef IV, Heinrich M ü l l e r , an
die jeweilige aussondernde Stapostelle und die Kommandanten
der Konzentrationslager übermittelt, die zur Exekution von
den Beschuldigten bestimmt worden waren. Auf Grund dieser,

in Form von Fernschreiben übermittelten Exekutionsbefehle u.a. an das KL Buchenwald wurden dort im sogenannten Pferdestall durch das "Kommando 99" die ausgesonderten sowj. Kgf. unmittelbar nach ihrer Überstellung in das KL Buchenwald exekutiert.

Bevor ich zum Gegenstand des Verfahrens aussagen werde, bin ich gebeten worden, kurz auf meinen Lebensweg einzugehen, soweit er mit meiner Haftzeit im KL Buchenwald in Zusammenhang steht.

Ich war von Oktober 1937 bis Oktober 1944 im KL Buchenwald als politischer Schutzhäftling. Während der längsten Zeit meiner Haft war ich in der Effektenkammer beschäftigt. Ich war Häftlings-Kapo in der Effektenkammer. Leiter der Effektenkammer war der SS-Oberscharführer M i c h a e l. Nachfolger desselben war SS-Oberscharführer E i c h l e r.

Nach Ausbruch des Rußlandfeldzuges kamen von einem bestimmten Zeitpunkt an, der etwa im Herbst 1941 gelegen haben muss, laufend russische Uniformen über die Entlausungsanstalt zu uns in die Effektenkammer. Es sickerte bei uns bald durch, dass es sich bei diesen Uniformen um solche von Kriegsgefangenen handelte, die laufend in der Genickschussanlage im Pferdestall erschossen worden sind. Dass sich im Pferdestall ^{eine} ~~Genickschussanlage~~ befand, habe ich von Häftlingen erfahren, die beim Ausbau derselben beschäftigt gewesen waren. Ausserdem habe ich von den Erschiessungen durch Häftlinge aus der Schlosserei gehört, die ein Lastwagen ~~nicht~~ ~~mit~~ ~~einem~~ ~~großen~~ ~~Behälter~~ ~~versehen~~ ~~mussten,~~ ~~indem~~ ~~die~~ ~~Leichen~~ ~~vom~~ ~~Pferdestall~~ ~~zum~~ ~~Krematorium~~ ~~transportiert~~ ~~wurden.~~ Ausserdem erfuhr ich vom Kommando Strassenreinigung die Nachricht, dass Blutspuren auf dem Weg vom Pferdestall zum Krematorium ~~beseitigt~~ worden sind, wenn Erschiessungen stattgefunden haben.

Aus dem Anfall der russischen Uniformen und den in den Uniformen

noch vorhanden gewesenen Papieren u.a. Erkennungs - dokumenten, konnte ich ersehen, dass es sich bei den erschossenen Kriegsgefangenen meistens um Polit - Offiziere gehandelt hat. Wir Häftlinge auf der Effekten - kammer sammelten die Pässe, Personalpapiere, Erkennungs - marken und zum Teil die in den Uniformen noch steckenden Geldscheine, die zum Teil in großen Mengen anfielen, um eines Tages den Nachweis führen zu können, um wem es sich bei den Erschossenen gehandelt hat. Es war so, dass sämtliche im KL Buchenwald eingelieferten Häftlinge in der Lagerschreibstube des Schutzhaftlagers registriert worden sind einschliess - lich derjenigen russischen Kriegsgefangenen, die in den sogenannten " Russenblocks " untergebracht worden sind. Ausgenommen von dieser Registrierung waren lediglich jene sowjetischen Polit-Offiziere, die laufend im Pferdestall exekutiert wurden. Ihre Personalien haben wir auf der Effektenkammer durch Sammlung sämt - licher Personaldokumente aus den Uniformen für spätere Beweis Zwecke gesammelt. Wir versteckten die Personal - dokumente teils unter dem Fußboden ~~der Baracke~~ des obersten Stockwerkes der Effektenkammer. Die Effekten - kammer befand sich in einem dreigeschossigen Steinbau mit zusätzlichen Dachgeschoss.

Es ist für mich ausserordentlich schwierig, genaue Zeitangaben hinsichtlich des Zeitraumes und des zeitlichen Abstandes der Exekutionen im Pferdestall zu machen. Sicher ist jedoch, daß die Exekutionen sich durch das ganze Jahr 1942 und auch noch 1943 hinzogen. Die Exekutionen fanden teilweise 1 bis 2 Mal mindestens innerhalb einer Woche statt. In welchem zeitlichen Ab - stand sie jedoch im Laufe der Jahre 1942 und 1943 sich wiederholten, vermag ich heute infolge des erheb - lichen Zeitablaufs nicht mehr anzugeben.

Zuweilen kamen die Lastwagen voll geladen mit russischen Uniformen nach ausgeführter Exekution von der Entlausung zu uns. Es waren schätzungsweise 100 bis 150 Uniformen, die auf einmal anfielen. ~~Ob meiner Exekution~~ Die aus den Uniformen entnommenen Pässe legte ich oder ~~anderer meiner Kameraden~~ ein ~~zwei~~ anderer meiner Kameraden, ~~P~~ B a u s c h , Heinz, heute wohnhaft in Dresden, unter den Bretterfußboden des Dachgeschosses zwischen die Tragbalken ab. Wir schoben die Pässe in diese Zwischenräume. Im Laufe der Zeit hatten wir auf diese Weise drei bis vier Zwischenräume des Dachboden-Gebälks vollgestopft. Von diesem Versteck wussten nur B a u s c h und ich. Von der Existenz der Pässer wussten zwar auch andere Häftlinge der Effektenkammer, nicht aber, was B a u s c h und ich mit diesen Pässen machten. Ausser den Pässen haben wir auch die Erkennungsmarken, Fotos, Briefe und andere Ausweise dort versteckt. Das aufgefundene Geld ~~haben wir an die Geldverwaltung~~ ~~ab~~ wurde anderweitig verwahrt.

Nach meinen Vorstellungen handelte es sich um tausende von Pässen. Ich kann die Zahl der Pässe nur so all - gemein nach Tausenden ~~best~~ schätzen, bin jedoch heute nicht mehr in der Lage, anzugeben, ob es schätzungsweise 2, 3, 4 000 oder mehr gewesen sind. Auf jeden Fall waren es mehr als tausend Pässe.

Zu den mir vorgelegten Veränderungs-Meldungen aus dem Dokumenten-Band KL III b / 7 b kann ich hinsichtlich des Vermerkes " A.SU.Kriegsgefangene, die nicht in der Stärke geführt werden " mangels eigener Kenntnisse über die ~~Regier~~ Registrierung in der Lageschreibstube nicht Stellung nehmen. Ich kann nur vermuten, dass es sich bei diesen Kriegsgefangenen um solche handelt, die exekutiert worden sind. Im Pferdestall wurden

immer größere Gruppen von sowjetischen Kriegs -
gefangenen exekutiert, nicht nur 2 oder kleine
Gruppen. Soweit dies mir vorgelegten Namens -
listen vom 16., 18., 20. und 22. Mai 1942 Gruppen
von neun, 18, 22 und 94 sowjetische Kriesgefangenen
umfassen, handelt es sich um Transportstärken, in
deren Größenordnung Exekutionen im Pferdestall statt-
fanden. Ob es sich bei diesen Namenslisten um
Polit - Offiziere, die im Pferdestall exekutiert
worden sind, handelt, kann ich jedoch mangels
Kenntnis der Registrierungen nicht angeben.

Gleichfalls kann ich nicht angeben, von welcher
Dienststelle der Gestapo die Exekutionen im Pferde-
stall angeordnet worden sind.

In meiner Gegenwart diktiert, genehmigt und
~~unterschiedlich~~ unterschrieben :

W. R. R. R.

Geschlossen :

Hauswald
(Hauswald)
Erster Staatsanwalt

Digeser
(Digeser)
Just. Ang.

1 Js 1.64 (RSHA)

z.Zt. Rottenburg, den 17.4.1970

N i e d e r s c h r i f t

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt

H a u s w a l d als Vernehmender

JA *Weiss* als Protokollführer*in*

Vorgeladen erscheint beim Amtsgericht Rottenburg bei Tübingen
Herr

Helmut R o s c h e r ,
geboren am 24. November 1917 in Döbeln
wohnhaft in Rottenburg bei Tübingen
Gartenstrasse 73

und erklärt, nachdem er gemäß §§ 52 und 55 StPO belehrt worden
ist, folgendes:

Mir ist der Gegenstand des Verfahren dahin erläutert worden,
daß er Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener auf
Grund der Einsatzbefehle 8, 9 und 14 des Reichssicherheits-
hauptamtes (RSHA) betrifft, nach denen in Ausführung bestimm-
ter Richtlinien zu diesen Einsatzbefehlen sowjetische Kgf.
von Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei ab Juni 1941 in
Kriegsgefangenenlagern im Reichsgebiet und im Generalgouverne-
ment ausgesondert worden sind. Die Einsatzbefehle und die nach
durchgeführter Aussonderung erlassenen Exekutionsbefehle wurden
in einem Sachgebiet des RSHA gefertigt, dem die Beschuldigten
dieses Verfahrens angehörten. Die Exekutionsbefehle wurden nach
Endesunterzeichnung durch den Amtschef IV, Heinrich M ü l l e r ,
an die jeweilig aussondernde Stapostelle und die Kommandanten
der Konzentrationslager übermittelt, die zur Exekution von
den Beschuldigten bestimmt worden waren. Auf Grund dieser,
in Form von Fernschreiben übermittelten Exekutionsbefehlen
u.a. an das KL Buchenwald wurden dort im sogenannten Pferde-
stall durch das "K o m m a n d o 99" die ausgesonderten sowj. Kgf.
unmittelbar nach ihrer Überstellung in das KL Buchenwald
exekutiert.

Bevor ich auf den Gegenstand des Verfahrens eingehen werde, bin ich gebeten worden, kurz zu meinem Lebensweg Stellung zu nehmen, soweit er mit meiner früheren Tätigkeit im KL. Buchenwald im Zusammenhang steht.

Ich wurde 1936 zur SS eingezogen, 1939 nach dem Polenfeldzug infolge einer Verwundung gvH. (garnisonsverwendungsfähig Heimat) geschrieben. Infolge-dessen wurde ich im Novbr. 1939 zum KL. Buchenwald versetzt. Zunächst war ich 8 Wochen im Wachsturmbann. Jan. 1940 wurde ich zur Abteilung III der Kommandantur (Schutzhaftlagerabteilung) versetzt und als Hilfsblockführer eingesetzt. Im Herbst 1940 kam ich für 3 - 4 Monate zum Außenlager Berlstedt. Anschließend hatte ich für kurze Zeit internierte Holländer zu beaufsichtigen.

Ab März/April 1941 wurde ich als 2. Rapportführer eingesetzt und im Sommer 1941 zum 1. Rapportführer bestellt. Während meiner Dienstzeit als 2. Rapportführer war Hauptscharführer K e n n 1. Rapportführer. Ab Juni/Juli 1941 war während meiner Dienstzeit als 1. Rapportführer Otto W e r l e 2. Rapportführer. Sein Verbleib ist mir unbekannt. Werle versah Dienst im Schutzhaftlager bis Kriegsende. Er wurde nach meinem Weggang Mitte Mai 1942 mein Nachfolger als 1. Rapportführer. 2. Rapportführer zur Zeit des Werle war Oberscharführer H o f s c h u l t e , Vorname und Verbleib ist mir unbekannt. Der Vorname könnte Karl-Heinz gewesen sein. Werle und Hofschulte sind nach meinem sicheren Wissen ebenfalls über die Art und den Umfang der Massentötung sowjetischer Kriegsgefangener im KL.Buchenwald unterrichtet .

Ab September 1941 kamen laufend Transporte sowjetischer Kriegsgefangener nach Buchenwald. Es war ein oder zwei größere Transporte. Sie kamen in das für Kriegsgefangene besonders eingerichtete und abgetrennte Lager innerhalb des Schutzhaftlagers. Insgesamt handelte es sich um 800 - 900 Mann, die in dem besonderen Kgf.-Lager untergebracht waren, während ich als Rapportführer tätig war. Diese sowjetischen Kriegsgefangenen sind zum Zwecke des Arbeitseinsatzes in des KL.Buchenwald überstellt worden.

Hiervon völlig zu trennen sind Transporte anderer sowjetischer Kriegsgefangener, die zum KL.Buchenwald überstellt, aber nicht in das Schutzhaftlager eingeliefert wurden. Hierbei handelte es sich um sowjetische Kommissare, was ich von Angehörigen des im Pferdestall tätigen Kommandos 99 erfahren habe.

Dem Kommando 99 gehörten nach meiner heutigen Erinnerung folgende SS-Angehörige an:

Die beiden Schutzhaftlagerführer Schobert und Gust,
der Adjutant Hans Schmidt

Der Blutordensträger Hans Blank, SS.-Hauptscharführer, ohne besondere Funktion in der Abt. III der Kommandantur, etwa Jahrgang 1910/12.

Horst Dietrich, Waffenwart

Hermann Helbig,

Herbert Möckel,

Helmut Kupfertalman, Stabsscharführer der Abt. I.

Waldemar Kelz,

Johann Köhler

Wolfgang Otto, Stabsscharführer nach Talmann

Emil Pleisner,

Heinz Petrik, 1. Rapportführer bis etwa Anfang Sommer 1941.

Von den übrigen mir vorgehaltenen Namen von Kommandanturangehörigen des KL Buchenwald kann ich nicht angeben, ob sie auch dem Kommandolager 99 angehört haben. Zum Kommando 99 wurden grundsätzlich nur solche SS-Unterführer und SS-Führer bestimmt, die nicht verheiratet waren und im SS-Kommandanturbereich wohnten bzw. verheiratet waren, aber trotzdem im Kommandanturbereich, und nicht in Weimar und anderen umliegenden Orten, wohnten. Grund hierfür war, daß das Kommando 99 jederzeit erreichbar sein mußte, zumal die Exekutionen immer nachts stattfanden. Die Exekutionen der sowjetischen Kommissare mußten nachts durchgeführt werden, weil man vermeiden wollte, daß andere Angehörige der Kommandantur, vor allem die dort auch beschäftigten Zivilarbeiter und Angestellten, von den Exekutionen erfuhren.

Georg König war Blockführer des Kriegsgefangenenlagers innerhalb des Schutzhaftlagers. Wie lange er diese Funktion innehatte, weiß ich nicht. Er wurde später zum KL Mittelbau-Dora versetzt. Ob König dem Exekutionskommando 99 angehört hat, kann ich weder aus eigenem Wissen noch von dritter Seite her angeben.

Ich war damals verheiratet und wohnte in Hottelstedt bei Weimar. Nach Dienstschuß gegen 18.30 Uhr bis 19.00 Uhr verließ ich das KL. und fuhr in meine Wohnung in Hottelstedt.

Als Rapportführer wurde ich nicht zum Nachtdienst eingesetzt. Folglich kann ich aus eigenem Erleben zu den Einlieferungen sowjetischer Kommissare zwecks Exekution keine Angaben machen.

Von den Kommissarerschießungen hatte ich damals dadurch erfahren, daß einige Anhörige des Kommandos 99, die ich oben angeführt habe, nach ihrem Nachteinsatz zu den Exekutionen am nächsten Tag später zum Dienst erschienen. Als Grund für ihr späteres Erscheinen erfuhr ich dann von diesen, daß sie wieder einmal an Erschießungen von sowjetischen Kommissaren im Pferdestall teilnehmen mußten. Von Hauptscharführer Helbig hatte ich gehört, daß der Pferdestall zum Zweck der Erschießungen umgebaut worden war. Erst im Laufe der Zeit sprach sich herum, daß die Kommissare im Pferdestall durch Genickschüsse getötet wurden. Ich selbst hatte nie Zutritt zum Pferdestall und hatte daher die dort bestehende Erschießungsanlage nicht gesehen.

Während meiner Abwesenheit vom AL. während der Nachtzeit wurden die Erschießungen abgeschlossen. Aus diesem Grunde habe ich damals nicht erfahren können, wie groß die einzelnen Kommissartransporte waren und wieviele Russen diesen Exekutions-transporten angehörten. Sicher ist jedoch, daß die Exekutionen noch Mitte Mai 1942, im Zeitpunkt meiner Versetzung, zur Ostfront zur Panzerdivision Wiking, angedauert haben.

Die zur Exekution bestimmten sowjetischen Kommissare wurden nicht in das Schutzhaftlager aufgenommen. Sie kamen überhaupt gar nicht in das Schutzhaftlager, sondern wurden direkt nach ihrer Ankunft, im Kommandanturbereich, zum Pferdestall geführt bzw. direkt zum Pferdestall gefahren, und in diesen hineingeführt. Da die Kommissartransporte allein zum Zwecke der Exekution stattfanden, wurden diese sowjetischen Kriegsgefangenen auch nicht in der Stärkemeldung, dh. der täglichen Veränderungsmeldung aufgenommen. Die tägliche Veränderungsmeldung wurde morgens und abends mittels eines Zählappells durchgeführt. Auf Grund des Zählappells wurden ⁱⁿ von der Lagerschreibstube die Rapportmeldungen für die nächsten Zählappelle zusammengestellt und vorbereitet. Ich hatte an Hand eines Journalbogens während des Zählappells die Stärkemeldungen von dem Blockführer entgegenzunehmen. Diese Angaben mußte ich nach sofort mit den mir von der Lagerschreibstube angegebenen Stärken vergleichen.

In der Lagerschreibstube arbeitete als 1. Schreiber der Häftling Neumeister. Er hatte sämtliche Veränderungen innerhalb des Lagers, die ihm auf Zettelmeldungen zugingen, sofort zu registrieren und laufend einzutragen, um ständig die Gesamtstärkemeldung auf dem laufenden zu halten und für den nächsten Zählappell vorzubereiten. Die Lagerschreibstube und damit auch Neumeister unterstanden mir unmittelbar. Als weiteren Schreiber der Lager^{schreibstube}station benenne ich Otto K i p p . An den mir genannten Lagerschreiber, genauer gesagt, Kommandierten-Schreiber Max Mayr kann ich mich nicht mehr erinnern.

Mir wurde aus dem Dokumentenband KL. III b / 7 b die Veränderungsmeldung vom 5.4.1942 vorgelegt. Diese Veränderungsmeldung wurde nicht von mir angefertigt, wohl aber in der Lagerschreibstube von den einzelnen Häftlingsschreibern unter Neumeister. Hierbei handelt es sich offenbar um eine Zusammenfassung sämtlicher an einem Tage eingegangenen einzelnen Veränderungsmeldungen von einzelnen Blocks, Arbeitskommandos, Revier und sonstigen Stellen des KL., an denen sich Häftlinge befanden. Die vorliegende Veränderungsmeldung diente letztlich dem Zweck, die täglichen Zählappelle vorzubereiten. Ich selbst habe diese Veränderungsmeldungen nicht mitbearbeitet und auch nicht kontrolliert.

Die sowjetischen Kriegsgefangenen, die sich in dem besonderen Kriegsgefangenenlager innerhalb des Schutzhaftlagers befanden, wurden nicht in der Gesamtstärke mitgezählt. Für sie wurden täglich besondere Zählappelle durchgeführt und ihre Stärke wurde getrennt von den anderen Häftlingsstärkemeldungen an die verschiedenen vorgesetzten Stellen weitergemeldet. Hierüber muß König als Blockführer für das Kriegsgefangenenlager weitere Auskunft geben können.

Bei der mir vorgelegten Veränderungsmeldung vom 23.4.42 handelt es sich jedoch offenbar um eine Gesamtstärkemeldung des gesamten Schutzhaftlagers einschließlich des besonderen Kriegsgefangenenlagers. Dies geht daraus hervor, daß auch unter der Rubrik "Abgänge" verstorbene Kriegsgefangene sowjetischer Nationalität namentlich aufgeführt werden.

Befragt zur Bedeutung des Vermerkes: "Weitere Abgänge!" bzw. "Zugänge" und dem anschließenden Vermerk " - Zahl - A.SU.- Kriegsgefangene, die in der Stärke nicht geführt werden " kann ich keine Angaben machen. Mir sind diese Vermerke nicht erklärlich.

Trotz des Vorhaltes, daß ich als 1. Rapportführer während einer Dienstzeit von fast 1 Jahr eigentlich unterrichtet gewesen sein müßte über die in der Lagerschreibstube von Neumeister und seinen Schreibern angefertigten Veränderungsmeldungen und anderen den Häftlingsbestand betreffenden Unterlagen, antworte ich, daß ich als Rapportführer das Lager ausschließlich zu den Zählappellen betrat und in der übrigen Zeit meinen Dienst im Kommandanturbereich in der Abt. III zu verrichten hatte. Daraus ergibt sich, daß ich nicht in der Lage war, die schriftlichen Arbeiten der Häftlingsschreiber in der Lagerschreibstube unter Kontrolle zu halten. Ich hatte diese schriftlichen Arbeiten in der Lagerschreibstube überhaupt nicht kontrolliert. Da die Veränderungsmeldungen, die ich auf Grund des Zählappells erhielt, mit dem ^H mir von der Lagerschreibstube durchgegebenen Stärkemeldungen immer übereinstimmten, hatte ich auch keine Veranlassung, die Lagerschreibstube zu ~~k~~ontrollieren.

Nach längerer Erörterung über die Bedeutung des Vermerkes in den mir vorgelegten Veränderungsmeldungen vom 14. und 15.5.1942 " - Zahl - A.SU.-Kriegsgefangene, die nicht in der Stärke geführt werden ", muß ich mit aller ~~E~~ntschiedenheit betonen, daß ich weder aus eigenem Wissen, noch aus von dritter Seite her stammenden Kenntnissen eine Erklärung für die Bedeutung dieses Vermerkes geben kann. Wenn mir aus der Aussage des Stabscheführers O t t o vorgehalten wird, daß zu späterer Zeit Häftlinge, die zur Exekution in der Zelle ^{as} ^{KL} eingeliefert worden sind, wie sich aus ihren Begleitpapieren ergab, für die aber der Exekutionsbefehl selbst noch nicht vorlag, bis zum Eintreffen des Exekutionsbefehls im Bunker verwahrt und deshalb nicht in der Stärke geführt worden sind, so könnte es möglich sein, daß auch der hier besprochene Vermerk exekutierte sowjetische Kriegsgefangene betrifft, ohne daß ich jedoch in der Lage bin, das aus meinem Wissen heraus zu bestätigen.

Auch aus dem weiteren mir vorgelegten, von SS-Hauptscharführer König unterzeichneten Veränderungsmeldungen z.B. vom 4.5., 15.5. und 16.5. bis zum 22. Mai 1942, bei denen ^{mal} jemals die Zahl der ~~na~~mentlich aufgeführten sowjetischen Kriegsgefangenen mit der Zahl der in den Veränderungsmeldungen unter "Zugängen" als nicht in der Stärke geführten Kriegsgefangenen übereinstimmt,

kann ich für die Deutung dieses Vermerkes keine Anhaltspunkte gewinnen.

Wie ich aus Lagergesprächen mit anderen SS-Kameraden erfahren habe, hatte das Reichssicherheitshauptamt jeweils die Exekutionsbefehle gegen die sowjetischen Kommissare erlassen. Sie trafen im KL. mittels Fernschreiben ein und enthielten die Personalien und die Angaben der einzelnen Stalags und den Dienstgrad. Unterzeichnet waren diese Fernschreiben von SS-Gruppenführer Müller. Ich habe keine derartigen Exekutionsbefehle gesehen. Sie kamen vom Fernschreiber direkt zum Adjutanten und Kommandanten, sowie zum Stabschef. Ich habe jedoch von anderen SS-Kameraden ihren Inhalt und die Tatsache erfahren, daß die Exekutionsbefehle vom Reichssicherheitshauptamt erlassen worden waren.

Zusätzlich habe ich noch erfahren, daß diese sowjetischen Kriegsgefangenen in den verschiedenen Stalags von ihren eigenen Leuten als Kommissare oder politische Funktionäre denunziert worden sind und dadurch von der Gestapo übernommen werden konnten.

Weil ich mit den Exekutionen selbst nichts zu tun hatte, was schon von den SS-Behörden in Dachau festgestellt worden ist und sich auch aus meiner Vernehmung vor dem Dachauer Militärgericht im Buchenwald-Verfahren Nr. 000 - 50 - 9 des Prozeßprotokolls, Seite 5132, bis 5147, 5173 bis 5175 ergibt, kann ich zum Umfang der Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener im Pferdestall bis Mitte Mai 1942 keine Angaben machen.

Ich wurde damals von den Amerikanern wegen meiner Zugehörigkeit zur Kommandantur Buchenwalds als Hauptschuldiger und Hauptverantwortlicher für die im KL. Buchenwald vorgenommenen Tötungen nach allgemein rechtlichen Grundsätzen zur Verantwortung gezogen und verurteilt. Das Todesurteil vom 14.8.1947 wurde später in lebenslängliche Haft umgewandelt, aus der ich nach weiterer Umwandlung in eine 20-jährige Haft am 4.3.1954 auf Parole entlassen worden bin.

Einen Rückschluß auf die Zahl der exekutierten sowj. Kriegsgefangenen läßt sich möglicherweise an Hand von Angaben aus Kreisen von Verwaltungsangehörigen der SS unter Barnewald führen, die mit der Ausgabe der Zusatzverpflegung an das Exekutionskommando befaßt gewesen sind. Barnewald mußte diese Zusatzverpflegungen genehmigen und muß deshalb als Verwaltungsführer darüber unterrichtet sein.

Ebenfalls unterrichtet sein muß der Kriminalbeamte
L e c l a i r e aus der politischen Abteilung, wo er
als Kriminalassistent eingesetzt war. Ferner der Leiter
der politischen Abteilung KSs S e r n o w .
Weitere Angaben kann ich zum Gegenstand des Verfahrens
nicht machen.

Vorstehendes Protokoll wurde in meiner Gegenwart diktiert,
der Wortlaut des Protokolls entspricht genau meinen Angaben,
ich verzichte deshalb auf ein nochmaliges Durchlesen.

Genehmigt und unterschrieben

Helmut Perke

Beschlossen:

Hauswald
(Hauswald)

1. Staatsanwalt

Weiß
(Weiß)

Justizangestellte

1 Js 1.64 (RSHA)

Ludwigsburg, den 20. April 1970

Vernehmungsniederschrift

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt H a u s w a l d
als Vernehmender

JA Zinsstag
als Protokollführer

Auf Vorladung erscheint bei der Zentralen Stelle der Landes-
justizverwaltungen Herr

Josef S t e g m e i e r , z.Zt. Rentner
geboren am 8. Dezember 1903 in Stuttgart,
wohnhaft in Ludwigsburg, Leonberger Str. 17

und erklärt nach eingehender Vorbesprechung und, nachdem er
als Zeuge über sein Aussageverweigerungsrecht und Auskunfts-
verweigerungsrecht gemäß §§ 52 und 55 StPO belehrt worden ist,
folgendes:

Der Gegenstand des Verfahrens ist mir erläutert worden, Er
betrifft, wie mir gesagt wurde, die Aussonderungen und an-
schliessenden Exekutionen zahlreicher sowjetischer Kriegs-
gefangener auf Grund der Einsatzbefehle 8, 9 und 14 des
Reichssicherheitshauptamtes, nach deren Richtlinien bestimm -
te Kategorien von Kriegsgefangenen von Einsatzkommandos der
örtlichen Stapostellen im Reichsgebiet und im früheren General-
gouvernement ausgesondert und dem RSHA in Listen zu melden
waren. An Hand dieser Listen erliess das RSHA durch die
Beschuldigten dieses Verfahrens Exekutionsbefehle, in denen
zugleich das jeweilige Konzentrationslager bestimmt wurde, in
das die ausgesonderten Kgf. zur Exekution zu überstellen waren.

Bevor ich zum Gegenstand des Verfahren-s aussage, bin ich gebeten worden, kurz auf meinen Lebensweg einzugehen, soweit er mit meiner Haftzeit im KL Flossenbürg zusammenhängt.

1937 wurde ich als Vorbeugungshäftling in Schutzhaft genommen und kam zunächst in das KL Dachau. Von dort wurde ich im Jahre 1939 in das KL Flossenbürg verlegt, wo ich bis etwa Sommer 1942 verblieb. Anschließend kam ich zum Arbeitseinsatz auf verschiedenen Außenstellen des KL Flossenbürg im Sudetenland, u.a. in Leitmeritz.

In Flossenbürg war ich von 1941 etwa bis Sommer 1942 als Leichenträger ~~und-Heizer~~ nach Exekutionen eingesetzt. Ich gehörte einem Kommando von insgesamt 6 Häftlingen an, die jeweils dann, wenn Exekutionen stattfanden, zum Krematorium geführt und dort in Bereitschaft gehalten wurden. Mit den Leichenverbrennungen selbst hatte mein Häftlingskommando nichts zu tun. Ich kann mich weder an den Namen des Heizers (es war ein Häftling, der aus dem Rheinland stammte), noch an die Namen der Mithäftlinge aus dem Leichenträgerkommando erinnern.

Nach Ausbruch des Krieges mit Rußland am 22. Juni 1941 fanden im Abstand von einigen ~~od~~ Tagen oder manchmal einigen Wochen, meistens jedoch im Abstand von einigen Tagen, Exekutionen auf dem unmittelbar am Krematorium gelegenen Schießstand statt. Es handelte sich um Gruppen von jeweils 6, - 8 und 10 Mann. Während der Erschießungen mußte ich mit dem Leichenträgerkommando im Krematorium verbleiben. Von dort aus konnten wir nicht den Schießstand und die dort stattfindende Exekution beobachten. Nachdem eine Gruppe von 4 - 6 Mann durch das Erschießungskommando exekutiert worden war, mußten wir Leichenträger die Leichen schnellstens auf Bahren in das Krematorium schaffen. Danach fand die Erschießung der nächsten 4 - 6 Mann statt und es wiederholte sich der gleiche Vorgang.

Bei den Exekutierten handelte es sich um Partisanen, wie ich damals erfuhr. Es sollen polnische Partisanen gewesen

- 3 -

sein. Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob unter den Exekutierten sich auch sowjetische Kriegsgefangene befunden haben. Ich habe keine Erinnerung mehr daran, russische Uniformen bei den Leichen gesehen zu haben. Das liegt auch daran, daß ich als Leichenträger immer nur kurze Zeit am Krematorium eingesetzt wurde und mich daher über den Erschießungsvorgang nicht näher informieren konnte. Aus demselben Grunde habe ich auch nicht erkennen können, wer von der Kommandantur seitens der SS-Führer an den Exekutionen beteiligt gewesen ist. Die Erschießungen fanden etwa 2 - 3 Monate lang im Abstand von jeweils einigen Tagen im Jahre 1941 statt.

Danach bis zum Sommer 1942 erfuhr ich von Abspritzungen im Krematorium. An den Abspritzungen selbst habe ich nicht teilgenommen, Soweit ich unterrichtet bin, waren bei den Abspritzungen überhaupt keine Häftlinge beteiligt gewesen. Die Abspritzungen fanden im Sezierraum des Krematoriums statt. Von anderen Häftlingen aus dem Lager habe ich erfahren, daß die Abspritzungen auf dem steinernen Seziertisch im Sezierraum des Krematoriums stattfanden. Der Sezierraum war zu diesem Zweck wie ein ärztliches Untersuchungszimmer zur Täuschung eingerichtet worden. Auf den Seziertisch wurde ein weißes Laken gelegt, wie ich gehört hatte. Nach durchgeführter Abspritzung wurde ich zum Krematorium gerufen, um dem Heizer beim Verbrennen der Leichen zu helfen. Die Leichen lagen nackt im Leichenraum neben dem Sezierraum. Sämtliche Bekleidungsstücke waren bereits entfernt, so daß ich nicht erkennen konnte, um was für Häftlinge es sich gehandelt hat. Es fanden sich unter diesen Leichen sehr viele junge Leute. Ob es sich bei den Abgespritzten um sowjetische Kriegsgefangene gehandelt hat, habe ich nicht erfahren können. Ich mußte dann Leiche für Leiche in den Verbrennungsraum tragen und dort auf die Ofenbahre legen.

Bei jeder dieser Abspritzungen handelte es sich um eine Gruppe von 10 - 15 Mann. An diese Zahl von jeweils 10 - 15 Mann kann ich mich heute noch genau erinnern. Die Stärke der einzelnen Gruppe von Häftlingen, die abgespritzt^{wurden}, war im Durchschnitt in der Regel 10 Mann. Es kam vor, daß ^{es} auch mal nur 6 oder 8 Mann waren, in einer späteren Gruppe waren es dann 12 oder auch 15. Wenn mir vorgehalten wird, daß die abgespritzten Häftlingsgruppen nach Aussage eines anderen Zeugen durchschnittlich 15 - 20 Mann betragen haben sollen, so kann ich mich auf diese Zahl heute nicht mehr festlegen. Nach meiner Erinnerung waren es aber bestimmt durchschnittlich 10 - 15 Mann. Es kann natürlich sein, daß die Gruppen der Abgespritzten nach meiner Abkommandierung im Sommer 1942 teilweise größer als 10 - 15 Mann gewesen sind, ich kann das jedoch nicht bezeugen.

Befragt zum zeitlichen Abstand, in dem die Abspritzungen der 10 - 15 Mann großen Gruppen stattfanden, erinnere ich mich noch deutlich, daß der Zeitraum zwischen den Abspritzungen in der Regel 2 - 3 Tage betrug. Mithin fanden in einer Woche mindestens 2 Abspritzungen, manchmal auch 3 Abspritzungen statt, so daß pro Woche mindestens 20 höchstens 45 Mann durch Abspritzungen im Krematorium getötet worden sind.

Die Erschießungen hörten auf, als mit dem Abspritzungen begonnen wurde. Wie mir vorgehalten wurde, muß dies zwischen Winter 1941/42 gewesen sein. Von diesem Zeitpunkt ab fanden laufend wöchentlich etwa 2 - 3 Mal die Abspritzungen, und zwar nur noch Abspritzungen, bis zu meiner Abkommandierung im Sommer 1942 statt. Ich kann mich heute nicht mehr erinnern, zu welchem genauen Zeitpunkt ich zu einem Arbeitskommando des KL Flossenbürg im Sudetenland im Sommer 1942 abkommandiert wurde. Es war jedenfalls um die Mitte des Jahres 1942.

Infolge meiner Abkommandierung habe ich keine Kenntnis, ob die Abspritzungen auch noch danach fortgesetzt wurden.

Wenn ich zum Abschluß meiner Vernehmung nach der Gesamtzahl der im Krematorium seit Winter 1941/42 bis Mitte Sommer 1942 abgespritzten Häftlinge befragt werde, so kann ich zwar nicht für den Gesamtzeitraum, wohl aber nach längerer Überlegung für den Zeitraum einer Woche eine Durchschnittszahl angeben. Meiner Erinnerung nach mußte ich wöchentlich durchschnittlich 30 Leichen von Abgespritzten in den Verbrennungsraum tragen. Hinzu kamen noch die Leichen der aus anderen Gründen im KL verstorbenen Häftlinge, die die Durchschnittszahl der verbrannten Leichen wöchentlich auf etwa 50 erhöhten. Diese Zahlen waren während des Zeitraumes von Winter 1941/42 bis Mitte Sommer 1942 jedoch nicht konstant. Es kam hin und wieder vor, daß entweder der Ofen für einige Tage wegen Reparaturen nicht benutzt werden konnte oder die Abspritzungen für ein oder zwei Wochen unterbrochen waren, weil keine Transporte eintrafen. Während dieser Unterbrechungen war ich nicht im Krematorium, sondern war im Lager in meinem Beruf als Eisenbieger und -flechter beschäftigt.

Bei Errechnung einer Gesamtzahl von Abspritzungen und Festlegung einer Mindestzahl derselben während des zuvor angegebenen Zeitraumes im Jahre 1942 ist mithin zu berücksichtigen, daß hin und wieder die Abspritzungen für ein oder zwei Wochen unterbrochen waren.

Die Bekleidungsstücke der abgespritzten Leichen waren jeweils immer schon entfernt, wenn ich zu den Verbrennungen ins Krematorium gerufen wurde. Es war mir daher nicht möglich zu erfahren, welcher Nationalität die Abgespritzten angehörten. Ich habe dies auch nicht aus Lagergesprächen mit anderen Häftlingskameraden erfahren. Hinzu kommt, daß ich als Vorbeugungshäftling wenig oder fast gar keinen Kontakt mit den politischen Schutzhäftlingen gehabt habe.

Im Gegensatz zu den Verbrennungen in der ersten Zeit meiner Tätigkeit im Krematorium wurde später z. Zt. der Erschießungen

und der Abspritzungen kein Leichenbuch mehr vom Heizer geführt. Auch aus diesem Grunde war es mir nicht möglich, die Nationalität und die Herkunft der Abgespritzten zu erfahren.

In meiner Gegenwart diktiert, genehmigt und unterschrieben

Jupp Hrynin

geschlossen:

Hauswald

Erster Staatsanwalt Hauswald

Zinsstag

Zinsstag

I - A - KI 3
1 Js 1/64 (RSHA)
StA b.d. KG Berlin

z.Z. München, den 21.4.1970

V e r h a n d e l t

Zum Polizeipräsidium in München vorgeladen erscheint heute um 09.00 Uhr der Regierungsoberinspektor i.R.

Willi B e c k e r,
9.10. 1894 in Lichtenberg geb.,
8 M ü n c h e n , Schedelstr. 14/III

und er erklärt, mit dem Gegenstand seiner zeugenschaftlichen Vernehmung im Wesentlichen vertraut gemacht und auf sein Aussage- und Zeugnisverweigerungsrecht gemäß §§ 52 und 55 StPO hingewiesen, folgendes:

Was den Verfahrensgegenstand der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin - Az. 1 Js 1/64 (RSHA) - gegen den ehemaligen RSHA-Angehörigen Franz K o e n i g s h a u s u.a. RSHA-Angehörige wegen Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener während des letzten Krieges anbetrifft, so ist mit hierzu von dem mich vernehmenden Kriminalbeamten erläutert worden, daß es sich bei den damals getöteten Soldaten um politisch unerwünschte sowjetische Kriegsgefangene handelte, die aufgrund der damals vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD erlassenen Einsatzbefehle Nr. 8, 9 und 14, ferner des sog. "Kommissar-Befehls" vom OKW und des sog. "Kugel-erlasses" sowie des "Aufpöppelungserlasses" vom RSHA in Berlin ab Kriegsbeginn mit der Sowjetunion im Juni 1941 in Kriegsgefangenenlagern im Reichsgebiet, im Generalgouvernement und in den besetzten Ostgebieten nach bestimmten Richtlinien ausgesondert worden waren.

-2-

Der auszusondernde Personenkreis wurde mir aufgezählt. Die Einsatzbefehle und die nach durchgeführter Aussonderung erlassenen Exekutionsbefehle wurden - wie mir hierzu weiter erläutert wurde - im Reichssicherheitshauptamt in Berlin von dem o.a. Beschuldigten gefertigt und gleichlautend an die zuständige Stapo-Dienststelle sowie an das jeweilige Konzentrationslager, in dem sich die zu Exekutierenden bereits befanden, übersandt.

Bevor ich zum Gegenstand des Verfahrens Angaben machen werde, bin ich gebeten worden, zunächst allgemein über meinen Lebenslauf zu berichten, soweit er mit meiner damaligen Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt in Verbindung steht.

Noch zur Person:

Ich bin alter Polizist , und zwar seit 1920, gewesen. Anfang 1940 wurde ich als Polizeiinspektor im Polizeipräsidium in Berlin zum damaligen Reichssicherheitshauptamt (RSHA) - Amt I A (b) 6 (Zentrale Pass- und Sichtvermerkstelle) , also nicht zum Amt IV der damaligen Geheimen Staatspolizei, versetzt. Erst bei Umorganisation innerhalb des RSHA's wurde die Zentrale Sichtvermerkstelle (ZS) dem Amt IV - Geheime Staatspolizei - angegliedert. Unsere Dienststelle befand sich der Reihe nach in der Kochstr., geraume Zeit später in der Potsdamer Str., und schließlich in der Berliner Str. in Berlin-Pankow. In der ZS befand ich mich bis zur Verlagerung eines Teils meiner Dienststelle nach Thüringen im Januar 1945. In Thüringen kam ich zu einer militärischen Einheit und geriet Anfang Mai 1945 , d.h. nach Kriegsende, in US-Internierung. Aus der Internierung wurde ich am 15.6. 1945 nach München entlassen.

Anschließend war ich in München zunächst als Arbeiter, später als kfm. Angestellter in einer Holz-Großhandlung tätig.

Da ich während meiner Dienstzeit in der ZS im Jahre 1943 zum Regierungsoberinspektor befördert worden war, beziehe ich heute mit voller Anerkennung als ehemaliger Beamter eine Pension als Regierungsoberinspektor.

Zur Sache:

Wie eingangs schon erwähnt, war ich von 1940 bis Januar 1945 in der ZS in Berlin als Sachbearbeiter tätig.

Dienststellenleiter war damals der Polizeirat J a r o s c h; sein Stellvertreter war der damalige POI Hermann S a m u e l. Die grundlegenden Pass - und Sichtvermerksweisungen wurden vom RMI , Ministerialrat K r a u s e, erlassen. An seinen (K.) Stellvertreter, kann ich mich heute nicht erinnern, auch wenn m-ir sein Name K r ö n i n g, genannt wird.

Meine Tätigkeit sowie die meiner damaligen Kollegen bestand in der Verwaltung eines Sachgebietes entsprechend der Organisation eines bestimmten Länderabschnittes. Es waren Pass- und Sichtvermerkanträge aus dem In- u. Ausland in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt und der Abwehr-Abteilung des OKW zu bearbeiten. Mit rassepolitischen- oder staatspolizeilichen Entscheidungen sowie mit Gefangenen- oder Konzentrationslagerangelegenheiten hatte meine Dienststelle nichts zu tun. Mit Sachbearbeitern der anderen Referate von Amt IV hatten wir nur insofern Verbindung, wenn Vorgänge dieser Dienststellen vorlagen, wodurch die Anträge diesen zur Entscheidung zuzuleiten waren.

Von den mir genannten Namen von Angehörigen der damaligen - ZS - sind mir noch folgende Kollegen in Erinnerung:

-4-

PI B u c k s c h,
 POI G i e d o w,
 PS H i n z e,
 POI L a n g e,
 PS M i l o.

Ang. G e r l a c h,
 H e g e m a n n,
 POS K o p p e,
 PS L e n z,

Mit Ausnahme von L a n g e sind mir die Schicksale der Genannten unbekannt.

Der damalige POI L a n g e wohnte 1954 in Berlin NW 21, Oldenburger Str. 4, und ist vor mehreren Jahren verstorben.

Der bereits von mir genannte POI Hermann S a m u e l ist am 4.8.1907 geboren, ist m. W. z.Zt. in Berlin NW 87, Klopstockstr. 32, wohnhaft.

~~Der mir soeben genannte Name Franz K o e n i g s h a u s ist mir aus meiner damaligen Tätigkeit in der ZS her bekannt. Ich kenne K. auch persönlich. Ich beschreibe ihn wie folgt:~~

Große (ca. 180 cm) schlanke Erscheinung.

Wenn mir soeben ein Lichtbild (dreiteilig) zur Ansicht vorgelegt wird, so erkläre ich, daß ich den K o e n i g s - h a u s darauf nicht wieder-erkenne. Ungeachtet dessen besteht kein Zweifel, daß ich den damaligen Amtmann K o e n i g s - h a u s aus unserer damaligen gemeinsamen Tätigkeit in der ZS her kenne.

Mir wurde in diesem Zusammenhang gesagt, daß betreffend Dienstzeitantritt des K o e n i g s h a u s bei der ZS großen Wert auf die Feststellung gelegt wird, zu welchem genauen Zeitpunkt K o e n i g s h a u s zur ZS kam.

Meiner heutigen Erinnerung zu-folge, ohne daß ich mich genau festlegen möchte, kam K o e n i g s h a u s in der zweiten

SB

-5-

Hälfte des Jahres 1944 zu uns. Er war damals Amtmann
und löste den damaligen Stellvertreter von PR J a r o s c h,
den POI S a m u e l, ab. K. kam von irgendeinem Referat
des Amtes IV. Neben seiner Funktion als Stellvertreter
war K o e n i g s h a u s Sachbearbeiter eines Ländersachgebiets, welches er ebenfalls von S a m u e l übernommen hatte.

Wenn ich immer wieder nach dem genauen Zeitpunkt des Dienstantritts K o e n i g s h a u s bei uns gefragt werde, so muß ich immer wieder sagen, daß ich den genauen Zeitpunkt nicht mehr in Erinnerung habe. ~~es war aber in der zweiten Hälfte~~ Wenn ich vorhin " zweite Hälfte 1944" als Dienstantritt von K o e n i g s h a u s angegeben habe, so bin ich heute tatsächlich nicht in der Lage, eine zeitliche Abgrenzung des Jahres 1944 nach so langer Zeit anzugeben. Zweifellos müßte mein damaliger Kollege S a m u e l über die Zeitfolge genauere Angaben machen können, zumal er ja der Betroffene war und von K o e n i g s h a u s auch in seinem Sachgebiet abgelöst worden ist.

Während unserer gemeinsamen Dienstzeit in der ZS hatte ich mit K o e n i g s h a u s keinen persönlichen Kontakt. Mit wem von der ZS K. Umgang pflegte, ist mir nicht bekannt.

Auch weiß ich nicht, ob der damalige Kollege von der ZS, POI B u r g h a r d t, - wie mir gesagt wurde - mit K o e n i g s h a u s freundschaftlich verkehrte. Auch ist mir nicht bekannt gewesen, daß K o e n i g s h a u s während seiner Zugehörigkeit zur ZS durch Kriegseinwirkungen verletzt oder verwundet worden ist. Wenn mir jetzt gesagt wurde, daß K o e n i g s h a u s im Herbst 1944 anlässlich einer Reise durch Fliegerangriff am Bein verletzt worden ist, so kann ich mich nicht daran erinnern, daß er infolge Lazarettaufenthalts längere Zeit von unserer Dienststelle abwesend war oder

7 Worte
geschrieben
P. K.

P.

danach im Dienstbetrieb gehbehindert war.

Wie bereits erwähnt, wurde im Januar 1945 ein Teil meiner Dienststelle nach Thüringen verlagert, wo ich mit-ging. K o e n i g s h a u s verblieb in Berlin, wo wir uns letztmalig gesehen hatten.

Wenn ich abschließend gefragt werde, wer zum Dienstantritt des K o e n i g s h a u s bei der ZS genaue Angaben machen könnte, so möchte ich außer S a m u e l auf den damaligen PR J a r o s c h verweisen. Wo J a r o s c h verblieben ist, weiß ich nicht. Ich möchte meinen, daß er in der BRD aufhältlich ist.

Auf Befragen kann ich mich erinnern, daß am Vortage des 20. Juli 1944 , am Tag des Attentats auf Hitler, eine Alarmierung an sämtliche RSHA - Angehörige erging. Auch ich wurde benachrichtigt und aufgefordert, zu einer bestimmten Stelle , ich glaube es war die Prinz-Albrecht-Str. zu erscheinen. Da ich nicht dem "Sicherheitsdienst" angehörte und daher auch nicht uniformiert war, kam ich nicht zu irgendeinem Einsatz, im Gegensatz zu den Kollegen , die dem SD angehörten und Uniformträger waren. Ob die Kollegen B u r g h a r d t und K o e n i g s h a u s im Zusammenhang des 20. Juli 1944 als SD -Angehörige und Uniformträger tatsächlich zum Einsatz gekommen sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Der mir genannte Name Dr. B e s t ist mir durch Hörensagen bekannt, ohne dass ich sagen kann , wer Dr. B e s t war. Auch wenn mir jetzt gesagt wird, daß Dr. B e s t während des Krieges Generalbevollmächtigter in Dänemark war, so besagt


✓ 2

mir das insofern auch nichts, als ich mit dem Sachgebiet "Dänemark" nichts zu tun hatte.

Ich bitte, meine Angaben betreffend S a m u e l vertraulich zu behandeln, und ihn nicht wissen zu lassen, daß ich ihn als Zeuge in diesem Verfahren genannt habe.

Ich bin bisher in keinem NSG-Prozess oder sonstigem Ermittlungsverfahren als Zeuge oder sogar als Beschuldigter vernommen worden .

Geschlossen:


(Hinkelmann) KHM

selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben:


Willi Fester

Marter
(Marter) PM als
Protokollfhr.

V e r m e r k:

Die protokollarische Vernehmung dauerte von 09.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

Der Zeuge verzichtete auf Zeugengebühren sowie auf Rückerstattung seiner Fahrkosten.


(Hinkelmann) KHM

I A KJ 3

zZ 8 München, den 21. April 1970

V e r m e r k:

Gemäß Weisung des EStA H a u s w a l d wurde heute, gegen 12.40 Uhr, versucht, die vermutliche Zeugin Charlotte M ü l l e r in München unter ihrer Telefonnummer 57 06 04 zu erreichen, um ihr mitzuteilen, daß die von EStA H a u s w a l d beabsichtigte persönliche Rücksprache in München erst im Juni oder Juli 1970 erfolgen werde.

An Telefon meldete sich eine Frau M ü l l e r, die angab, die Mutter der Charlotte M. zu sein, die gegenwärtig jedoch wegen Berufstätigkeit in der Wohnung nicht anwesend sei.

Die Gesprächsteilnehmerin zeigte sich in der vorliegenden Angelegenheit informiert und versprach, diese Mitteilung unverzüglich ihrer Tochter nach deren Rückkehr in die Wohnung bekanntzugeben. Gleichzeitig bat sie, den genauen Zeitpunkt des neuen Termins der persönlichen Rücksprache des EStA H a u s w a l d mit ihrer Tochter rechtzeitig bekanntzugeben, damit ihre Tochter zeitlich disponieren kann.


(Hinkelmann) KHM

I A KJ 3
1 Js 1/64 (RSHA)
GStA b.d. KG Berlin

z.Z. Ottobrunn, den 22. April 1970

W e i t e r v e r h a n d e l t

Zur hiesigen Polizei-Landpostenstation nochmals bestellt
erscheint der Rentner

Karl J a k o b i,
- Pers. bekannt. -

und er erklärt, mit dem Gegenstand seiner nochmaligen
Vernehmung vertraut gemacht und auf sein Aussage- und
Zeugnisverweigerungsrecht gemäß §§ 52 und 55 StPO hingewiesen,
folgendes:

Das Protokoll meiner Vernehmung v. 28.1.1970 habe ich mir
nochmals eingehend durchgelesen. Im wesentlichen habe ich
diesen meinen damaligen Angaben nichts hinzuzufügen, wenn
mir später nicht noch etwas einfallen sollte.

Mir ist gesagt worden, daß bei dem Verfahrensgegenstand
der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin gegen
den ehemaligen RSHA-Angehörigen Franz K o e n i g s h a u s
u.a. wegen Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener während
des letzten Krieges insbesondere Angaben über Zeiten, Zahlen
und Umfang der Transporte sowjetischer Kriegsgefangener zum
KL-Buchenwald sowie über den Befehlsweg der Exekutionsanord-
nungen vom RSHA in Berlin zum genannten KL interessieren.

Wie ich schon in meiner ersten Vernehmung am 28.1.1970
erwähnte, war ich damals als Läufer der "Truppengarage"
die meiste Zeit tagsüber in der Bauhütte des Kommandos auf-
hältlich. Von dort aus konnte ich den engeren Kommandanturbereich
bis zum Lager~~tor~~ übersehen. Außerdem konnte ich den Carachoweg
sehen, der in die Straße zum "Pferdestall" einerseits und am
Ende des Lagertors andererseits einmündete.

Karl D. Jak Ich habe mir nochmals die Zahlen der ankommenden Transporte und

-2-

der sowjetischen Kriegsgefangenen in das Gedächtnis zurückgerufen. Nach eingehender Überlegung bin ich zu folgenden Feststellungen gekommen, wobei ich ausdrücklich erklären möchte, daß es sich bei den Zeiten und Zahlen um ungefähre handelt.

Nach eigenen Feststellungen damals dauerten die Transporte sowjetischer Kriegsgefangener von etwa September 1941 bis etwa April 1942 an. Während dieser angegebenen Zeit habe ich insgesamt etwa 100 Gefangenentransporte zum KL Buchenwald kommend gesehen. Und zwar kamen in den Monaten ^{Anfang} September 1941 bis einschließlich November 1941 täglich - außer sonntags - je ein Transport mit sowjetischen Kriegsgefangenen. Ein Transport bestand durchschnittlich aus zwei bis fünf PolizeilKw, die mit je ca. 20 Gefangenen beladen waren. Von einschließlich Dezember 1941 bis einschließlich Januar 1942 kamen wöchentlich ca. drei Transporte in der o.a. Stärke im KL Buchenwald an. Von einschließlich Februar 1942 bis einschließlich April 1942 kamen nur noch wöchentlich je ein Transport in der gleichen Stärke an. Somit schlüsseln sich die Zahlen insgesamt wie folgt auf:

Von Sept. 1941 - Nov. 1941 = ca. 60 Transporte mit ca.
4200 sowj. Kriegsgefangenen,

von Dez. 1941 - Jan. 1942 = ca. 27 Transporte mit ca.
2000 sowj. Kriegsgefangenen,

von Febr. 1942 - April 1942 = ca. 14 Transporte mit ca.
1000 sowj. Kriegsgefangenen.

K. D. T.
Diese Aufschlüsselung ergibt eine durchschnittliche Gesamtzahl von 101 Transporten mit 7200 sowjetischen Kriegsgefangenen, die im KL Buchenwald zwecks Exekution auf die von mir geschilderte Art und Weise antransportiert worden sind.

-3-

Im Mai 1942 bin ich von diesem Kommando weggekommen, so daß ich keinen direkten Einblick mehr in die Geschehnisse betreffend Transporte sowjetischer Kriegsgefangener hatte. Hinsichtlich der Transportzeiten bin ich sicher, daß diese Transporte bis etwa einen Monat vor der berüchtigten Aktion Lidice in der CSSR andauerten. ^{Durch} ~~Vom~~-Hören-Sagen damals erfuhr ich, daß insgesamt ca. 10 000 sowj. Kriegsgefangene befehlsgemäß exekutiert worden sind, und zwar im Pferdestall des KL Buchenwald. In der genannten Zahl "10 000" sind die Zahlen der Transporte und der exekutierten sowj. Kriegsgefangenen mit-enthalten, die ich selbst beobachtet habe.

Hinsichtlich des Befehlsweges der Exekutionsanordnungen vom RSHA in Berlin ist mir zwischenzeitlich eingefallen, daß der damalige SS-O'Scharfhr. H o p p e, der auch dem Kommandanturstab angehörte, zur Zeit der Russen-Exekutionen in der Fernschreibstelle des KL Buchenwald tätig war. Wo sich damals die Fernschreibstelle befand, kann ich heute nicht mehr sagen. Meines Wissens lebt H o p p e und befindet sich gegenwärtig in einem Gefängnis im Raum Hamburg wegen eines NSG-Prozesses. Nach den damaligen Gepflogenheiten nehme ich an, ~~nehme ich an~~, daß damals ein Teil der Exekutionsanordnungen vom RSHA in Berlin auch über Fernschreiber voraus-^{ist} gekommen ~~sind~~. Demzufolge müßte H o p p e hierüber aus eigener Sicht zweckdienliche Angaben machen können. Ich kann mich heute auch noch daran erinnern, daß ein H o p p e oder ein S t o b b e im Zuge der Vorbereitungs-handlungen für Exekutionen an sowjetischen Kriegsgefangenen über Lautsprecher zum Pferdestall, der eigentlichen Exekutionsstätte, gerufen worden ist. Ich habe diese Lautsprecherdurchsage selbst gehört, weiß aber nicht, ob es sich hierbei um den H o p p e oder um den S t o b b e gehandelt hatte, zumal die Namen der beiden Genannten phon. gleichklingend sind.

K. O. J.

-4-

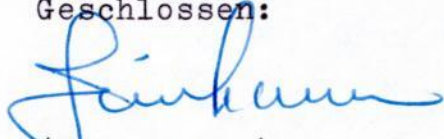
-4-

Ich kann mich weiter an einen damaligen SS-H'Scharfhr. D e u b e r erinnern, der , wenn ich mich nicht irre, z.Z. der Massenexekutionen sowj. Kgf. der Politischen Abteilung im KL Buchenwald angehörte. D. muß ca. Jahrgang 1912 sein, er stammte aus Westfalen und war damals verheiratet. Sein Vorname sowie sein Schicksal sind mir nicht bekannt. Ich möchte meinen, daß grundsätzlich die Politische Abteilung zumindest von Exekutionen Kenntnis hatte,

In meiner Vernehmung vom 28.1.1970 nannte ich als weitere Auskunftsperson u.a. einen SS-O'Scharfhr. B e r g , der seinerzeit Arbeitsdienstführer im KL Buchenwald war. Wenn ich heute gefragt werde, ob es sich ^{hierbei} um den damaligen Arbeitsdienstführer mit dem Namen Helmut-Friedrich B e r g t handeln könnte, so ist das durchaus zu-treffend. Ich wußte bisher nicht, daß der genannte B e r g t sich am Ende mit " t " schreibt.

Weitere sachdienliche Angaben zum vorliegenden Ermittlungsverfahren kann ich nicht machen. Sollten sich zwischenzeitlich weitere Erkenntnisse ergeben, so werde ich mich an die sachbearbeitende Staatsanwaltschaft in Berlin wenden. Zu diesem Zweck wurden mir das genaue Aktenzeichen und die Anschrift ~~xx~~ der Staatsanwaltschaft in Berlin angegeben.

Geschlossen:


(Hinkelmann) KHM

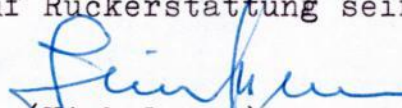
selbst
..... gelesen , genehmigt und unterschrieben:

Karl Otto Takholz
.....

Marster
(Marster) PM als Protokollfhr.

V e r m e r k:

Die protokollarische Vernehmung dauerte von 10.00 Uhr bis 14.00 Uhr. Der Zeuge verzichtete auf Zeugengebühren sowie auf Rückerstattung seiner Fahrkosten.


(Hinkelmann) KHM

I A KJ 3

zZ 84 59 Neukirchen, den 23.4.1970

V e r h a n d l u n g s b e r i c h tBetr.: Identifizierung Zeugin Lotte M ü l l e r

Im Zuge der Identifizierung der Charlotte M ü l l e r (ChAM) aus München mit der ehem. RSHA-Schreibkraft Lotte M ü l l e r (LM) wurde heute, nach fernschriftlicher Anmeldung, die Zeugin und ehemalige Stenotypistin im RSHA, Frau

D i r s c h l, geb. Wolfert,
- Personalien bekannt -

in ihrer Wohnung in Neukirchen, Krs. Sulzbach-Rosenberg, Waldlust Nr. 2, zwecks Vorlage von Bildern aufgesucht.

Der Bildvorlage und der darauffolgenden informatorischen Befragung der Zeugin D i r s c h l, die eine Vernehmung vorweg ablehnte, lag eine Aussage der D. v. 10.10.1968 in Amberg zugrunde, in der sie u.a. erklärte, eine LM aus der damaligen gemeinsamen Dienstzeit im RSHA - Amt IV A lc - her zu kennen.

Der Frau D i r s c h l wurden

- a) das Gruppenbild IX mit Hinweis auf abgebildete Person Nr. 9,
- b) das dreiteilige Lichtbild den K o e n i g s h a u s darstellend,
- c) ein Lichtbild die ChAM darstellend sowie
- d) ein Gruppenbild, u.a. die ChAM darstellend,

zur eingehenden Ansicht vorgelegt mit der Bitte, den

- 2 -

den Franz K o e n i g s h a u s sowie ihre frühere Kollegin LM zu identifizieren.

Zu den Bildern erklärte Frau D i r s c h l:

- zu a) Die unter Nr. 9 abgebildete weibliche Person habe mit der LM eine Ähnlichkeit, sie könne jedoch mit Sicherheit nicht sagen, daß es tatsächlich die LM sei.
- " b) Die abgebildete männliche Person habe eine Ähnlichkeit mit Franz K o e n i g s h a u s, jedoch könne sie auch in diesem Falle nicht, mit absoluter Sicherheit sagen, daß es sich hierbei tatsächlich um den K o e n i g s h a u s handle, den sie im RSHA als Sachbearbeiter in IV A 1 c kennengelernt hatte.
- " c)
u. d) Die auf dem Einzelbild abgebildete weibliche Person (c) sei niemals die LM aus dem damaligen RSHA; auch auf dem Gruppenbild (d) befände sich keine Person, die die LM sein könnte.

Auf Befragen gab die Zeugin D i r s c h l eine Personenbeschreibung ihrer früheren Kollegin LM wie folgt an:

Ca. 160-165 cm groß, schmächtige Gestalt, Jahrgang etwa 1920, sprach Berliner Dialekt, hatte seinerzeit rötlich-blondes Haar(Bubikopf-Frisur), sie wohnte damals bis zur Totalausbombung in einer Querstraße der Potsdamer Straße zwischen dem Potsdamer Platz und der Bülowstraße.

Frau D i r s c h l glaubte sich daran zu erinnern, daß die LM, mit der sie damals etwa 1 Jahr lang zusammen war, verwitwet war (Ehemann gefallen) und eine Freundschaft mit einem arm-amputierten SS-Offizier vom SD(schwarze Uniform) mit Namen P e t e r m a n n hatte. Ob eine Eheschließung erfolgte, wisse sie nicht mehr. Die LM sei nicht als Stenotypistin, sondern


- 3 -

lediglich als Schreibkraft im Amt IV tätig gewesen.
Für etwaige Fremdsprachen sei die LM damals nicht intelligent genug gewesen; sie glaube auch nicht, daß die LM jemals für K o e n i g s h a u s geschrieben hätte.

Als weitere Auskunftsperson für die Identifizierung der LM nannte Frau D i r s c h l die ehemalige Kollegin M i c h l e r.

Im Laufe des Gespräches erwähnte Frau D i r s c h l eine Beitragsrückzahlung, die aus einer damaligen Zusatzversicherung des RSHA resultierte. In diesem Zusammenhang legte sie einen Rückzahlungsbescheid der Versorgungsanstalt des Bundes u.d. Länder in Karlsruhe, Hans-Thomas-Str. 19, v. 31.5.1958 zur Einsichtnahme vor. Aus diesem Schreiben war u.a. ersichtlich, daß vom 1.1.1944 bis 31.5.1945 zusätzliche Beitragsleistungen entrichtet worden sind. Falls die gesuchte LM ebenfalls zu der Zeit Zusatzversichert gewesen sein und bei der o.a. Versorgungsanstalt eine Rückzahlung geltend gemacht haben sollte, ergibt sich eine weitere Ermittlungsmöglichkeit bzw. ein ^{sicherer} Identitätsnachweis.

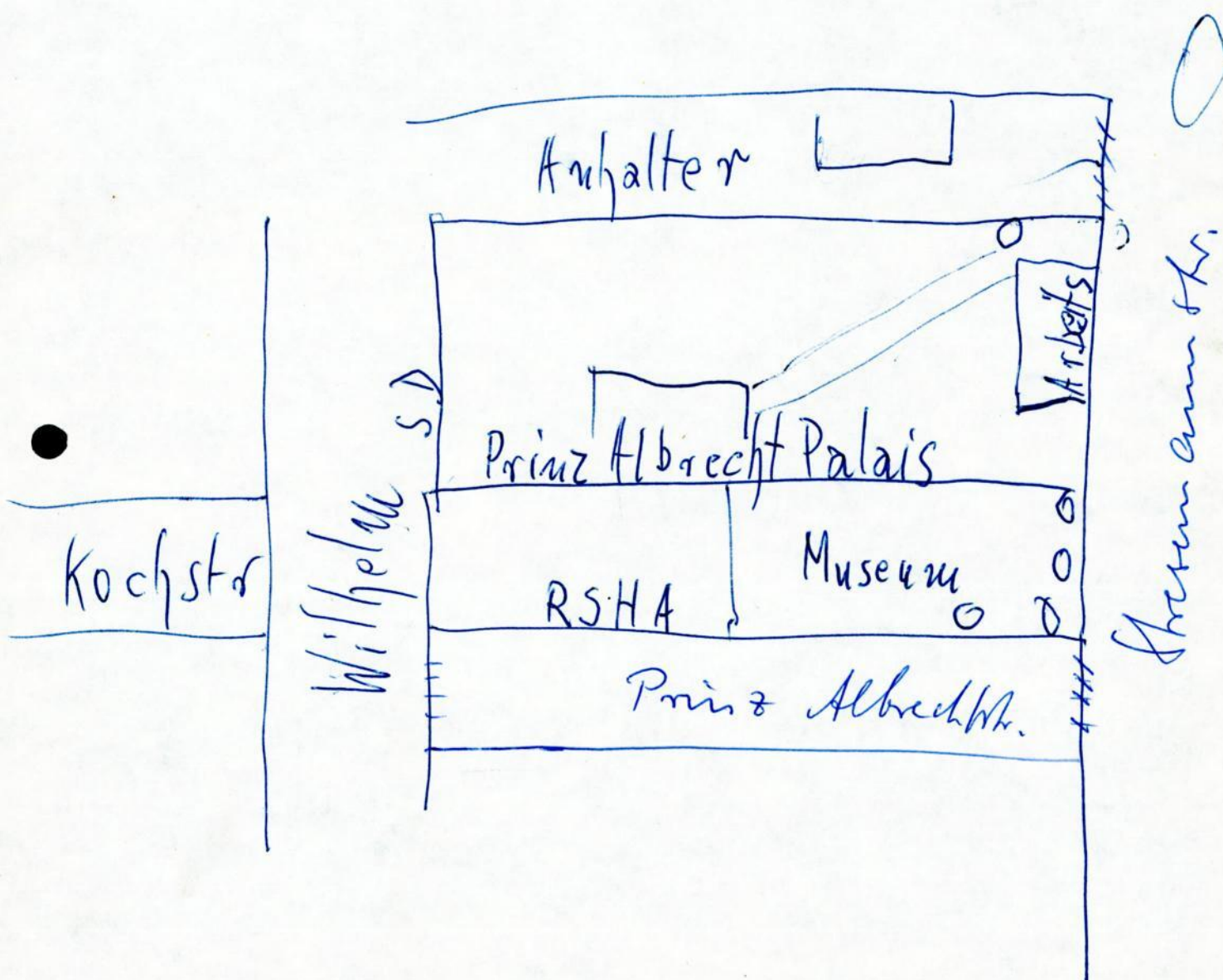
Frau D i r s c h l bestätigte, daß sich damals in der Saarlandstraße (jetzt Stresemannstr.) Ecke Anhalter Straße unweit des RSHA-Baues eine Arbeits.....Dienststelle befand, die jedoch durch das Prinz-Albrecht-Palais und eine anschließende Grünanlage mit Querweg getrennt gewesen sei (siehe Handzeichnung der Frau D.).

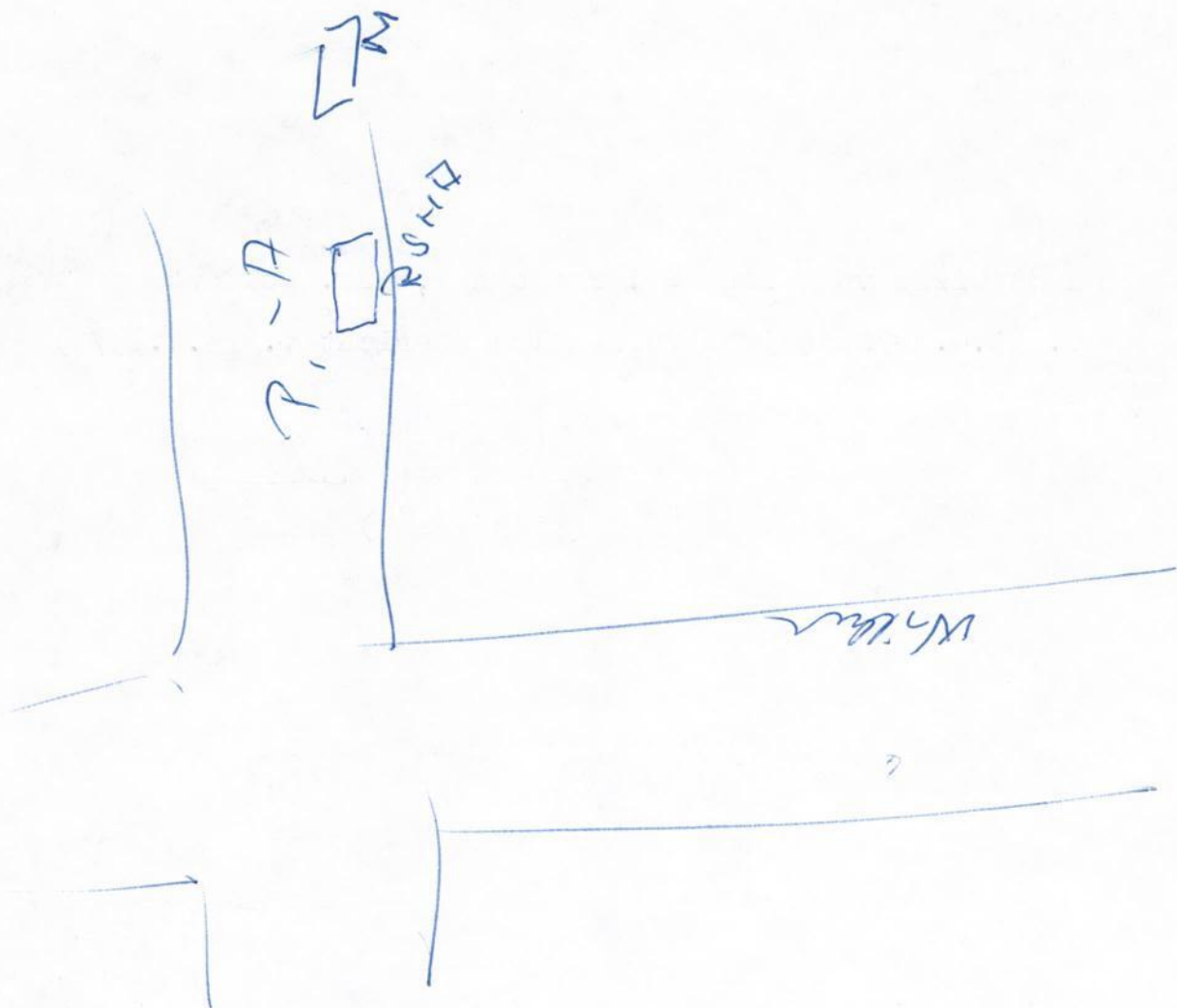

(Marter) PM


(Minkelmann) KHM

Handskizze von Frau D i r s c h l, geb. Wolfert
v. 23.4.1970 (siehe Verhandlungsbericht v. 23.4.1970)

Finke
(Hinkelmann) KHM





I - A - KI 3
1 Js 1/64 (RSHA)
GStA b.d. KG Berlin

z.Z. Sulzbach-Rosenberg, den 23.4.1970

V e r h a n d e l t

Zur hiesigen Polizei-Landpostenstation bestellt erscheint der
Rentner

Georg Gustav S i m o n,
15.11.1900 in Elsterberg/Plauen geb.,
Sulzbach-Rosenberg,
Uhlandstr. 25 wohnhaft .

Der Zeuge wurde in einer eingehenden Vorbesprechung mit dem
Gegenstand seiner Vernehmung vertraut gemacht und gemäß §§ 52
und 55 StPO belehrt.

Vorweg möchte ich erklären, daß ich bereits am 3.2.1965 von einem
Kriminalbeamten des Hessischen LKA , am 3.4.1967 von einem Berliner
Staatsanwalt zum Aktenzeichen 1 Js 4/65 (RSHA) als Beschuldigter,
am 3.7.1968 von einem Berliner Staatsanwalt zum Az. 1 Js 5/67 (RSHA)
und schließlich am 8.10.1968 ebenfalls von einem Berliner Staats-
anwalt zum Az. 1 Js 5/65 (RSHA) über meinen Lebenslauf sowie über
meine damalige Tätigkeit im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in
Berlin eingehend protokollarisch vernommen worden bin.

Die seinerzeit von mir gemachten Angaben entsprachen meiner damaligen
Erinnerung , die teils durch Vorhalte von Dokumenten und anderen
Schriftstücken aufgefrischt worden sind. Diese Angaben halte ich
heute noch aufrecht und mache sie zum Gegenstand meiner heutigen
Vernehmung. So weit mir heute noch Einzelheiten einfallen sollten,
die für das vorliegende Ermittlungsverfahren von wesentlicher
Bedeutung sein könnten, werde ich ergänzende Angaben machen.

Mir wurde eingangs eröffnet, daß im vorliegendem Ermittlungs-
verfahren gegen den ehemaligen RSHA-Angehörigen Franz K o e n i g s -
h a u s

wegen Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener während des letzten Krieges zunächst insbesondere die Dienstzeiten und das Sachgebiet damals im RSHA in Berlin des K o e n i g s h a u s in den Zuständigkeitsreferaten für Angelegenheiten sowj. Kgf. interessieren.

Aus meiner damaligen RSHA-Tätigkeit her weiß ich, daß für die Bearbeitung von Angelegenheiten sowj.-russischer Kriegsgefangener ab Kriegsbeginn mit der Sowjetunion im Juni 1941 bis etwa Anfang Juni 1943 das Referat IV A 1 c zuständig war. Im Laufe des Jahres 1943 erfolgte die Auflösung des Sachgebiets IV A 1 c , welches nunmehr im Referat IV D 5 mit erledigt wurde. Nach Umorganisation des RSHA im Mai 1944 war nunmehr das Referat IV B 2 a für diese Angelegenheiten zuständig.

Ich selbst kam etwa 1942 vom Referat IV A 1 , wo ich ab Dezember 1941 als Registrator tätig war, in das neugegründete Referat IV D 5 und war dort zunächst der alleinige Registrator. Ich erhielt später nach und nach weitere Hilfskräfte. Der damalige Sachbearbeiter für sowjetische Kriegsgefangenenangelegenheiten, Franz K o e n i g s h a u s , den ich bei IV A 1 c als Mitarbeiter kennen gelernt hatte, verblieb nach meiner Versetzung zunächst bei IV A 1 c .

Soweit ich mich heute noch erinnern kann, befanden sich die Referate IV A 1 c und IV D 5 im RSHA-Gebäude in der Prinz-Albrecht-Str. Nr. 8. Das Referat IV B 2 a befand sich etwa ab Oktober 1944 in der Wrangelstr. in Berlin-Steglitz. Letzteres weiß ich insofern noch genau, weil ich mich am 20. Juli 1944, am Tage des Attentats auf Hitler , mich noch im Hauptgebäude des RSHA in der Prinz-Albrecht-Str. diensttuend befand.

Wie ich schon erwähnte, war ich mit K o e n i g s h a u s bis zu meiner Versetzung im Jahre 1942 zum neugegründeten Referat IV D 5 zusammen. Das neugegründete Referat bearbeitete seinerzeit

-3-

"Ostarbeiter und Osteinsatz" . Wo K o e n i g s h a u s seinerzeit nach meiner Versetzung geblieben ist, weiß ich heute nicht mehr.

Wenn mir heute hierzu vorgehalten wird, daß ich in meiner Vernehmung am 8.10.1968 , Seite 6 /7 (Ich habe mich selbst davon überzeugt), ausgesagt habe, K o e n i g s h a u s sei eines Tages wieder in unserem Referat IV D 5 bzw. IV B 2 a als Sachbearbeiter aufgetaucht, so kann ich mich heute wohl an diese Aussage erinnern, jedoch an den damaligen Sachverhalt^{nicht} als solchen/, d.h. , ich kann ~~mich~~ heute aus eigener Erinnerung nicht mehr sagen, ob und wann K o e n i g s h a u s zum Referat IV D 5 bzw. IV B 2 a versetzt worden ist.

Mir wird weiterhin meine Aussage vom 8.10.1968, Seite 3/4 (Ich habe mich selbst davon überzeugt), vorgehalten, wonach ich aussagte, daß K o e n i g s h a u s mir damals, als er etwa 1942 zu IV A 1 c kam, mir von einer Schussverletzung auf einer Dienstfahrt erzählte . Hieran kann ich mich noch sehr gut erinnern, denn ersprach insbesondere von einem Querschläger von feindlichen Tieffliegern. Wann und wo bzw. bei welcher Gelegenheit K o e n i g s h a u s mir von der Schussverletzung erzählte, bzw. wann und wo er durch Tiefflieger verletzt worden ist, daran kann ich mich heute trotz intensivster Überlegung nicht mehr erinnern. Ich kann^{mich} insofern an die eigentliche Begebenheit noch erinnern, weil ich ein derartiges Geschehnis damals als große Seltenheit angesehen habe. Es ist auch möglich, daß K o e n i g s h a u s seinerzeit infolge der Verletzung gehbehindert war und ich ihn nach der Ursache seiner Verletzung gefragt hatte.

Wenn mir hinsichtlich der Schussverletzung erklärt wird, daß K o e n i g s h a u s nachweislich^{erst} im Herbst 1944 anlässlich einer Wochenendreise nach Lippstadt durch feindliche Tiefflieger am Oberschenkel verwundet worden ist, so möchte ich meine diesbezügliche Aussage vom 8.10.1968 dahingehend berichtigen, daß mir K o e n i g s h a u s von seiner Verwundung erst nach seiner zweiten Versetzung

zum Referat IV D 5 bzw. IV B 2 a berichtet hat. Darüber gibt es keinen Zweifel. Da ich mit K o e n i g s h a u s keinen privaten Kontakt hatte und unser Verkehr nur rein dienstlich innerhalb des RSHA war, ist zu folgern, daß K o e n i g s h a u s mir von seiner Schussverletzung im Rahmen unseres gemeinsamen Dienstes im RSHA berichtete. Außerdienstlich hatte ich mit ihm keine Berührung und ich weiß bis heute nicht, wo er verblieben ist.

Wenn mir soeben ein dreiteiliges Lichtbild zur Ansicht vorgelegt worden ist, so kann ich heute nicht mit Sicherheit sagen, daß die abgebildete Person der K o e n i g s h a u s ist, mit dem ich damals in den Referaten für Angelegenheiten sowj. Kriegsgefangener zusammengearbeitet hatte. Eine Ähnlichkeit ist vorhanden.

Aus dem Zeitpunkt der erlittenen Schußverletzung von K o e n i g s h a u s muß ich nunmehr folgern, daß K o e n i g s h a u s vor seiner Schußverletzung neuerdings zu dem Referat stieß, wo ich schon als Registrar tätig war. Ob das in der Wrangelstr. in Berlin-Steglitz ~~war~~ oder noch im Hauptgebäude des RSHA in der Prinz-Albrecht-Str. war, weiß ich heute nicht mehr. Eine Dienststelle IV F 5 (Zentrale Pass- und Sichtvermerkstelle) mit ihrem damaligen Sitz in Berlin-Pankow, Berliner Str., ist mir heute nicht mehr bekannt. Ich kann mich nicht erinnern, mit dieser Dienststelle zu tun gehabt zu haben. Ob K o e n i g s h a u s zeitweilig dieser Dienststelle angehörte, weiß ich nicht; jedenfalls hat mir K o e n i g s h a u s nichts erzählt.

Was K o e n i g s h a u s nach seinem Hinzukommen zum Referat IV D 5 bzw. IV B 2 a sachgebietsmäßig bearbeitete, und wer ihm als Hilfskraft zugeteilt war, weiß ich heute nicht mehr. Ich kann auch keine Personen benennen, die im besonderen zu dieser Frage Aussagen machen könnten.

hu

-5-

Im April 1945 wurde meine Dienststelle, das Referat IV B 2 a , von Berlin nach Hof/Bayern verlagert, wo ich mitging. Ob K o e n i g s h a u s ebenfalls nach Hof mitging, weiß ich heute nicht mehr. Nach Abschluß der Verlagerung wurde ich bei Hof einem Kampfkommando zugeteilt, dem K o e n i g s h a u s auf keinem Fall angehörte. Nach meiner heutigen Erinnerung im Zusammenhang mit seiner Schußverletzungsschilderung habe ich K o e n i g s h a u s etwa im Herbst 1944 im RSHA letztmalig gesehen. Auf nochmaligen Vorhalt erkläre ich , eine RSHA- Dienststelle in der Berliner Str. in Berlin-Pankow nie gekannt oder auf-
gesucht ^{zu} haben.

Eine ehemalige Stenotypistin bzw. Schreibkraft bei IV A 1 oder IV D 5 bzw. IV B 2 a mit Namen Lotte M ü l l e r ,verehelichte Petermann ,ist mir nicht erinnerlich. Auch nicht, wenn mir die Umstände erläutert wurden, daß die M ü l l e r seinerzeit eine Freundschaft mit einem Wehrmachtsoffizier hatte, der arma^umpuiert war. Auch der Name des Offiziers, P e t e r m a n n, besagt mir nichts. Wenn mir in diesem Z_usammenhang das Gruppenbild IX zur Ansicht vorgelegt wird mit der Erläuterung, daß die unter Pos. 9 abgebildete weibliche Person die betreffende M ü l l e r sein soll, so kann ich mich an diese Mitarbeiterin nicht erinnern. Auch die weiblichen Personen, die auf den weiteren zwei Bildern abgebildet sind, sind mir unbekannt.

Auf besondere Frage erkläre ich, daß ^{ich}/außer in den aufgezählten Vernehmungsprotokollen von keiner Seite persönlich oder schriftlich über den damaligen RSHA-Angehörigen K o e n i g s h a u s angesprochen worden bin. Sollte das der Fall sein, werde ich den zuständigen sachbearbeitenden Staatsanwalt unverzüglich verständigen. Zu diesem Zweck wurde mir das Aktenzeichen und die Staatsanwaltschaft Berlin genannt.

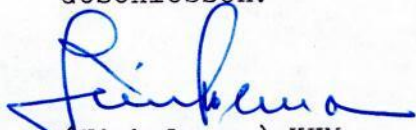
-6-


lw

-6-

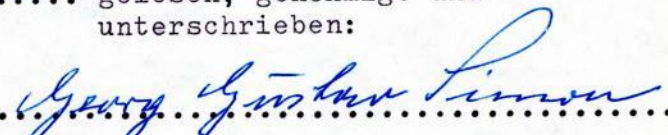
Weitere Angaben zum vorliegenden Ermittlungsverfahren kann ich nicht machen. Alles, was ich in diesem Zusammenhang noch wußte, habe ich in den vergangenen Vernehmungen sowie auch heute wahrheitsgemäß angegeben. Wenn ich nicht in allen Punkten eine erschöpfende Antwort geben konnte, so bitte ^{ich} und den langen Zeitablauf mein Alter zu berücksichtigen.

Geschlossen:


(Hinkelmann) KHM



(Marter) PM als
Protokollfhr.

selbst gelesen, genehmigt und
unterschrieben:

..... 

V e r m e r k:

Die protokollarische Vernehmung dauerte von 09.00 Uhr bis 13.45 Uhr.
Der Zeuge verzichtete auf Zeugengebühren sowie auf Rückerstattung
seiner Fahrkosten.


(Hinkelmann) KHM

I - A - KI 3
1 Js 1/64 (RSHA)
GStA b.d. KG Berlin

z.Z. Würzburg, den 24.4.1970

V e r h a n d e l t

Zur Polizeidirektion in Würzburg vorgeladen erscheint heute um 13.00 Uhr der Verwaltungsangestellte

Erich I r r g a n g,
20.12.1914 in Berlin geb.,
87 Würzburg,
Neutorstr. 11 wohnhaft,

und erklärt, mit dem Gegenstand seiner zeugenschaftlichen Vernehmung im wesentlichen vertraut gemacht und auf sein Aussage- und Zeugnisverweigerungsrecht gemäß §§ 52 und 55 StPO hingewiesen, folgendes:

Bevor ich zum Gegenstand des Verfahrens Angaben machen werde, bin ich gebeten worden, zunächst allgemein über meinen Lebenslauf zu berichten, soweit er mit meiner damaligen Polizeiverwaltungstätigkeit im damaligen Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin im Zusammenhang steht.

Noch zur Person:

Im Jahre 1936 bin ich als Polizeiverwaltungsangestellter in Berlin zum "Hauptamt - Sicherheitspolizei - im RMI" in Berlin eingestellt worden, und zwar als Beamtenanwärter. Mit der Bildung des RSHA in Berlin - den genauen Zeitpunkt kann ich heute nicht mehr angeben - wurde das "Hauptamt - Sicherheitspolizei" und andere Polizeidienststellen zu einem Amt zusammengelegt. Zunächst war ich im Amt II des RSHA auf der Besoldungsstelle u. ä. als Polizeisekretär tätig. Etwa Ende 1941 oder Anfang 1942 kam ich dann zur "Zentralen-Pass- und Sichtvermerkstelle", die sich zu diesem Zeitpunkt in der Nähe des RSHA-Hauptgebäudes in der Zimmerstr. befand. Die Bezeichnung dieser Dienststelle ist mir heute

-2-

nicht mehr erinnerlich, auch wenn mir jetzt die Bezeichnung " Referat IV F 5 " genannt wird. Auch wenn mir die Bezeichnung " Amt I A (b) 6 " genannt worden ist, so besagt mir auch diese Dienststellenbezeichnung nichts mehr.

Nach etwa zweijähriger Tätigkeit in der Zentralen Pass- und Sichtvermerkstelle (ZS) wurde ich als Regierungsinspektoranwärter zwecks Fortsetzung der Inspektorausbildung in den verschiedenen Dienststellen innerhalb des RSHA's , zum Amt II, versetzt. Das damalige Amt II war eine reine Wirtschaftsabteilung und hatte mit polizeilichen- und sonstigen Exekutivdiensten nichts zu tun. Meine Dienststelle im Amt II befand sich in der Kochstr. Danach bin ich nie wieder zur "ZS" - Stelle zurück-versetzt worden. Auf der Dienststelle der ZS in der Berliner Str. in Berlin-Pankow, - der Sitz wurde mir soeben gesagt - habe ich nie Dienst versehen.

Der Abteilung ^{bzw. dem Amt} II im RSHA gehörte ich bis Kriegsende an. Die letzten Monate habe ich als Wirtschaftsführer auf einer RSHA-Abwehrdienststelle in der Friedrich - Ecke Zimmerstr. in Berlin verbracht. Nach Verlegung dieser Dienststelle über Thüringen und Regensburg nach Salzburg geriet ich erst am 24.11.1945 bei Rosenheim in US-Gefangenschaft. 1948 bin ich aus der Internierung in Garmisch-Partenkirchen nach Possenhofen am Starnberger See entlassen worden.

Gegenwärtig bin ich im hiesigen Julius-Spital, Juliuspromenade 19, als Verwaltungsangestellter tätig.

Zur Sache:

Als Gegenstand dieses Ermittlungsverfahrens sind mir die Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener während des letzten Krieges genannt worden.

-3-

Der mir genannte Franz K o e n i g s h a u s , der während des letzten Krieges im damaligen RSHA Sachbearbeiter für Angelegenheiten sowjetischer Kriegsgefangener war und in diesem Verfahren ~~als~~ Beschuldigter ist, ist mir namentlich nicht bekannt. Wenn mir in diesem Zusammenhang ein dreiteiliges Lichtbild zur Ansicht vorgelegt wurde, so muß ich erklären, daß ich die abgebildete männliche Person, die, wie mir gesagt wurde, K o e n i g s h a u s heißen soll, nicht kenne. Wenn mir gesagt wurde, daß die abgebildete Person ab Anfang 1944 in der ZS - Stelle als Sachbearbeiter tätig gewesen sein soll, so kann ich hierzu ~~wie ich in meinem Lebenslauf bereits erwähnte habe~~ nur erklären, daß zu meiner Dienstzeit in der ZS die abgebildete Person noch nicht tätig war. Zweifellos würde ich ihn sonst sowohl namentlich als auch anhand des Bildes wieder-erkennen. In diesem Zusammenhang weise ich nochmals darauf hin, daß ich spätestens im Herbst 1943, wie mir jetzt genau einfällt, von der ZS weg-kam, denn ich bin nie in der Berliner Str. in Berlin-Pankow tätig geworden. Bis heute wußte ich nicht, daß die ZS, der ich früher angehörte, dorthin verlagert wurde. Es dürfte leicht festzustellen sein, wann die ZS von der Zimmerstr. nach Berlin-Pankow verlegt wurde. Auf jeden Fall bin ich vor der Verlagerung nach Berlin-Pankow von der ZS zum Amt II versetzt worden.

Leiter der damaligen ZS war der PR J a r o s c h. An seinen Stellvertreter sowie an andere damalige Mitarbeiter kann ich mich heute nicht mehr erinnern. Wenn mir einige Namen von damaligen Mitarbeitern genannt werden, wie

B u r g h a r d t,
B u c k s c h,
G i e d o w,
P a u l,
K i s t n e r,

B e c k e r,
G e r l a c h,
H e g e m a n n,
H i n z e,
K o p p e,

-4-

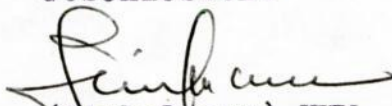
L a n g e,
L o r e n z,
N a c k,
S a m u e l,
K r a u s e,


L e n z,
M i l o,
S c h u m a c h e r,
T h o m a s,
K r ö n i n g ,


so kann ich mich lediglich an den Namen K r ö n i n g leicht erinnern, ohne weiteres über seine Person und seine Funktion etwas aussagen zu können. Wenn mir Bilder von den^lige aufgeführten Personen vorgelegt werden würden, könnte es durchaus möglich sein, den einen oder anderen Mitarbeiter wiederzuerkennen, sofern wir zur gleichen Zeit Dienst versehen haben sollten.

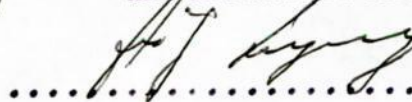
Aus meiner Dienstzeitfolge ist zu schließen, daß ich zu diesem Fragenkomplex keine zweckdienlichen Angaben machen kann. Franz K o e n i g s h a u s ist mir sowohl namentlich als persönlich unbekannt.

Geschlossen:


(Hinkelmann) KHM


(Marter) PM als
Protokollfhr.

 gelesen, genehmigt und
unterschrieben:

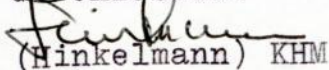


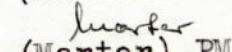
W e i t e r v e r h a n d e l t:

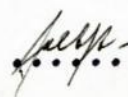
Bisher bin ich einmal von Kriminalbeamten einer auswärtigen Dienststelle als Zeuge in einem NSG-Verfahren betreffend ein Einsatzkommando während des letzten ^{hier in Würzburg} Krieges¹ protokolllarisch vernommen worden.

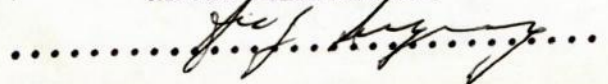
Das Aktenzeichen und der Ausgang des Verfahrens sind mir nicht bekannt.

Geschlossen:


(Hinkelmann) KHM


(Marter) PM

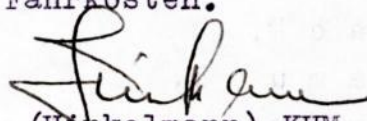
 gelesen, genehmigt und
unterschrieben:



V e r m e r k:

Die protokollarische Vernehmung dauerte von 13.00 bis 16.25 Uhr.

Der Zeuge verzichtete auf Erstattung von Zeugengebühren sowie auf Rückerstattung seiner Fahrkosten.


(Hinkelmann) KHM

1 Js 1.64 (RSHA)

Mannheim, den 27. April 1970

VernehmungsniederschriftGegenwärtig:

Erster Staatsanwalt H a u s w a l d
als Vernehmender

JA W e n d t
als Protokollführerin

Auf Vorladung erscheint bei der Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Mannheim Herr

Georg K ö n i g
geboren am 27. April 1911 in Meerane/Sachsen
wohnhaft in Mannheim-Waldhof,
Gärtnerstrasse 49 von Beruf Kfz-Handwerker

und erklärt nach Vorbesprechung und nachdem er auf sein
Aussageverweigerungsrecht gemäß § 52 StPO und sein Aus-
kunftsverweigerungsrecht gemäß § 55 StPO hingewiesen worden
ist, folgendes:

Der Gegenstand des Verfahrens ist mir erläutert worden,
Er betrifft, wie mir gesagt wurde, die Aussonderungen und
anschliessenden Exekutionen zahlreiche sowjetischer Kriegs-
gefangener auf Grund der Einsatzbefehle 8, 9 und 14 des
Reichssicherheitshauptamtes, nach deren Richtlinien bestimm-
te Kategorien von Kriegsgefangenen von Einsatzklmmands der
örtlichen Stapostellen im Reichsgebiet und im früheren General-
gouvernement ausgesondert und dem RSHA in Listen zu melden
waren. An Hand dieser Listen erliess das RSHA durch die
Beschuldigten dieses Verfahrens Exekutionsbefehle, in denen
zugleich das jeweilige Konzentrationslager bestimmt wurde, in
das die ausgesonderten Kgf. zur Exekutions zu überstellen waren.

- 2 -

Jch bin aussagebereit:

Bevor ich zum Gegenstand des Verfahrens Stellung nehmen werde, bin ich gebeten worden, kurz auf meinen Lebensweg einzugehen, soweit er mit meiner Tätigkeit im KL Buchenwald im Zusammenhang steht.

Seit 1937 gehörte ich dem Wach-Batl. SS Thüringen als SS-Scharführer der Maschinengewehr-Komp. an. Infolge einer früher erlittenen Miniskus-Verletzung kam ich 1939 nach Berlin-Lichterfelde ins Lazarett. Nach meiner Entlassung und Rückkunft nach Buchenwald war inzwischen das Wach-Batl. zur Front ausgerückt. Da ich gvh geschrieben worden war, brauchte ich dem Wach-Batl. nicht zu folgen. Jch bekam jedoch statt dessen eine Versetzung zur Kommandantur des KL Buchenwald. Dort wurde ich weiterhin als SS-Scharführer zum Ausbilder für neu eingerückte Angehörige des Wach-Batl. eingesetzt. Diese Stellung behielt ich bis Ende 1942 inne.

Neben meiner Tätigkeit als Ausbilder hatte ich u.a. auch an Zählappellen der Häftlinge im Schutzhaftlager teilzunehmen. Jch hatte insbesondere die innerhalb des Schutzhaftlagers in einem besonderen abgetrennten Lager untergebrachten sowjet. Kriegsgefangenen zu zählen. Für diese Tätigkeit hatte der Kommandant keinen Blockführer des Schutzhaftlagers eingesetzt, solange ich im KL Buchenwald bis Ende 1942 war, da Blockführer ihren Dienst allein im Schutzhaftlager bei den übrigen KL-Häftlingen zu versehen hatten. Der Kommandant Pister legte jedoch grossen Wert darauf, daß im Kriegsgefangenenlager die dort Untergebrachten nach soldatischen Grundsätzen behandelt wurden. Er setzte deshalb für die Zähl-Appelle keinen Blockführer des Schutzhaftlagers ein, sondern bestimmte mich als Ausbilder des SS-Wach-Batl. und da ich nur mit militärischen Funktionen befasst ^{war}, für die Abnahme der Zähl-Appelle. Diese Tätigkeit übte ich seit dem Beginn der Einlieferung der ersten russ. Kriegsgefangenen bis Ende 1942 aus.

Mir ist die Existenz eines Kommandos 99 im KL Buchenwald bekannt. Dieses Kommando hatte die Aufgabe, die zur Erschiessung eingelieferten sowjet. Kriegsgefangenen, die nicht mit denen im Vorabsatz zu verwechseln sind, im Pferdestall, der zur einer

Genickschußanlage umgebaut worden war, zu exekutieren. Angehörige des Kommandos 99 habe ich bereits in meiner Vernehmung vom 1.8.67 Az. 24 Js 976/61 (Z) vor der Staatsanwaltschaft Köln namentlich benannt. Meine damalige Vernehmung halte ich insoweit aufrecht.

Ich wurde eines Tages zum Adjutanten Büngeler gerufen. Dieser teilte mir in Form eines Befehles mit, daß ich mir eine Maschinepistole auf der Waffenkammer zu holen habe und Aufstellung am Pferdestall ausserhalb desselben nehmen soll. Den Zeitpunkt für dieses Ereignis kann ich heute nicht mehr bestimmen. Er hat auf jeden Fall nach Errichtung des Pferdestalles als Genickschußanlage^{und} vor meiner Versetzung zum K Vorbereitungs-Lehrkomp. für die Offiziersschule Braunschweig Ende 1942 gelegen.

Als ich ausserhalb des Pferdestalles mit der Maschinepistole befehlsgemäß Aufstellung nahm, wartete ich zusammen mit anderen Posten, die einen Ring um den Pferdestall gezogen hatten, auf die Ankunft des Transportes der zu exekutierenden sowjet. Kriegsgefangenen. Ich war nicht~~t~~ unterrichtet über den Grund der bevorstehenden Exekution. Einige Zeit später trafen die sowjet. Kriegsgefangenen unter Bewachung von Wehrmacht, in anderen Fällen von Polizeiangehörigen, vor dem Pferdestall auf LKW ein. Sie wurden dort abgelen und gezählt. Das war Aufgabe des Transportleiters, der danach die Kriegsgefangenen dem Leiter des Erschiessungskommandos übergab. Den Namen des Leiters des Exekutionskommandos kann ich heute nicht mehr benennen. Meiner Meinung nach war es ein SS-Führer.

des
Nach Übergabe ~~wurden diese~~ Transportes, dessen Stärke etwa soviel Mann umfasste, wie auf einem ^{normalen} LKW verladen werden können, wurden die Russen in den Pferdestall hineingeführt. Dort befand sich ein grosser Raum, den ich ebenfalls betreten musste, um dort die B wachung fortzusetzen. Hier wurden die Russen noch einmal namentlich verlesen. Die schriftlichen Befehle, aus denen die Namen verlesen wurden, habe ich persönlich nicht einsehen können. Ein ~~x~~ Häftling mit russ. Sprachkenntnissen

verlas die Namen. Die Russen meldeten sich auf namentlichen Aufruf. Danach wurden sie auf russ. belehrt, ~~was~~ was ich nicht verstand. Wir hatten in dem Raum weisse Mäntel an, um uns vor der Ansteckungsgefahr des Fleckfiebers zu schützen. Während sich jetzt die Russen ausziehen mussten, wurde in einer Lautsprecheranlage unwahrscheinlicher Lärm, ich wiederhole unheimlich lauter Lärm durch Abspielen von Platten gemacht. Der Lärm diente nach meiner schlußfolgernden Auffassung dazu, die russ. Kriegsgefangenen vom Zweck des Vorhabens abzulenken, d.h. die einzelnen Exekutionsschüsse nicht hörbar werden zu lassen.

Am anderen Ende des grossen Raumes wurde von einem anderen SS-Mann in kurzen Zeitabständen von ~~etwa~~ wenigen Minuten eine Tür geöffnet, durch die einzelne die Russen hindurch gehen mussten, bis der Letzte den grossen Raum verlassen hatte. In dem Augenblick, als der letzte Russe den grossen Raum (Auskleideraum) verlassen hatte, war meine Mission beendet. Ich ging wieder meinem üblichen Dienst als Ausbilder nach.

Auf Vorhalt kann ich mich nicht erinnern, daß die soeben von mir beschriebene Erschiessungsaktion in den Abendstunden stattfand. Nach meinem Wissen haben die Erschiessungsaktionen zu verschiedenen Tageszeiten stattgefunden.

Sofort nach der ersten Erschiessungsaktion war mir klar geworden, daß es ~~sich~~ sich hier um eine gegen das Kriegsrecht verstossende Handlung verbrecherischen Charakters gehandelt hat. Ich bin sofort zum Adjutanten Büngeler gegangen und habe um meine Versetzung zur 3. SS-Totenkopfddivision gebeten mit dem Hinweis, daß ich nicht bereit sei und es seelisch nicht verantworten könne, an Erschiessungen dieser Art teilzunehmen. Büngeler wies mich scharf zurück und berief sich auf den Führerbefehl, daß jeder SS-Mann den Dienst zu machen habe, zu dem er befohlen sei. Trotzdem ist es mir schliesslich Ende 1942 gelungen, wegversetzt zu werden.

Ich habe insgesamt an etwa 5 Erschiessungsaktionen dieser Art teilgenommen. Jedes mal handelte es sich um mindestens einen

- 5 -

LKW voll sowjet. Kriegsgefangener. Bivak Die 5 Erschiessungen verteilen sich zeitlich gesehen auf das Jahr 1942. Die zeitlichen Zwischenabstände kann ich heute nicht mehr bestimmen.

Zwischen den einzelnen fünf Erschiessungen, an denen ich als Wach-Posten teilzunehmen hatte, fanden zahlreiche weitere Erschiessungen statt, für die andere SS-Angehörige eingeteilt waren. Von den anderen Erschiessungsaktionen habe ich jeweils durch den über Lautsprecher verbreiteten Aufruf "Kommando 99 ans Tor" erfahren. Ich gehörte dem Kommando 99 nicht ständig an, weil ich meistens ausserhalb der Kommandantur im Gelände Ausbildungsdienst zu verrichten hatte. Anhand des Dienstplanes konnte der Adjutant, Büngeler bzw. später Schmidt, Hans, über mich verfügen und ersehen, wann ich vom Ausbildungsdienst zurück war und dementsprechend für das Kommando 99 mit eingeteilt werden konnte. In diesem Falle rief der Adjutant mich telefon. zum Pferdestall. Ich war damals zusammen mit Helbig und Dietrich auf der Waffenkammer. Dort erreichte mich jeweils der Anruf des Adjutanten, mich zum Pferdestall mit einer Maschinenpistole zu begeben.

Anlässlich meiner Teilnahme an einer weiteren Erschiessung habe ich mich erneut beim späteren Adjutanten Hans Schmidt gemeldet und um meine Versetzung gebeten. Auch dieser wies mich ab. Er gab mir zu verstehen, ob ich nicht wüsste, wovon es sich hier handele, daß die russ. Kriegesgefangenen sich an deutschen Soldaten vergangen hätten und durch eine höhere Instanz, ohne daß ein Prozess stattgefunden hat, zur Exekution bestimmt worden sind. Dabei erwähnte er auch, daß sich unter den Kriegesgefangenen Kommissare u. ~~Politruks~~ Politruks befanden. Von Juden war dagegen nicht die Rede. Auch Schmidt wies mich scharf zurück, sodaß mir nichts übrig blieb, als an weiteren Erschiessungen teilzunehmen. Ich war praktisch in Ungnade gefallen, was sich darin äusserte, daß ich mich nicht des Gefühls erwehren konnte, jetzt "verheitzt" zu werden. Trotzdem hatte ich schliesslich Ende 1942 das Glück, zu einem Vorbereitungs-Lehrgang versetzt zu werden.

So wie ich haben ebenfalls Helbig u. Dietrich an Erschiessungen teilgenommen. Ob die beiden Genannten auch geschossen haben, weiß ich nicht, weil ich mich nur im Auskleideraum jeweils aufgehalten habe. Im übrigen verweise ich auf die weiteren Namen der in meiner Vernehmung vom 1.8.67 angegebenen Teilnehmer an den Erschiessungen.

Ob die Erschiessungsbefehle vom RSHA erlassen worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich hatte nicht Gelegenheit, die Herkunft der Befehle zu erfahren. Man mißtraute mir damals wegen meiner mehrmals vorgetragenen Versetzungsbitten, sodaß ich auch nicht von meinen Kameraden Näheres über die Herkunft der Befehle erfahren konnte. Aus logischen Gründen bin ich jedoch der Ansicht, daß nur das Reichssicherheitshauptamt diese Exekutionsbefehle erteilt haben kann. Mir war auch bekannt, daß diese Kriegesgefangenen ins Stalags ausgesondert worden sind und von der Wehrmacht aufgrund entsprechender Befehle, die nach meiner logischen Annahme vorhanden gewesen sein müssen, der Gestapo übergeben worden sind.

Wenn ich insgesamt an fünf Erschiessungen teilgenommen habe, bei der jeweils mindestens die Zahl des auf einen LKW verladbaren Transportes von durchschnittlich etwa 25 - 30 Mann exekutiert worden sind, so komme ich in der Gesamtzahl auf etwa mindestens 125 Mann. Wieviel russ. Kriegesgefangene insgesamt während meiner Dienstzeit bis Ende 1942 auf die beschriebene Weise exekutiert worden sind, ~~XXVXIXIXIX~~ vermag ich dagegen nicht anzugeben.

Aus dem Dokumentenband KL IIIb 7b wurden mir der Halbfalter 3 vorgelegt. Die Unterschrift auf der fünf Russen umfassenden Namensliste vom 4. Mai 1942 erkenne ich als die meine an. Daß es sich um Kriegesgefangene handelt, ist aus der Stalag-Bezeichnung und der Kriegsgefangenennummer, die keine Häftlingsnummer des KL Buchenwald ist, was bereits aus der sechsstelligen Zahl ersichtlich ist, erkennbar.

Ich bin im Augenblick sprachlos über die mir vorgelegten Listen von neu zugegangenen sowjet. Kriegsgefangenen, die ich unterschrieben habe. Daß es sich um Neueinlieferungen handelt, geht aus dem jeweiligen Text und der Überschrift Veränderungsmeldung hervor.

Es handelt sich ganz sicher um Neuzugänge d.h. nicht um Kriegsgefangene, die sich bereits im besonderen Kriegsgefangenenlager befanden. Hierfür spricht auch die Tatsache, daß die Namenslisten keinen Vermerk über ihren Verbleib innerhalb des Lagers enthalten.

Korrespondierend nach Zahl u. Datum erscheinen die in den Namenslisten aufgeführt sowjet. Kriegesgefangenen in der täglichen Veränderungsmeldung des Schutzhaftlagers unter dem Vermerk wieder ". . . A.SU.-Kriegesgefangene, die nicht in der Stärke geführt werden". Ich kann mir im Augenblick diesen Vermerk noch nicht erklären.

Wenn es sich bei den von mir unterschriebenen Namenslisten um Kriegsgefangene gehandelt hat, die in das besondere Kriegsgefangenenlager, dessen ^{ich} Zählappell oder Möckel (verstorben) abgenommen habe, eingeliefert worden sind, dann hätten dieselben auch automatisch in der Stärke geführt werden müssen. Das ist sonnenklar. Aus der Tatsache, daß sie nicht in der täglichen Stärke geführt wurden, ergibt sich, daß sie nicht in das Kriegsgefangenenlager und damit in das Schutzhaftlager ^{liefert} ~~eingeliefert~~ worden sind.

Ich überlege im Augenblick, von wem bzw. von welcher Dienststelle des KL Buchenwald mir diese Namensliste ^{im} Halbhefter ~~4 bis 13~~ 4 bis 13 vorgelegt worden sind. Ich selbst habe diese Listen nicht mit der Schreibmaschine geschrieben. Ich hatte überhaupt keine Schreibmaschine. Andererseits steht es jedoch fest, daß ich meine Unterschrift unter diese Listen gesetzt habe.

Soweit die mir vorgelegten Namenslisten die Überschrift "Veränderungsmeldung" enthalten, ist diese ihrem Inhalt nach unzutreffend.

Ich selbst war garnicht zuständig für die Fertigung von Veränderungsmeldungen. Diese Aufgabe hatten die einzelnen Rapportführer. Demzufolge sind die Überschriften Veränderungsmeldungen unrichtig, denn tatsächlich kann es sich nicht um eine Veränderungsmeldung gehandelt haben, weil ich für Veränderungsmeldungen nicht zuständig war und ausserdem die jeweilige Zahl der eingelieferten Russen nicht in die Lagerstärke aufgenommen worden ist.

Ph.

Auf was sich die Veränderungsmeldung bezieht, ist mir heute und an dieser Stelle unerklärlich. Es ist durchaus möglich, daß ich hier bei den in den Halbheftern 4 - 13 enthaltenen Namenslisten in Wahrheit Listen von exekutierten ~~sowjet.~~ sowjet. Kriegsgefangenen unterzeichnet habe, ohne daß ~~ich~~ jedoch die Exekutionsbefehle selbst vorzuliegen hatte und demzufolge selbst den Beweis in Händen hatte, die hier verzeichneten Kriegsgefangenen sind exekutiert worden. Dementsprechend erscheint es mir zutreffend, daß ich die als Veränderungsmeldungen getarnten Erschiessungslisten zur Unterzeichnung vorgelegt bekam, weil ich hinsichtlich der übrigen Kriegsgefangenen kraft meiner Aufgabe, die Zählappelle abzunehmen, zuständig für die echten Veränderungsmeldungen war, die ich an die Lager-Schreibstube weiterzugeben hatte.

Wenn mir nunmehr vorgehalten wird, daß die Archivauswertungen beim Internationalen Suchdienst in Arolsen für jeden einzelnen der in den Veränderungs- und Zugangslisten namentlich aufgeführten sowjet. Kriegsgefangenen ergeben haben, daß diese in keiner der noch vorhandenen Lagerkarteien des KL Buchenwalds (Nummernkartei, Arbeitskartei, Allgemeine Häftlingskartei usw.) verzeichnet sind, bzw. wieder auftauchen, dann liegt es umso ~~mehr~~ näher, daß diese Russen tatsächlich nicht in das Kriegsgefangenenlager innerhalb des Schutzhaftlagers eingeliefert worden sind. Da andererseits Russen, die nach Buchenwald kamen, jeweils entweder in das Kriegsgefangenenlager oder in den Pferdestall zur Exekution geführt worden sind, weil eine dritte Einlieferungskategorie ~~in~~ meines Wissens nicht vorhanden war, so komme ~~auch~~ ich zu dem Schluß, daß es sich ~~hier~~ um Fälschungen in dem Sinne handelt, daß die Listen keine Veränderungs- oder Zugangsmeldungen, sondern tatsächlich Erschiessungsmeldungen bzw. Erschiessungslisten sind.

Zu der von mir soeben vertretenen Auffassung komme ich auch deshalb, weil ich zu den hier angeführten Zeiten tatsächlich bei Erschiessungen im Pferdestall anwesend gewesen bin, ohne daß ich nicht heute noch an diese Daten erinnern kann.

Wenn ich nach dem Zweck dieser Listen gefragt werde, so habe ich zunächst dafür keine Erklärung. Mir wurde vorgehalten, daß

In diesem Lichte betrachtet kann der Vermerk in den jeweiligen
Veränderungs^{meldungen}blätter^{en} des Schutzhaftlagers "A.SU-Kriegs/sgefange-
ne, die nicht in der Stärke geführt werden", nur die Bedeutung
haben, daß es sich hier um ausgesonderte oder abgesonderte oder
abgetrennte Kriegs/sgefangene der Sowjet-Union gehandelt hat, die
deshalb nicht in der Stärke geführt wurden, weil sie exekutiert
worden sind.

Selbst gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

Wendt
(Wendt)
Just.Angestellte

I - A - KI 3
1 Js 1/64 (RSHA)
GSStA b.d. KG Berlin

z.Z. Mainz, den 27.4.1970

V e r h a n d e l t

Zur Staatsanwaltschaft in Mainz vorgeladen erscheint heute um
09.30 Uhr der Kaufmann

Kurt L e e s e r,
1.1. 1904 in München geb.,

65 M a i n z,
Jahnstr. 51 wohnhaft ,
Tel.: (41431,
06131-)

er-
und er klärt, mit dem Gegenst- and seiner zeugenschaftlichen
Vernehmung im wesentlichen vertraut gemacht und auf sein
Aussage- und Zeugnisverweigerungsrecht gemäß §§ 52 und 55
StPO hingewiesen, folgendes:

Was den Verfahrensgegenstand der Staatsanwaltschaft bei dem
Kammergericht Berlin - Az. 1 Js 1/64 (RSHA) - gegen den
ehemaligen RSHA-Angehörigen Franz K o e n i g s h a u s
u.a. RSHA-Angehörige wegen Massentötungen sowjetischer
Kriegsgefangener während des letzten Krieges anbetrifft, so
ist mir hierzu von dem mich vernehmenden Kriminalbeamten
erläutert worden, daß es sich bei den damals getöteten
Soldaten um politisch unerwünschte sowjetische Kriegsge-
fangene handelte, die aufgrund der damals vom Chef der
Sicherheitspolizei und des SD erlassenen Einsatzbefehle Nr. 8,

Ch-L

9 und 14, ferner des sog. "Kommissar-Befehls" vom OKW und des sog. "Kugelerlasses" sowie des "Aufpöppelungs-erlasses" vom RSHA in Berlin ab Kriegsbeginn mit der Sowjetunion im Juni 1941 in Kriegsgefangenenlagern im Reichsgebiet, im Generalgouvernement und in den besetzten Ostgebieten nach bestimmten Richtlinien ausgesondert worden waren. Der auszusondernde Personenkreis wurde mir aufgezählt. Die Einsatzbefehle und die nach durchgeführter Aussonderung erlassenen Exekutionsbefehle wurden - wie mir hierzu weiter erläutert wurde - im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) in Berlin von dem o.a. Beschuldigten gefertigt und gleichlautend an die zuständige Stapo-Dienststelle sowie an das jeweilige Konzentrationslager (KL), in dem sich die zu Exekutierenden bereits befanden, übersandt. Mir wurden die KL genannt, in denen diese Exekutionen in der Regel durchgeführt worden sind.

Im Falle meiner Vernehmung handelt^{es} sich als Tatort u.a. um das KL Buchenwald, in dem ich während des letzten Krieges als politischer Häftling festgehalten war und während meiner Haftzeit Exekutionen von sowjetischen Kriegsgefangenen im sogenannten "Pferdestall" durch das SS-Kommando 99 durchgeführt worden sind.

Soweit der mir vorgehaltenen Sachverhalt des betreffenden Ermittlungsverfahrens, zu dem ich mich äußern werde.

In meiner Aussage werde ich unterscheiden, was ich selbst gesehen, von anderen Personen gehört und in diesem Zusammenhang als vermutet habe.

CHL

Der Inhalt der einschlägigen Erlasse und Befehle ist mir sinngemäß erläutert worden. Mir wurde gesagt, daß zum vorliegenden Verfahren insbesondere Angaben über Zahlen, Zeiten und Umfang der Transporte sowj. Kgf. zum KL Buchenwald interessieren.

Bevor ich zum Gegenstand des Verfahrens Angaben machen werde, bin ich gebeten worden, zunächst allgemein über meinen Lebenslauf zu berichten, soweit er mit meiner damaligen Inhaftierung im KL Buchenwald im Zusammenhang steht.

Noch zur Person:

Im Jahre 1936 wurde ich in Aachen wegen Vergehens gegen das Heimtücke-gesetz und Vorbereitung zum Hochverrat von Gestapo-Angehörigen festgenommen. Im Sept. 1938 kam ich als politischer Häftling von Dachau aus nach Buchenwald zum Aufbau des Konzentrationslagers. Zunächst war ich im Schachtkommando, später beim Latrinenbau und schließlich als Desinfektor im SS-Revier und im Häftlingsbad tätig. Im Feb. 1944 kam ich in das Nebenstraf-lager Berstett bei Buchenwald und wurde Ende 1944 wieder in das Stammlager Buchenwald zurückgebracht, wo ich bis zur Befreiung durch die US-Truppen am 11.4.1945 inhaftiert war.

Gegenwärtig bin ich selbständiger technischer Kaufmann mit Wohnsitz in Mainz.

Zur Sache:

Seit dem Zusammenbruch bin ich mehrmals von US-Dienststellen

CHL

-4-

und von deutschen Behörden als Zeuge betreffend meine damaligen Haftzeit und Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener im KL Buchenwald vernommen worden.

Wie oft, wann und in welchen Ermittlungsverfahren, das kann ich heute nicht mehr sagen.

Vorweg möchte ich erklären, daß ich aus Krankheitsgründen und nach so langer Zeit keine genauere Erinnerung mehr an die damaligen Verhältnisse und Geschehnisse im KL Buchenwald habe. Ich bitte daher, meine heutigen Angaben mit Zeiten und Daten aus der damaligen Zeit, was den Zeitablauf anbetrifft, mit größtem Vorbehalt aufzunehmen.

An den Inhalt der mir genannten und erläuterten Einsatzbefehle Nr. 8, 9 und 14 betreffend Aussonderung sowjetischer Kriegsgefangener sowie an den "Kommissar-Befehl" und den "Aufpöppelungs-" und "Kugelerlass" kann ich mich weder allgemein noch im besonderen erinnern.

Wie eingangs schon erwähnt, war ich im KL Buchenwald u.a. als Desinfektor im SS-Krankenrevier und gleichzeitig - hauptsächlich abends - im Häftlingsbad tätig. Ich glaube mich zu erinnern, daß ich ab Kriegsbeginn Deutschlands mit der Sowjetunion im Juni 1941 die letztgenannte Funktion ausgeübt habe. Diese Funktionstätigkeit wurde im Februar 1944 aus dem Grunde abgebrochen, weil ich wegen Kontakts mit der Außenwelt bestraft und in das Straflager Berstett verlegt wurde. Ende 1944 kam ich zum Stammlager zurück, ohne eine Funktion bis zur Befreiung bekommen zu haben.

C.H.L.

Mir wurden soeben zwei dreiteilige sowie ein Ganz-Bild zur Ansicht vorgelegt mit der Bitte um Identifizierung der abgebildeten Personen. Bei dem einen dreiteiligen Bild ^{dem} und Ganzbild glaube ich den damaligen Blockführer K ö n i g wiederzuerkennen. Die andere männliche Person ist mir unbekannt; wenn mir deren Name Franz K o e n i g s - h a u s genannt wurde, so besagt mir auch der Name nichts. Ich kann mich noch an folgende SS-Angehörige des KL Buchenwald erinnern:

P i s t e r, Lagerkommandant,
 G u s t , Schutzhaftlagerführer,
 Schobert , " " " " ,
 Dr. S c h i d l a u s k y, Lagerarzt ,
 Dr. B e n d e r, , Lagerarzt,
 Dr. P l a z a, Lagerarzt,
 L e c l a i r e , Kriminalbeamter und
 S e r n o " " ^{beide/} von der Politischen
 Abteilung ,
 D i t t r i c h , Waffenkammer,
 H o f s c h u l t e , Funktion nicht mehr bekannt,
 H o p p e , " " " " ,
 K ö h l e r und " " " " ,
 R o s c h e r . " " " " ,
 W a r n s t ä d t , Lagergärtnerei,
 W i l h e l m , SS-Krankenrevier und
 T a u f r a d s h o f e r , Funktion unbekannt,
 S t r i p p e l , Rapportführer.

C.H.L.

Ob und wer von den soeben von mir genannten SS-Angehörigen dem "Exekutionskommando 99" angehörte, kann ich heute nicht mehr mit Sicherheit sagen. Einschränkend muß ich hierzu jedoch aus eigener Sicht erklären, daß ich den SS-Angehörigen D i t t r i c h von der Waffenkammer einmal vor dem Pferdestall gesehen habe, wie auf einem vor ihm stehenden Tisch mehrere Pistolen lagen, die er in seiner Eigenschaft als Waffenkammerangehöriger überprüfte. Ob dieser Vorfall im Zusammenhang mit Exekutionen stand, kann ich heute nicht angeben.

An SS-Angehörige oder an Mithäftlinge, die in der Lager-schreibstube oder beim Kommandanturstab tätig waren, kann ich mich heute ebenfalls nicht mehr erinnern.

Im Kommandanturgebäude des KL Buchenwald befand sich eine Fernschreibstelle. Wer dort tätig war, weiß ich nicht. In diesem Zusammenhang fällt mir der Name des ehemaligen Mithäftlings, Beppo (?) L e i t n e r, aus Stuttgart ein. L., der ca. Jahrgang 1907/8 ist, war Kameramann und Bastler aus Leidenschaft. Im Lager war allgemein bekannt, daß er es seinerzeit verstanden hat, sowohl Fernmeldeleitungen "anzuzapfen". L. ist m.W. geschieden, aber seine geschiedene Frau wohnt noch in Stuttgart. Die "Betreuungsstelle für politische Häftlinge" in Stuttgart müßte über die gegenwärtige Anschrift Auskunft geben können. Möglicherweise ist L. in der Lage, zweckdienliche Angaben über den hier anstehenden Fragenkomplex zu machen.

Als damaliger Desinfektor hatte ich meine Lagerräume und meinen ständigen Arbeitsraum im Keller des SS-Krankenreviers.

C. H. L.

-7-

Vom Revier aus konnte ich den etwa 100 Meter entfernten Eingang zum Pferdestall sehen. Trotz intensivster Überlegung kann ich heute nicht mehr angeben, Transporte sowj. Kriegsgefangener zum Pferdestall selbst gesehen zu haben. Durch Hören-Sagen anderer Mithäftlinge erfuhr ich und es war auch allgemein bekannt, daß im Pferdestall Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener stattgefunden haben. Einmal während meiner Haftzeit - der Zeitpunkt ist mir heute entfallen - habe ich beobachtet, daß zwei Personen-Omnibusse mit ca. 60 - 70 Militärs in prunkvollen Uniformen (Paradeuniformen oder Diplomantenuniformen) vor dem Pferdestall hielten. Die Insassen stiegen aus den Bussen und begaben sich in den Pferdestall. Ob diese Personen Gefangene oder Besuchergäste waren, kann ich nicht sagen. Bei den erwähnten glanzvollen Uniformen handelte es sich in keinem Fall um deutsche Militärs. Vor diesem Ereignis hatten schon Exekutionen stattgefunden. Da ich kurz danach durch irgendeine Tätigkeit von meinem Beobachtungsposten abberufen worden bin, kann ich darüber keine Aussagen machen, wo die Uniformierten, die den Pferdestall betreten hatten, verblieben sind. Ob diese Personengruppe beim Betreten des Pferdestall's unter SS-Bewachung stand, ist mir ebenfalls heute nicht mehr bekannt.


Zu meinem Aufgabenkreis als Lagerdesinfektor gehörte es, ab Antransport und zu im Häftlingskrankenbau dem Eingang von russ. Kgf. zwecks Verhütung der Ausbreitung von Epidemien (Fleckfieber, und Thypus) ~~der Desinfektion~~ der körperlichen Desinfektion beizuwohnen. Diese Desinfektion fand stand statt in einem Behälter von ca. 2 Meter Ø mit einer starken Kresol-Lösung, worin je eine Person hineingetaucht wurde.

Nach diesem Bad wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen im selben Raum geduscht und später - vermutlich zum Pferdestall - abtransportiert. Wieviel sowj. Kgf. durch diese Behandlung gingen und in welchen zeitlichen Abständen derartige Transporte angekommen sind, entzieht sich heute ~~wir~~ meiner Kenntnis. Daß es sich tatsächlich um sowj. Kgf. gehandelt hatte, habe ich an ihrer Sprache gehört. An ihrer Uniform habe ich die Nationalität insofern nicht erkennen können, als die Gefangenen bereits nackt in meinen Desinfektionsraum kamen. Daß die desinfizierten sowj. Kgf. später im Pferdestall exekutiert worden sind, ~~xxx~~ habe ich von Mithäftlingen, d.h. Pfleger aus dem ~~XXXXXXX~~ Häftlingskrankenbau, sowie aus den allgemeinen Lagergesprächen erfahren. Zweifellos müßte der damalige Mithäftling Willi B l e i c h e r ~~x~~, der während meiner Haftzeit in der dortigen Häftlingsbekleidungskammer tätig war, zweckdienliche Angaben zu den Exekutionen im machen können. B. ist meines Wissens Vorstand der IG Metall von Baden-Württemberg in Stuttgart.

Während meiner Haftzeit befand sich im KL Buchenwald der sowj. General K u s h n i r K U S H N A R E F als Häftling. Er fungierte - wie im Lager allgemein bekannt war - als Dolmetscher gegen-über den sowj. Kriegsgefangenen. Dieser soll sowj. General ~~ist~~ während seiner Haftzeit im KL Buchenwald an Fleckfieber verstorben. ^{sein/} Ich selbst mußte damals sein Zimmer desinfizieren. Die Exekutionen sowj. Kgf. fanden auch nach dem Tode des sowj. General weiter statt. Ich vermute, daß er durch Anregung oder Veranlassung des illegalen Lagerkomitees "abserviert" wurde.

Ich selbst habe an Exekutionen jeglicher Art als Lager-Desinfektor nicht teilgenommen und habe auch Exekutionen nicht gesehen. Während meiner Lagerzeit war ich insgesamt 2 x im Pferdestall . 1 x tagsüber mit einem Mithäftling, der mir als Desinfektor beige stellt wurde, aber dessen Namen mir entfallen ist.

Wir hatten den Auftrag, einen dort befindlichen Duschraum mit einer Kresol-Lösung zu desinfizieren. Der zweite Besuch ~~stand~~ fand an einem Nachmittag statt; ich mußte zwei Becken , ein rundes Becken eine Art Wasch-Schüssel sowie ein viereckiges Becken ca. 40 x 60 cm mit einer Zephirol-Lösung füllen. Bei der Zephirol-Lösung handelte es sich um eine wohl-^erichende Desinfektionslösung. Bei diesem Besuch habe ich mehrere SS-Angehörige in weißer Kleidung gesehen. Ob es sich bei den anwesenden SS-Angehörigen um Sanitätsdienstgrade handelte, kann ich nicht sagen. Ob bei meinem letzten Besuch Vorbereitungen für eine Exekution getroffen worden waren, weiß ich ebenfalls nicht, kann aber ^{er} vermuten. Ich war damals durch meine Hinbeorderung zum Pferdestall so aufgeregt und durcheinander, ich fürchtete damals selbst exekutiert zu werden, so daß ich meine Umgebung im Pferdestall gar nicht wahrgenommen hatte. Ich war froh, als ich nach meiner Arbeitsverrichtung als Desinfektor den Pferdestall wieder verlassen konnte. Ich wußte schon damals aus eigener Sicht nicht, wer damals im KL Buchenwald an den Exekutionen sowj. Kgf. mitgewirkt hat.

 Wenn mir meine damalige Aussage vom 9. Juli 1947 vor dem

Untersuchungsrichter beim LG Stuttgart in Miltenberg/Main vollinhaltlich vorgehalten wird , so erkläre ich hierzu folgendes:

Es trifft zu, daß ich in dieser Aussage konkretere Angaben über die Exekutionen sowjetischer Kriegsgefangener sowie über meine Besuche des Pferdestalles gemacht habe. Wenn sich meine heutigen Aussagen mit meinen damaligen Angaben sich im wesentlichen nicht mehr so decken, dann liegt es daran, daß zwischenzeitlich über 20 Jahre vergangen sind. Ich habe damals nach verhältnismäßig kurzer Zeit ^{über} meine Erlebnisse im KL Buchenwald präzise ^{re} Angaben gemacht, die ich auch heute noch aufrecht-halte. Damit will ich zum Ausdruck bringen, daß ich meine damaligen Angaben auch ^{heute} ~~noch~~ zum Gegenstand meiner zeugenschaftlichen Vernehmung mache. Ich habe auch heute, so - weit ich mich nach so langer Zeit noch erinnern konnte, die Wahrheit gesagt.

Im Zuge meiner beruflichen Tätigkeit bin ich häufig für kurze Zeit in Berlin aufhältlich.. Ich werde für alle Fälle bei einem meiner Berlin-Besuche versuchen, mit dem sachbearbeitenden Staatsanwalt , ESTa H a u n s w a l d, nach vorheriger tel. ^{mich} Absprache in Verbindung zu setzen, soweit noch spezielle Fragen ~~naeh~~ an mich zu richten sein sollten.


(H.L.)

Mir fällt soeben der Vorname von Beppo L e i t n e r
aus Stuttgart ein : er lautet Eberhard. Seine geschiedene
Frau wohnt in Stuttgart, Eugenstr. 16 .

Weitere zweckdienlichen Angaben zum vorliegendem Ermittlungs-
verfahren kann ich nicht machen . Schriftstücke über Exekutions-
anordnungen u. ä. habe ich während meiner Haftzeit im KL
Buchenwald nie zu Gesicht bekommen. Ich wüßte auch nicht,
wer von dem Lagerpersonal oder von den Mithäftlingen der-
artige Schriftstücke gesehen oder verwaltet hat .

Geschlossen:


(Hinkelmann) KHM


(Marter) PM als
Protokollfhr.


Selbst gelesen , genehmigt und
unterschrieben:

..... 

V e r m e r k:

Die protokollarische Vernehmung dauerte von 09.30 Uhr bis
15.25 Uhr.

Der Zeuge verzichtete auf Zeugengebühren und Rückerstattung
seiner Fahrkosten.


(Hinkelmann) KHM

88

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- 1 Js 1/64 - (RSHA) -

Mainz, den 29. April 1970

V e r n e h m u n g s -
n i e d e r s c h r i f t

Gegenwärtig:
Erster Staatsanwalt Hauswald
als Vernehmender

Justizangestellte Kaiser
als Protokollführerin

Auf Vorladung erscheint bei der Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Mainz Herr

Oberstudienrat a. D. Josef Bänder
geboren am 29.3.1896 in Gernsheim
wohnhaft in Mainz, Eichelsteinstr. 1

und erklärt nach Belehrung gemäß §§ 52 und 55 StPO folgendes:
Mir ist der Gegenstand des Verfahrens dahin erläutert worden,
daß er die Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener be-
trifft, die auf Grund der Einsatzbefehle des RSHA Nr. 8, 9.
und 14 und entsprechender Befehle des OKW/AWA Che/Kriegsge-
fangenenwesen in Verbindung mit dem Kommissarerlaß des OKW
in Kriegsgefangenenlagern des Reichsgebietes und des General-
gouvernements ausgesondert worden sind. Die Ausgesonderten
wurden in Listen dem RSHA gemeldet, daß durch die Beschuldigten
dieses Verfahrens die Exekution der Gemeldeten und ihre Über-

- 2 -

Führung in ein bestimmten Konzentrationslager, in dem die Erschießungen vorzunehmen waren, anordnete. Im OKW/AWA Chef Kriegsgefangenenwesen war eine Abteilung damit befaßt, in Erlassen die Durchführung der Aussonderungen und die Entlassungen aus der Kriegsgefangenschaft zu regeln, um die Übergabe der ausgesonderten Kriegsgefangenen an die Gestapo zwecks Durchführung der Exekutionen zu gewährleisten. Mit den Offizieren dieser Abteilung haben die Beschuldigten dieses Verfahrens in ihrer täglichen Arbeit unmittelbaren Kontakt gehabt.

Bevor ich zu dem mir soeben erläuterten Gegenstand des Verfahrens aussagen werde, bin ich gebeten worden, kurz auf meinen Lebensweg einzugehen, soweit damit meine Tätigkeit in OKW/AWA in Verbindung steht.

Ich war während des Krieges als Wehrmachtsoffizier im Range eines Hauptmanns (letzter Dienstgrad) Angehöriger der Waffenstillstandskommission. In dieser Kommission hatte ich die Aufgabe eines Dolmetschers bis Ende 1944, an Kontrollmaßnahmen der Waffenstillstandskommission teilzunehmen.

Ende 1944 wurde ich nach Torgau zum Chef Kriegsgefangenenwesen des OKW/AWA versetzt. Ich gehörte ausweislich des mir vorgelegten Geschäftsverteilungsplanes von 1. April 1944 der Abteilung II, Gruppe Allgemeines II, unter Major Römer an. Aufgabengebiet dieser Gruppe waren laut Geschäftsverteilungsplan die außenpolitischen Angelegenheiten des Kriegsgefangenenwesens und die Begleitung von Vertretern der Schutzmächte.

Mit den außenpolitischen Angelegenheiten des Kriegsgefangenenwesens hatte ich absolut nichts zu tun. Ich war nur als Begleitoffizier für Schutzmachtdelegationen eingesetzt. Als solcher besuchte ich keine Kriegsgefangenenlager, die mit sowjetischen Kriegsgefangenen belegt waren.

- 3 -

- 3 -

Mit dem anderen Teilgebiet der Gruppe Allgemeines II (außenpolitische Angelegenheiten) hatten andere Offiziere unter Major Römer zu tun, die ich nicht kenne und von deren Tätigkeit ich ebenfalls keine Kenntnis habe. Insoweit spaltete sich die Gruppe Allgemeines II in zwei völlig voneinander getrennte Untergruppen auf. Die Arbeit in der Untergruppe Außenpolitische Angelegenheiten stand unter strengster Geheimhaltung. Mir wurden Namen von Angehörigen der Gruppe Allg. II unter Major Römer vorgehalten. Von diesen Namen sind mir als Begleitoffiziere noch in Erinnerung:

Fred von Frankenberg, Hauptmann
 Dr. Helmut Kehrhan, vermutlich Sonderführer (Lübeck)
 Müller, Vorname unbekannt, vermutlich Hauptmann
 Richard Schade, Hauptmann
 Wilhelm Schäfer, Hauptmann (Oberstudienrat in Kassel)

Die Majore Schneider, Sandten, Eickhoff und Smend sind mir als Angehörige des OKW/AWA Chef/kriegsgefangenwesen nicht bekannt.

Abschließend befragt zu der statistischen Nachweisung des Verbleibs der sowjetischen Kriegsgefangenen nach dem Stand vom 1. Mai 1944, die mir vorgelegt wurde, muß ich erklären, daß ~~ich nicht weiß~~ ^{ich nicht weiß}, von welchen Offizieren meiner Dienststelle diese Statistik erarbeitet worden ist. Ich bitte zu berücksichtigen, daß ich keine Personalkenntnisse der Dienststelle damals sammeln konnte, weil ich mich in meiner Eigenschaft als Begleitoffizier für Delegierte der Schutzmächte meistens auf Reisen befand und daher den internen Dienstbetrieb in Torgau ~~überhaupt nicht~~ ^{überhaupt nicht} kennengelernt habe. Dasselbe dürfte auf andere Begleitoffiziere der Gruppe Allg. II unter Major Römer zutreffen, soweit sie nicht erheblich längere Zeit als ich bei der Dienststelle des Majors Römer tätig waren.

Major Römer war ein sehr verschlossener Charakter. Ich hatte mit ihm keinen persönlichen Kontakt bekommen und daher über seine Tätigkeit auf dem eigentlichen Gebiet des Kriegsgefangenenwesens keine Kenntnisse erwerben können.

Zum Abschluß weise ich noch auf den Adjutanten des Chefs des Kriegsgefangenenwesens hin, der meines Wissens Major Fred Siegmann hieß. Von Herrn Siegmann nehme ich an, daß er über die Tätigkeiten des Major Römer bezüglich der Übergabe sowjetischer Kriegsgefangener an die Gestapo zwecks Exekution unterrichtet sein könnte. Damit will ich nur angeführt haben, daß Major Siegmann lediglich Kenntnis von diesen Vorgängen gehabt haben dürfte, ^{jedoch} ohne an ihnen selbst mitgewirkt zu haben.

vor- x) auf Grund seiner langen Tätigkeit als
~~Siegmann~~ gelesen, genehmigt und unterschrieben Adjutant

Geschlossen:

Hauswald
 (Hauswald)

Erster Staatsanwalt

Kaiser
 (Kaiser)

Justizangestellte

F. Siegmann

Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht
- 1 Js 1/64 (RSHA) -

Mainz, den 29. April 1970

Vernehmungsniederschrift

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt Hauswald als Vernehmender

Justizangestellte Kaiser als Protokollführerin

Auf Vorladung erscheint bei der Staatsanwaltschaft bei dem
Landgericht Mainz Herr

Senatspräsident a. D. Rudolf Kröning
geboren am 18. Februar 1903 in Darmstadt,
wohnhaft in Mainz, Feldbergplatz 11

und erklärt nach Belehrung nach §§ 52 und 55 StPO folgendes:
Mir wurde zunächst mitgeteilt:

Im vorliegenden Verfahren, daß die Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener auf Grund der Einsatzbefehle 8, 9 und 14 des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD betrifft, ist die Frage von Wichtigkeit, zu welchem Zeitpunkt der Sachgebietsleiter 4VA 1 c des RSHA, der Beschuldigte Franz K ö n i g s h a u s, von dem mit dem Erlaß der Exekutionsbefehle zuletzt befaßt gewesenem Referat des RSHA zur Sichtvermerkstelle IV F 5 des RSHA versetzt worden ist.

Ich war in der Gruppe IV F als Oberregierungsrat Vertreter des Gruppenleiters, Ministerialrat Krause. Gleichzeitig war ich Referatsleiter IV F 4 mit den Sachgebieten Ausländerpolizei und grundsätzliche Grenzangelegenheiten. Für die Referatseinteilung der Gruppe IV F wurde mir der Geschäftsverteilungsplan des Reichssicherheitshauptamtes vom 1. Oktober 1943 vorgelegt.

- 2 -

Danach war Leiter des Referates IV F 5, der Zentralen Sichtvermerkstelle der Polizeirat J a m o s c h . An Jarosch habe ich noch eine gute Erinnerung. Ebenso kann ich mich noch an den Namen seines Vertreters S a m u e l erinnern, ohne jedoch dessen Person noch vor Augen zu haben.

Kraft meiner Aufgaben im Referat IV F 4 war ich viel dienstlich auf Reisen. Ferner gehörte das gesamte Passwesen nicht zu meiner unmittelbaren Tätigkeit, weil sich dieses Gebiet Ministerialrat Krause vorbehalten hat. Beide Umstände bewirkten, daß ich mit der Zentralen Sichtvermerkstelle sachlich wenig zusammen zu arbeiten hatte. Daraus erklärt sich, daß ich über die personelle Besetzung und ihren Wechsel damals wenig unterrichtet war.

So kann ich mich an eine Versetzung des Vertreters des Referatsleiters IV F 5, Herrn Samuel, heute absolut nicht mehr erinnern. Mir ist auch nicht bekannt, durch wen und zu welchem Zeitpunkt Herr Samuel durch einen anderen Beamten ersetzt worden ist. Der mir vorgehaltene Name Franz Königshaus, SS-Hauptsturmführer und Regierungsamtmann, ist mir völlig unbekannt. Obwohl ich 1943 und 44 und darüberhinaus bis Kriegsende die Stellung des Vertreters des Gruppenleiters IV F innehatte und dadurch auch mit Personalangelegenheiten innerhalb der Gruppe befaßt war, kann ich mich heute an einen Wechsel innerhalb des Referates IV F 5 auf dem Vertreterposten zwischen Samuel und Königshaus nicht mehr erinnern. Die Gründe hierfür habe ich bereits mit meiner häufigen Dienstabwesenheit und anders gelagerten sachlichen Tätigkeit angeführt.

Hinzu kommt, daß ich mein^{en} Dienstsitz auch noch 1943 und 44 in der Prinz-Albrecht-Straße bzw. in der Hermann-Göring-Straße hatte, ~~WENN~~ während die Zentrale Sichtvermerkstelle sich nicht in den Gebäuden des RSHA befand, sondern außerhalb untergebracht

- 3 -

c- 3 -

war. Mir wurde mitgeteilt, daß die Zentrale Sichtvermerk-
stelle Ihre Diensträume in Berlin-Pankow hatte.

Während ich z. B. über Jarosch und den Referatsleiter
IV F 1 Opitz nähere Angaben über ihre Persönlichkeiten
machen könnte, ist mir dies z. B. über Samuel schon nicht
mehr möglich.

Abschließend erkläre ich, daß ich in Personalangelegen-
heiten keine Entscheidungsbefugnis hatte, sondern die
Personalvorgänge mir lediglich zur Kenntnisnahme vorge-
legt wurden. Anlässlich eines Stellenwechsels habe ich des-
halb zwar den Personalvorgang vorgelegt erhalten, die be-
treffenden Beamten jedoch brauchten sich bei mir nicht
zum Dienstantritt vorzustellen bzw. zu verabschieden.
Auch das erklärt meine fehlende Erinnerung an den Stellen-
wechsel der Herren Samuel und Königshaus.

Selbst gelesen, genehmigt und unterschrieben

König

Geschlossen:


(Hauswald)

Erster Staatsanwalt


(Kaiser)

Justizangestellte



Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht
- 1 Js 1/64 (RSHA) - .

Vernehmung des Schriftstellers Carl R. A.
Wittig vom 28.4.1970.

Vernommen durch Erster Staatsanwalt Haus-
wald und Kriminalhauptmeister Hinkelmann.
Aufgenommen im Stenogramm: JA. Sommer.

**Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht
6 Frankfurt am Main**

2. 24. 4. 70

2. 24. 4. 70 ~ 28. 4. 70
KHM. 2. 24. 4. 70

2. 24. 4. 70 (RSHA.)

S. 24. 4. 70 STA. 4. 70

Gen. - 4. 70 Carl R. W. Wittig,
M. 7. 1900 4. 70

Gen. 1. 70, Teidenmühle (5. 70)

- 4. 70 1. 70 1. 70 52, 53 1. 70

Gen.:

2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70
2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70
2. 24. 4. 70

2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70
2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70

2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70
2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70

2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70
2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70

2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70
2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70

2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70
2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70

2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70
2. 24. 4. 70 2. 24. 4. 70

Let's see if we can solve
 the problem. We do, let
 us try it. It is 52.
 I think it is yellowish - m
 2. T. ~ by. nearly m. s. c.
 yz, ~ let's see ~ by yz.
 Let's see ~ kalfaktor, m,
 10 / 100.

I go to the outside
off road I like it.
I hope you RS47, still
and I see I would D1N44-
like to see - RS4A 2
I hope ... ~~was a~~. h. v
I like RS4A - why not -
but not if, as we are
in S. 21.1.70 also for.
as a sign in my ~~21.1.70~~ R.S.P
the year, or so for RS47.

[illegible]

1. By the first survey - ...
 2. ...
 3. ...
 4. ...
 5. ...
 6. ...
 7. ...
 8. ...
 9. ...
 10. ...

[The handwriting in this section is extremely faint and largely illegible due to fading or bleed-through.]

[illegible]

2 Jan 1945 to 2 Jan 1945 304 2 gr. l.
Jan 1 1945 to 1944 21 21 1-208=
Buckley, E, after 8th US
RSIAH in com. of a v. 100, 2
- 10 2 800 2 RSIAH. 21. 1 1944
21 2 10 6 2, 2 10 21 21
- 21 2, 21 2 10 2 1 2 21 21
2 10 21, - 2 1 2 21 21 -
1 21 21. 21 21, 21 21
21 21 21 21 21 - 21 21
21 21 21 - 21, 21 21 21.
- 21 21 21 21 21, 21 21 21,
21 21 21, 21 21 21 -
21 21. 21 21, 21 21 21, 21
21 21 21 21 21, 21 21 -
21 21. 21 21 21 21, 21 21 21
21 21 21 - 21 21 21 21,
21 21 21 21 21 - 21 21

cy - n c - r, c - c o f e n z.

1900 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

1000 m. 2, 0. p. de - 125117 m

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- 1 Js 1/64 (RSHA) -

z.Zt.Frankfurt/Main, den 28.4.1970

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt Hauswald,
Kriminalhauptmeister Hinkelmann
- als Vernehmende -

Justizangestellte Sommer
- als Protokollführerin -

Auf Vorladung bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Main)
erscheint der

Schriftsteller und Publizist
Herr Carl R. A. W i t t i g ,
geboren am 11.7.1900 in Berlin,
wohnhaft in Köppern/Ts., Teichmühle (Altenheim)

und erklärt nach Belehrung gemäß §§ 52, 55 StPO
folgendes:

In Ergänzung meiner kriminalpolizeilichen Vernehmung
vom 21.1.1970, die mir in ihren wesentlichen Punkten
nochmals in Erinnerung gebracht worden ist, erkläre
ich wie folgt:

Zum Beweis, daß ich in der DDR nur aus politischen
Gründen am 8.3.1963 zu 15 Jahren Zuchthaus verur-
teilt worden bin, lege ich den Bescheid des
Generalstaatsanwalts Frankfurt (Main) vom 8.1.1970
- Aktenzeichen: 314 E - 3160 - vor, in dem fest-
gestellt worden ist, daß die Vollstreckung des
Urteils des 1. großen Strafsenats des Bezirks-
gerichts Neu Brandenburg vom 8.3.1963 unzulässig ist.

Ich überreiche eine Ablichtung dieser Entscheidung zu den Akten.

Ich kann mich heute noch genau an die Einlieferung kleiner Transporte sowjetischer Kriegsgefangener von etwa 15 - 20 Mann in das Konzentrationslager Flossenbürg erinnern. Manchmal umfassten die Transporte auch weniger; ihre Mindestzahl betrug unter Umständen nur 5 Mann. Diese Transporte wurden durch das Schutzhaftlager geführt und kamen zum Teil in den Arrestbau. Ihre Einlieferung kann ich nur insoweit bezeugen, als Transporte dieser Art in den Arrestbau eingeliefert wurden. Dort hatte ich als Arrestkalfaktor die Aufgabe, die Russen zu versorgen.

Im Zeitpunkt ihres Eintreffens waren Exekutionsbefehle gegen diese sowjetischen Kriegsgefangenen noch nicht im Konzentrationslager eingetroffen. Erst einige Tage später kamen vom Reichssicherheitshauptamt die Exekutionsbefehle in Form von Schreiben auf rosafarbenen DIN A 4 - Bogen, die oben links den Kopf Reichssicherheitshauptamt mit einem Aktenzeichen trugen. Wie diese Befehle des Reichssicherheitshauptamtes in den Arrestbau gelangten und ich sie dort einsehen konnte, habe ich bereits in meiner Vernehmung vom 21.1.1970 ausführlich beschrieben.

Wenn ich in diesem Zusammenhang in meiner Vernehmung auf Seite 8 oben angegeben habe, daß in diesen Schreiben des Reichssicherheitshauptamtes der Text mit der Überschrift: "Im Namen des (deutschen) Volkes" eingeleitet wurde, so kann ich das für die Exekutionsbefehle gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen in dieser Allgemeinheit nicht mehr aufrechterhalten.

Es liefen im Arrestbau Exekutionsbefehle des Reichssicherheitshauptamtes ein, die die Überschrift trugen: "Im Namen des (deutschen) Volkes. Nach nochmaliger genauer Überlegung komme ich zu der Feststellung, daß es sich bei diesen Vollstreckungsanordnungen um den Vollzug von Urteilen des Volksgerichtshofes, mitgeteilt durch das Reichssicherheitshauptamt, gehandelt haben muß, die sich nicht gegen sowjetische Kriegsgefangene, sondern gegen vom Volksgerichtshof oder durch andere Gerichte Verurteilte, richteten.

Im Arrestbau liefen zahlreiche Exekutionsanordnungen ein. Es ist deshalb möglich, daß mir, wie ich schon in Dachau vor dem amerikanischen Militärgericht als Zeuge ausgesagt habe, in erster Linie noch die Vollstreckungsersuchen des Reichssicherheitshauptamtes in Volksgerichtshofsachen Erinnerung waren.

Darüber hinaus gingen auch Schreiben des Reichssicherheitshauptamtes auf rosafarbenem Papier im Arrestbau ein, in denen nur die Exekutionen geführt waren, die gegen sowjetische Kriegsgefangene, die in Transporten von 15 - 20, manchmal auch in geringerer Stärke ab 5 Mann, eingeliefert worden waren, gerichtet waren. In diesen Exekutionsbefehlen fehlte die Einleitung: "Im Namen des (deutschen) Volkes". Während meiner Haftzeit im Arrestbau in Flossenbürg ist überhaupt niemand exekutiert worden, ohne daß ein entsprechender Exekutionsbefehl des Reichssicherheitshauptamtes vorlag. Der Arrestverwalter Niess war ein solcher Pedant, er hätte es nicht fertig gebracht, ohne entsprechende schriftliche Anweisung des Reichssicherheitshauptamtes im Sinne einer Exekution tätig zu werden. Es herrschte ein peinlich genauer bürokratischer Betrieb. Erst wenn N i e s s den schriftlichen Befehl des Reichs-

sicherheitshauptamtes von der Kommandantur ausgehändigt erhalten hatte, leitete er die Exekution im Arresthof ein, soweit die Exekutionen in seine Dienstzeit fielen. Er ging in seiner Pedanterie so weit, daß er mit einem russischen Kriegsgefangenen, von dem er wußte, daß dieser Kriegsgefangene auf Grund eines gerade eingegangenen Exekutionsbefehles wenige Stunden später exekutiert werden wird, zuvor noch zum Zahnarzt ging, weil der Kriegsgefangene über heftige Zahnschmerzen klagte. Als ich das miterlebte und mich gegenüber N i e s s verwundernd äußerte, gab N i e s s zur Antwort: "Das können Sie ja gar nicht beurteilen, das Tot-schießen tut nicht so weh, wie die Zahnschmerzen." Daß es sich bei diesen sowjetischen Kriegsgefangenen um Kommissare und Politruks oder s-onstige politische Funktionäre gehandelt hat, ist mir dadurch bekannt geworden, daß ich mit den zur Exekution in den Arrestbau eingelieferten Kriegsgefangenen als Kalfaktor unmittelbaren Kontakt hatte, mit ihnen über ihre Herkunft sprach und mich nach dem Grund ihrer Einlieferung erkundigen konnte. Unter diesen Kriegsgefangenen befanden sich sehr viele, die deutsch sprachen.

Wie sich die Exekutionen im Arresthof abspielten, habe ich in meiner Vernehmung vom 21.1.1970 auf den Seiten 11 f ausführlich geschildert.

Mir war durch die Kontakte mit den Kriegsgefangenen auch bekannt geworden, daß sie in Stalags der Wehrmacht durch besonders eingesetzte Beamte herausgesucht worden waren. In diesem Zusammenhang erfuhr ich, daß die in das Konzentrationslager Flossenbürg zur Exekution eingelieferten Kriegsgefangenen meistens aus Stalags im Bereich Regensburg herkamen. Wenn ich am 21.1.1970 auf Seite 8 angegeben habe, daß die Kriegsgefangenen

aus dem Stalag Regensburg überführt worden seien, so berichte ich mich dahin, daß es sich hier um im Bereich der Stapostelle Regensburg gelegene Stalags gehandelt hat, deren Name oder Bezeichnung ich heute nicht mehr angeben kann.

Ich befand mich im Arrestbau des Konzentrationslagers Flossenbürg vom 5.2.1942 bis zum 9.9.1944. In der ersten Zeit war ich dort in strenger Einzelhaft. Diese dauerte bis etwa Herbst 1943. Wegen meiner Isolierung während dieser Zeit konnte ich Exekutionen im Arresthof damals nicht beobachten.

Erst als ich im Herbst 1943 als Hilfskalfaktor und später ab Mitte 1944 als Kalfaktor eingesetzt worden war, war ich über die im Arresthof stattfindenden Exekutionen informiert. Während der Zeit von Herbst 1943 bis 9.9.1944 fanden Exekutionen gegen sowjetische Kriegsgefangene wegen ihrer Eigenschaft als Kommissare, Politruks u-nd politische Funktionäre usw. in Gruppen von mindestens 5, in der Regel etwa 15 - 20 Mann, in zeitlichem Abstand von durchschnittlich 3 - 4 Wochen, statt. Für die Zeit ab Herbst 1943 bis Mitte 1944 habe ich hiervon durch den Hauptkalfaktor Buden erfahren, daß die entsprechenden Exekutionsbefehle vom Reichssicherheitshauptamt eingegangen waren. Erst dadurch war mir bewußt, daß es sich hier um Exekutionen des Reichssicherheitshauptamtes handelte. Ab Mitte 1944 habe ich dann diese Befehle selbst gesehen, als ich zum Hauptkalfaktor eingesetzt worden war. Die Exekutionen im Arrestbau wurden mit einem Kleinkalibergewehr ausschließlich durchgeführt, und zwar in Form eines Genickschusses und nicht mit einer Pistole. N i e s s holte zu diesem Zwecke jeweils morgens das Kleinkalibergewehr und die Munition von der Kommandantur und brachte es danach dorthin wieder zurück. Es handelte sich um ein Kleinkaliber-

gewehr, Marke Flaubert, was ich dadurch erfahren habe, daß ich dieses einmal in der Hand hatte. N i e s s, der manchmal recht lässig war, ließ das Kleinkalibergewehr mitunter in der Ecke stehen, wo ich es dann sah. N i e s s gab mir als Grund dafür, daß die Exekutionen mit einem Kleinkalibergewehr und nicht mit einer Pistole durchgeführt wurden, an, daß der Schuß eines Kleinkalibergewehrs nicht so deutlich im Lager wahrgenommen werden konnte, wie ein Pistolenschuß.

Abschließend erkläre ich noch, daß die Exekutionsbefehle des Reichssicherheitshauptamtes gegen die sowjetischen Kriegsgefangenen von Müller oder Kaltenbrunner unterschrieben worden waren, wobei ihr Name mit Schreibmaschine unterfertigt und mit einem Beglaubigungsvermerk und Dienstsiegel versehen waren.

Noch während meiner Zeit als Hilfskalfaktor hat einmal eine Exekution sowjetischer Kriegsgefangener am Krematorium stattgefunden. Ich befand mich im Korridor des Arrestbaus, als die 170 russischen Kriegsgefangenen nach einem Aufenthalt von einigen Stunden im Arrestbau gefesselt mit Schließbächten vom Arrestbau zum Krematorium in Gruppen von 25 Mann geführt wurden. Sie waren vor ihrer Unterbringung im Arrestbau schon im Schutzhaftlager als Häftlinge untergebracht worden. Ich hatte mit ihnen keinen unmittelbaren Kontakt und habe aus Gesprächen mit ihnen nicht erfahren können, ob es sich bei ihnen ebenfalls um Kommissare, Politruks, Wirtschaftsfunktionäre usw. gehandelt hat. Es besteht aber durchaus die Möglichkeit, daß es sich bei ihnen um diese Kategorien gehandelt hat und sie aus einem Stalag nach Flossenbürg eingeliefert worden waren, weil sie sich im Schutzhaftlager nur wenige Tage befunden haben. Wahrscheinlich weil ihre Unter-

bringung wegen ihrer großen Zahl im Arrestbau bis zu ihrer Exekution, d.h. bis zum Eintreffen des Exekutionsbefehls vom Reichssicherheitshauptamt, aus räumlichen Gründen nicht möglich war. Im Arrestbau befanden sich nur 80 Zellen, die wegen der sonstigen Belegung des Arrestbaus für die 170 sowjetischen Kriegsgefangenen nicht ausgereicht hätten. Der Zeitpunkt ihrer Exekution hat zwischen Herbst 1943 bis Mitte 1944 gelegen. Es ist mir heute nicht mehr möglich, den Zeitpunkt der Exekution genauer zu bestimmen.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben:
gez. Carl Wittig.

Geschlossen:

gez. Hauswald, Erster Staatsanwalt,
gez. Hinkelmann, Kriminalhauptmeister,
gez. Sommer, Justizangestellte.

Für die Richtigkeit der Übertragung
aus dem Stenogramm:

Sommer
Justizangestellte.

DER GENERALSTAATSANWALT

Geschäfts-Nr. 314 E - 3160

(Bei allen Antwortschreiben bitte angeben)

101a
6000 Frankfurt (M) 1, 8. Januar 1970

Gerichtsstraße 2

Postfach 3507

Sammelruf: (06 11) 2 86 71

Durchwahl: (06 11) 28 67

In dem Antragsverfahren gemäss § 15 des Gesetzes
über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in
Strafsachen vom 2. 5. 1953 (BGBl. I Seite 161)

des Carl R.A. W i t t i g
geb. am 11. 7. 1900 in Berlin
wohnhaft in Köppern/Ts., Teichmühle

wird auf dessen Antrag vom 12.7.1969 gemäss §§ 15,
2 Abs. 1 des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts-
und Amtshilfe in Strafsachen vom 2.5.1953, fest-
gestellt:

Die Vollstreckung der gegen den Antragsteller durch
rechtskräftiges Urteil des 1. gr. Strafsenats
des Bezirksgerichts Neubrandenburg vom 8. 3. 1963
(S 21/64) wegen Spionage im schweren Fall
erkannten Freiheitsstrafe von 15 Jahren Zuchthaus
ist unzulässig.

Herrn
Carl R.A. Wittig

6283 Köppern/Ts.
=====
Teichmühle

Im Auftrag
S c h u p p
Erster Staatsanwalt
Beglaubigt
W. Schupp
Justizangestellte

Vfg.

1. Vermerk:

Der für heute um 9.30 Uhr vorgeladene Zeuge

Rudolf Gottschalk,

geboren am 19.2.1900 in St. Avoird/Frankreich,
wohnhaft in Frankfurt/Main, Stalburgstraße 12

erschien nicht zum Termin. Ordnungsgemäße Ladung war durch Rückschein mit Empfangsquittung vom 9.4.1970 nachzuweisen. Um 10.00 Uhr wurde ein Wachtmeister der Staatsanwaltschaft Frankfurt/Main beauftragt, in der Wohnung des Zeugen Gottschalk Nachfrage zu halten. In seiner Wohnung konnte niemand angetroffen werden. In den Nachbarwohnungen öffnete niemand.

Ein Entschuldigungsschreiben war nicht eingegangen. Irgendwelche Gründe, die den Zeugen veranlasst haben könnten, nicht zum Termin zu erscheinen, sind nicht bekannt.

Es ist beabsichtigt, die Vernehmung des Zeugen Gottschalk an einem späteren Zeitpunkt nachzuholen, da auf sie ausweislich seiner Vorvernehmung vom 20.1.1970 durch Herrn KHM. Hinkelmann nicht verzichtet werden kann.

2. Zu den Akten.

z.Zt. Frankfurt am Main, den 28. April 1970

(Hauswald)
Erster Staatsanwalt

1p 1.64 (RSHA)

V.

103

Schreiben:

Herrn Eugen Schürer

Tailfingen, Kreis Balingen

Panoramastr. 41

Sehr geehrter Herr Schürer,

unter Bezugnahme auf Ihre Vernehmung vom 14. 4. 1970
bitte ich Sie noch um Angabe des Namens des fünften
angehörigen der Fernschreibstelle des KL Fürstentum. Sie
erwähnten, dass es sich um einen kurzen, möglicherweise
zweisilbigen Namen gehandelt haben könnte.


Ich darf Sie bitten, mir möglichst umgehend
mitzuteilen, ob es sich bei dem genannten

um den

44 Gharf. Herbert Schmeibitz,
geb. 6. 3. 1913 (in Sachsen),

gehandelt haben kann.

Mit vorzüglicher Hochachtung.

(begl.) 

S. S. 70

2. Bd A.

84 6.5 / Schl

2m 1) Heide + ab

Aktenzeichen: 1 Js 1218/56

8 München 35, den 28. APR. 1970
Justizgebäude Maxburgstraße
(Fernruf: 55974)

Aktenausgabe-
Buch Nr. 312/69

Not

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München I

An den
Generalstaatsanwalt b. d.
Kammergericht
1 Berlin/Charlottenburg



Betreff: Panzinger Friedrich
Dort.Aktenzeichen: 1 Js 1/64 (RSHA)

Am 13. 11. 69 wurden die hiesigen Straf-
akten 1 Js 1218/56 zur dortigen Sache über-
sandt.

Um baldige Rückleitung oder Mitteilung,
bis wann mit der Rücksendung zu rechnen ist,
wird gebeten.

STA. I Nr. 924

V.
1, Aufworten, dass die
Akten noch eher ein
Zust. Ang.
falsch benötigt werden.
2, ZeltA. *Bis 6.5.1970*
im J. 1970. 2. 96
W. 5.5.70

Eugen Schülär

7477 Tailfingen

Panoramastr. 41

Tailfingen, den 1. Juni 1970

105

An das

Kammergericht Berlin,
z.Hd.von Herrn Hauswald,
Erster Staatsanwalt,

1000 B e r l i n - 21

Turmstr. 91

Betrifft: Dort. Schreiben vom 5.5.70, Gesch.Nr. 1 Js 1 / 64 (RSHA)
Bezugnehmend auf obiges Schreiben möchte ich Ihnen heute mitteilen,
dass mir nach langen Überlegungen und Rätselraten der Name des fünften
Angehörigen der Fernschreibstelle eingefallen ist. Es handelt sich
um den ehem. SS-Unterscharführer F r e y e r (oder Freier), der Vor-
name fiel mir leider nicht mehr ein. Er hat in Weimar geheiratet, und
wohnte nach 1945 noch in Weimar. Nähere Einzelheiten könnten evtl. im
Standesamts-Register nachgesehen werden.

Mit freundlichem Gruß!

Eugen Schülär

1) Verfasst.
2) Vg. h. m.
18.6.70

V.
Herrn Bez. m. R.

3.6.70
Fi.

1 p. 1. 64 (RSHA)

v.

106

✓ Schreiben:

Herr Eugen Schindler

7477 Tairpfingen, Panoramaweg 41

Sehr geehrter Herr Schindler,

Ihr Schreiben vom 1. Juni 1970 habe ich dankend erhalten. Ihren Anregungen werde ich nachgehen und Sie zu späterer Zeit unterrichten.

Mit vorzüglicher Hochachtung.



18. 6. 70

2. Z.A.

14. 7. 6 / Kell

zu 1) 1. 6. 70.

ab

23. JUNI 1970

N.

Duplikat!
Nicht bezahlen!

Kassenanweisung

für die Auszahlung von Zeugengebühren

Verbuchungsstelle: Einzelplan Kapitel Titel Unterteil der fortdauernden Ausgaben
des ordentlichen Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1970

Gericht (oder Staatsanwaltschaft): Staatsanwaltschaft b.d.
Kammergericht

Bezeichnung der Angelegenheit: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige
des Reichssicherheitshauptamtes

wegen Mordes

Aktenzeichen: 1 Js 1.64
(RSHA)

Termin am 28.4. u. 17.4. 1970

DM Auslagenvorschuß — in Kostenmarken entrichtet — eingezahlt — zum Soll gestellt — nach Blatt der Sachakten.

Name Amtsbezeichnung

In Rechtshilfesachen

Ersuchende

Behörde:

Aktenzeichen:

	1	2	3	Anleitung:
Name und Vorname	28.4.1970 Sta. Frankfurt AG. Rottenburg Carl Wittig	17.4.1970 Helmut Roscher		1. Die Kassenanweisung ist im Durchschreibeverfahren herzustellen und von der Geschäftsstelle vor dem Termin vorzubereiten. Dabei kann in Rechtshilfesachen die Erteilung der Bescheinigung über den erhobenen Auslagenvorschuß unterbleiben, wenn Unterlagen hierfür nicht vorhanden sind.
Berufsangabe	Schriftsteller	Maurerpolier		2. Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Sachakten zu geben.
Aufenthaltsort	Köppern/Taunus Teichmühle	Rottenburg Gartenstr. 73		3. Von den beiden im unteren Teil des Vordrucks vorgesehenen Auszahlungsanordnungen ist bei der Erteilung der Kassenanweisung
Stunde	a) 13.00 Uhr b) 16.00 Uhr	a) 14.00 Uhr b) 17.00 Uhr	a) Uhr b) Uhr	a) durch den Feststeller die auf der rechten Seite, b) durch den Richter usw., die auf der linken Seite zu verwenden.
a) Antritt	a) 10.00 Uhr	a) 12.00 Uhr	a) Uhr	4. Vom Bezugsberechtigten etwa vorgelegte Rechnungsaufstellungen, Lohnbescheinigungen usw. sind der Kassenanweisung beizufügen.
b) Beendigung der Reise	b) 18.00 Uhr	b) 18.00 Uhr	b) Uhr	5. Die einzelnen Ansätze sind, soweit erforderlich näher zu begründen, notfalls auf der Rückseite.
Berechnung der Entschädigung	DM Pf.	DM Pf.	DM Pf.	
a) Zeitversäumnis	8 Stunden zu 4 DM 00 Pf. 32 00	6 Stunden zu 6 DM 17 Pf. 37 02		
b) Reiseentschädigung	km Eisenbahn Zuschlag f. E-D-Zug km Landweg km	km Eisenbahn Zuschlag f. E-D-Zug km Landweg km	km Eisenbahn Zuschlag f. E-D-Zug km Landweg km	
vgl. Anlage v. 28.4.1970		vgl. Anlage vom 7.4.1970		
c) Aufwand außerhalb des Aufenthaltsorts	Tage Stund.	Tage Stund.	Tage Stund.	
d) Übernachtungsgeld	Übernachtung Falsfeld 5 00	Übernachtung Falsfeld 1 00	Übernachtung	
e) Sonstige notwendige Auslagen (z. B. Vertretungskosten)				
Summe und Quittung	37 05	1 d. 38 10		Aufrechnung Nr. 1: 37 DM 00 Pf. „ 2: 38 „ 10 „ „ 3: „ „ „ Summe 75 DM 10 Pf.

Festgestellt (auf DM Pf.)
D. Zeuge — zu Nr. — erklärte —
auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben.
Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

1) Festgestellt und angewiesen

FKL Nr.

2) Kassenanweisung absenden

Sachlich richtig.

3) Z. d. A. wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.

den 19

Behörde

Unterschrift

Der Zeuge — zu Nr. 1 bis — ist — und — bestimmungs-
gemäß zu entschädigen. Der Zeuge bitte um Postüber-
weisung an seine Wohnadresse

Berlin 218, den 6. Mai 1970

Generalstaatsanwalt b.d.KG.

Behörde

i. A.

Unterschrift

(Hauswald) EStA

Sachlich richtig und festgestellt (auf 75 DM 10 Pf.)

D. Zeuge — zu Nr. — erklärte — auf Befragen, keinen
Vorschuß erhalten zu haben. zu überweisen

Auszahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.

Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

19

den

19

Name

Amtsbezeichnung

Vfg.

1. Zu schreiben (Formular benutzen) - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften -

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

714 Ludwigsburg
Schorndorfer Straße 58

- a) 32 Vernehmungen
b) (Nov. 69 - 20.3.70)
c)
d)
e)
f)
g)

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp. gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. 415 AR 1310.63 - Ref. 302 -

Anlage(n): Vernehmungsniederschrift(en)

Als Anlage(n) übersende ich 32 Vernehmungsniederschrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen Verbleib.

2. Z.d.A.

Berlin, den

llw. 6.5.70

Lu 71 ab

in 32 Anlagen
8.5.70
f

Der Polizeipräsident in Berlin
-----AV-B 41/70-----

109
Berlin 42, den 29. Mai 1970
Tempelhofer Damm 1-7
Fernruf: ~~66 00 17~~, App. 2071
69 10 91

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
=====



Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des RSHA
wegen Massentötungen

hier: Dienstreise der Herren Kriminalhauptmeister
~~nach~~ Hinkelmann und Polizeimeister Marter

Vorgang: Dort. Ersuchen vom 7. April 1970 Az: 1 Js 1/64(RSHA)

In der o.a. Angelegenheit haben die Herren Hinkelmann und Marter
in der Zeit vom 20. April 1970 bis 29. April 1970
~~bis~~ eine Dienstreise nach Bayern und Hessen durch-
~~und an anderen Orten durchgeführt.~~ geführt.

Aus diesem Anlaß sind hier Reisekosten in Höhe von

1.223,22 DM

in Worten: Tausendzweihundertdreißig DM 22 Pf -
entstanden.

Ich bitte zu veranlassen, daß die Kosten gemäß § 92 GKG in Ver-
bindung mit den Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen
(Kostenverfügung) vom 7. September 1957 als Gerichtskosten fest-
gesetzt und von de Kostenschuldner eingezogen werden.

Einer Überweisung des Betrages an mich bedarf es nicht (Entschei-
dung des Magistrats von Groß-Berlin - Finanzabteilung Käm II/7 -
vom 26. November 1949).

Im Auftrage

Gaj

/R

Staatsanwaltschaft
bei dem Landgericht München II
/L.

110
8 MÜNCHEN 35, den 25. Mai 1970
Justizgebäude an der Elisenstr. 2a
Fernruf: 55971

Aktenzeichen: 13 Js 17 ab/69
(bitte bei allen Zuschriften angeben!)

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht München II

An die

Staatsanwaltschaft beim
Kammergericht Berlin
z.Hd.v.Herrn Ersten Staats-
anwalt HAUSWALD

1 - B e r l i n
Wilsnacker Straße

Betreff: Ermittlungsverfahren gegen ZILL und EBERL
wegen Verdachts des Mordes (NSG);

Bezug: dortiges Az.: 1 Js 1/64 (RSHA);
Rücksprache vom 4. Mai 1970;

Sehr geehrter Herr Hauswald!

Leider war es mir infolge anderweitiger dienstlicher Verpflichtungen nicht möglich, wie verabredet die dortigen Akten auszuwerten. Vor Mitte Juni werde ich leider nicht dazu kommen und wäre dankbar, wenn Sie mir die beiden Aktenbände KL IV und A III bis dahin noch überlassen würden.

Mit freundlichen Grüßen!

v.
Herrn Wes. m.R.

Klarner
(Klarner)
Staatsanwalt

27.5.70
Fi

111

< STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG >

ABTEILUNG: 14 C

Geschäfts-Nr.: 147 Js 29/65

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Hamburg
2 Hamburg 36 Postfach

Hamburg, 20.4.1970

Fernsprecher 34 10 9 3190 (Durchwahl)
Behördennetz 9.43. „

An den

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
1 Berlin 19 (Charlottenburg)
Amtsgerichtsplatz



Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige
der Stapoleitstelle Hamburg

Bezug: Dortiges Schreiben vom 7. April 1970
- 1 Js 1.64 (RSHA)

Sehr geehrter Herr Hauswalf!

Ich bedanke mich für Ihre Unterrichtung. Da mein Verfahren eingestellt worden ist und die Vernehmung des Zeugen König für dieses Verfahren keinen Nutzen verspricht, habe ich davon abgesehen, KOM Kache zu bitten, an der Vernehmung des Zeugen König durch Sie teilzunehmen.

Für die Übersendung einer Durchschrift Ihres Vernehmungsprotokolls wäre ich jedoch dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

V.
Herr ord. Bez. m. R.

23.4.70

Fr.

(Dr. Fründt)

Staatsanwalt

zu H ab

20.5.70

70 lue.

V.
1. Herr Wacker m. d. J.

1 Zusätzl. Ablichtung des Verh. König v. 27. 4. 70 fertigen m.

SITZ: HAMBURG 36, STEVEKINGPLATZ 3, STR. JUSTIZGEBAUDE, FERNSPRECHER 341091

Vfg.

1. Zu schreiben (Formular benutzen) - unter Beifügung folgender Vernehmungsdurchschriften -

An die
Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen
714 Ludwigsburg
Schorndorfer Straße 58

- 14 Vernehmungen (14.4. - 29.4.70)
- a)
 - b)
 - c)
 - d)
 - e)
 - f)
 - g)

Betrifft: Ermittlungsverfahren gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) wegen Mordes;

hier: Übersendung von Vernehmungsniederschriften pp. gemäß Nr. 8 Satz 4 der von den Justizministern und -senatoren am 28. April 1965 beschlossenen Richtlinien

Bezug: Dortiges Az. 415 AR 13 10. 63 / Ref. 302

Anlage(n): Vernehmungsniederschrift(en)

Als Anlage(n) übersende ich 14 Vernehmungsniederschrift(en) mit der Bitte um Kenntnisnahme und zum dortigen Verbleib.

2. Z.d.A.

Berlin, den 9.7.70

zu D ab mit
14 Jul. 10. JULI 1970
N.

1 Js 1.64 (RSHA)

München, den 14.7.1970

Vernehmungsniederschrift:

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt Hauswald
als Vernehmender

Justizangestellte Huber
als Protokollführerin

Auf Vorladung erscheint bei der Staatsanwaltschaft
München I Herr

Josef G e i g e r, geb. am 10.10.1908
in München, städt. Angestellter,
wohnhaft in München 13, Hiltenspergerstr. 19

und erklärt nach Vorbesprechung und nachdem er auf
sein Aussageverweigerungsrecht gemäß § 52 StPO
und sein Auskunftsverweigerungsrecht gemäß § 55 StPO
hingewiesen worden ist, folgendes:

Der Gegenstand des Verfahrens ist mir erläutert worden.
Er betrifft, wie mir gesagt wurde, die Aussonderungen
und anschließende Exekutionen zahlreicher sowjetischer
Kriegsgefangener auf Grund der Einsatzbefehle 8, 9 u. 14
des Reichssicherhauptamtes (RSHA), nach deren Richt-
linien bestimmte Kategorien von Kriegsgefangenen von
Einsatzkommandos der örtlichen Gestapostellen im
Reichsgebiet und im Generalregelement ausgesondert
und dem RSHA in Listen gemeldet worden sind.

Anhand dieser Listen erließ das RSHA durch die Beschuldigten dieses Verfahrens Exekutionsbefehle, in denen zugleich das jeweilige Konzentrationslager bestimmt wurde, in das die ausgesonderten Kriegsgefangenen zur Exekution zu überstellen waren.

Bevor ich zu dem mir soeben mitgeteilten Verfahrensgegenstand Stellung nehmen werde, äußere ich mich kurz zu meinem Lebensweg, soweit er mit meiner Haftzeit im KL Buchenwald im Zusammenhang steht.

Bis Sept. ~~1932~~ 1942 verbüßte ich in verschiedenen Strafanstalten eine Zuchthausstrafe von 7 Jahren und 6 Monaten, die das OLG Karlsruhe am 7. Sept. 1935 wegen Hochverrat gegen mich verhängt hatte. Nach voller Strafverbüßung wurde ich von den Justizbehörden der Gestapo München überstellt, die mich im Nov. 1942 als politischen Schutzhäftling in das KL Buchenwald überstellte, wo ich am 26. Nov. 1942 eintraf. Ich kam zunächst für eine Woche in den Isolierblock.

Wegen meiner früheren politischen Tätigkeit wurde ich sozusagen strafversetzt in das dem Schutzhaftlager angeschlossene, besondere Kriegsgefangenenlager für Russen, wo ich mich offenbar über russische Verhältnisse orientieren ^{sollte} konnte. Ich war zu dieser Zeit der einzige Deutsche in diesem russischen Lager als politischer Häftling. Weitere deutsche Häftlinge waren als Blockälteste und deren Stellvertreter eingesetzt. Bei diesen handelte es sich um sog.

Berufsverbrecher (grüner Winkel) und sog. Assoziale (schwarzer Winkel). An Namen kann ich mich nicht mehr ~~mehr~~ erinnern.

In den ersten Wochen hatte ich mit ~~den~~ russischen Kriegsgefangenen, die sich in sehr schlechtem Ernährungszustand befanden, Schachtarbeiten zu verrichten. Nach etwa 4 Wochen wurde ich als ~~Kapex~~ Vorarbeiter für das gleiche Arbeitskommando bestimmt, dem ich noch etwa weitere 4 Wochen angehörte.

Als Anfang 1943 der Befehl erging, daß alle Facharbeiter qualifizierte Arbeit leisten sollten, kam ich als gelernter Schlosser zunächst in die DAW-Schlosserei für etwa 4 Wochen und danach in die SS-Standortschlosserei im SS-Kommandanturbereich des KL Buchenwaldes. Mein Arbeitsraum befand sich im Keller des Blocks 13, einem Gebäude, der im Halbkreis errichteten SS-Kasernen. Meine Unterkunft für die Nacht befand sich weiterhin im Block 1 des besonderen Kriegsgefangenenlagers, wo ich bis zu meiner Befreiung Ende April 1945 verblieb.

Das Kriegsgefangenenlager umfaßte die Blöcke 1, 7, 13 u. 19 und war zum Schutzhaftlager hin durch einen besonderen Stacheldraht mit Eingangstoren abgegrenzt. Während meiner Haftzeit waren im Kriegsgefangenenlager durchschnittlich 1200 Russen untergebracht, von denen laufend welche wegen Entkräftung und Krankheiten verstarben. Diese Russen waren ausschließlich zu Arbeitszwecken in das KL verbracht worden.

Außerdem war mit ihrer Unterbringung auch der Zweck verbunden, den übrigen Häftlingen im Schutzhaftlager diese völlig entkräfteten russischen, bolschewistischen Menschen, wie sie angeblich unter der ~~bolschewistischen~~ Herrschaft ~~geworben sind~~ sich entwickelt haben, zu zeigen.

Während meiner Haftzeit im KL Buchenwald sind keine sowjetischen Kriegsgefangenen in dieses Kriegsgefangenenlager eingeliefert worden, um einer Exekution im Pferdestall zugeführt zu werden. Alle in das Kriegsgefangenenlager eingelieferten Russen wurden wie alle übrigen Häftlinge registriert, bei den täglichen Zählappellen gesondert im Kriegsgefangenenlager mitgezählt und wie die übrigen Häftlinge dem Lagerleben unterworfen.

Soweit in dem zu einer Genickschußanlage umgebauten Pferdestall sowjetische Kriegsgefangene laufend exekutiert wurden, sind diese überhaupt nicht - mit einer einzigen Ausnahme, auf die ich noch zu sprechen kommen werde - als Gruppentransporte in dem Bereich des Schutzhaftlagers eingeliefert worden. Sie wurden unmittelbar durch den Bereich der SS-Kommandantur zum Pferdestall gebracht. Sie wurden auch nicht im Lager registriert und damit in den Bestand des Lagers an Häftlingen aufgenommen. Wenn ich zu diesen Angaben gefragt werde, woher ich meine Kenntnisse erhalten habe, so erwidere ich:

Daß laufend sowjetische Kriegsgefangene in Pferdestall exekutiert wurden, war allgemein im Lager ~~aus den~~ ^{Quellen} ~~Erzählen~~ ^{verschiedensten} unter den Häftlingen bekannt.

Wir Häftlinge wußten, daß es sich bei den exekutierten Russen um Parteifunktionäre handelte, die wegen ihrer Parteitätigkeit, oder besser gesagt, ihrer Parteifunktionen in der Armee exekutiert wurden. Von welcher Dienststelle die Exekutionsbefehle kamen, habe ich damals nicht erfahren. Während meiner Tätigkeit in der SS-Standortschlosserei kam ich viel im Kommandanturbereich herum. Dadurch habe ich mindestens etwa dreimal jeweils mehrere Lkw's in der Nähe des Pferdestalls gesehen, die dorthin sowjetische Kriegsgefangene zur Exekution gebracht hatten. Mindestens zweimal davon habe ich gesehen, wie die Kriegsgefangenen von den Lkw's ausstiegen. Die Lkw's standen dicht beieinander, es handelte sich um 2 Lkw's, so daß mir der Blick teilweise versperrt war und ich nur durch eine Lücke zwischen den beiden Lkw's hindurch etwa 5 bis 6 sowjetische Kriegsgefangene erkennen konnte. Ich kann deshalb nicht die ~~Gesamtzahl~~ Gesamtstärke des Transportes angeben. Da ich schon von anderen Mithäftlingen auf diese laufenden / Erschießungsaktionen im Pferdestall aufmerksam gemacht worden war, wußte ich sofort, daß auch die hier ausgeladenen Kriegsgefangenen ~~zum~~ ^{im} Pferdestall exekutiert werden. Das erkannte ich außerdem auch an Blutspuren, die ich später mehrmals auf meinem Wege ~~zum~~ ^{zum} Haupttor des Schutzhaftlagers entlang des Stacheldrahtes des Schutzhaftlagers auf der Straße in Höhe des Eckturmes zwischen ~~Pferdestall~~ ^{an diesem} und Lagertor gesehen habe. Diese Blutspuren stammten von einem Lkw, auf dem eine große Kiste mit Blech ausgeschlagene Holzkiste montiert war, in der die Leichen der exekutierten sowjetischen Kriegsgefangenen vom Pferdestall zum Krematorium, das sich im Schutzhaftlager befand, gefahren worden sind. Einmal bin ich diesem Leichenwagen

auf meinem Wege zum Lagertor begegnet, als dieser an mir vorbeifuhr, während das Blut aus der Holzkiste auf die Straße tropfte. Die Straßendecke war an dieser Strecke befestigt, so daß die Blutspur deutlich zu sehen war.

Ich war vom März 1943 ununterbrochen in der Standort-schlosserei. Die im vorigen Absatz geschilderten Vorgänge habe ich in der Zeit ab März 1943 bis Sommer 1944 etwa gesehen. Es ist mir heute nicht mehr möglich, einen genaueren Zeitpunkt zu bestimmen.

In meinem Arbeitsraum befand sich kein Lautsprecher. Ich habe deshalb auch keine über den Lagerlautsprecher durchgegebenen Aufrufe, die mir vorgehalten wurde, gehört, mit denen das "Kommando 99" zusammengerufen wurde.

Noch während meiner Lagerzeit hatte ich erfahren, daß die an den Exekutionen im Pferdestall beteiligt gewesenen SS-Leute weiße Mäntel trugen. Damit sollte eine ärztliche Untersuchung vorgetäuscht werden. In dem Pferdestall bin ich erst nach meiner Befreiung im April 1945 gekommen. Damals war die Genickschußanlage bereits ausgebaut. Ich konnte nur noch die ~~Raum~~ Räumlichkeiten besichtigen, ohne heute noch eine nähere Erinnerung daran zu haben. Der verstorbene Mithäftling Karl Feurer fertigte in meinem Beisein einen ^{Grundriß} ~~Lageplan~~ des Pferdestalles zur Rekonstruktion der Genickschußanlage an. Ich war anwesend, als Feurer damit beschäftigt war, den Pferdestall zu vermessen.

Zum zeitlichen Abstand der einzelnen Exekutionen und ihrer zahlenmäßigen Stärke während der Zeit bis Sommer 1944 kann ich heute keine Angaben mangels Erinnerung mehr machen. Ich habe zwar laufend, richtiger gesagt, immer wieder, von anderen Häftlingen gehört, daß wieder "im Pferdestall" etwas los war, d.h., daß wieder sowjetische Kriegsgefangene dort erschossen worden sind. Aus diesen Berichten und meinen eigenen Beobachtungen ergab sich für mich die Tatsache, daß die Exekutionen ~~an~~ sowjetischer Kriegsgefangener im Pferdestall in den Jahren ~~1944~~ 1943 bis Sommer 1944 sich immer wiederholten und fortsetzten.

In der ersten Hälfte des Jahres 1944, den Zeitpunkt kann ich nicht näher bestimmen, es muß etwa während des ersten Halbjahres 1944 gewesen sein, ereignete sich folgender Vorfall:

Eines Tages wurde spät am Abend, auf jeden Fall war es in den Abendstunden, wurde eine Gruppe von 30 bis 40 sowjetischen Kriegsgefangenen, ich kann die Zahl heute nicht mehr näher bestimmen, obwohl sie mir damals genau bekannt war, in das im Schutzhaftlager befindliche Häftlingsbad verbracht, wo sie die Nacht über eingeschlossen blieben, um am nächsten Tage im Pferdestall erschossen zu werden. Auch bei diesen Russen handelte es sich um Parteifunktionäre der Armee. Sie wurden ausnahmsweise nicht noch am Tage der Einlieferung im Pferdestall erschossen, sondern wegen ihres späten Eintreffens erst am nächsten Tage, weil man das Exekutionskommando offenbar nicht mehr zusammenbrachte. Ich hatte ~~diesen~~ ^{diesen} Vorgang von

deutschsprechenden russischen Kriegsgefangenen und von anderen Mithäftlingen gehört. Es war offenbar im Lager nicht zu vermeiden, daß einige Häftlinge von der bevorstehenden Exekution dieser Russen Bescheid wußten und daher in der Lage waren, im Lager ihre Kenntnis von der Exekution zu verbreiten. Auf diese Weise erfuhren auch vermutlich die für eine Nacht im Häftlingsbad eingeschlossenen Russen von ihrem Schicksal.

Den SS-Oberscharführer König habe ich nur kurze Zeit im Kriegsgefangenenlager kennengelernt. Er hatte dieses Lager als Raportführer unter sich gehabt und war für die Zählappelle verantwortlich. Meiner Erinnerung nach ist König Anfang 1943 versetzt worden. Ob er an den Exekutionen im Pferdestall beteiligt war, vermag ich nicht anzugeben.

Mit der Häftlingsregistrierung hatte ich nichts zu tun. Das trifft auch ^{auf} das besondere Kriegsgefangenenlager zu. Aus dem Dokumentenband KL III b/7 b wurde mir aus dem Halbhefter 5 die Veränderungsmeldung KL Buchenwald vom 14. Mai 1942 vorgelegt. Ich kann zu der Namensliste der dort aufgeführten 21 sowjetischen Kriegsgefangenen und ihrer Aufführung in der täglichen Veränderungsmeldung der Lagerschreibstube als: "21 A.SU-Kriegsgefangene, die nicht in der Stärke geführt werden", keine Angaben machen.

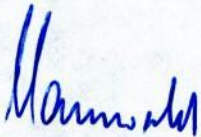
Neben den Gruppenexekutionen im Pferdestall wurden auch einzelne sowjetische Kriegsgefangene nach Buchenwald zur Exekution überstellt. Sie kamen nicht in das Schutzhaftlager, sondern wurden bis zu ihrer Exekution im Arrestbau festgehalten. Von diesen Einzelfällen erfuhr ich nur

gesprächsweise, ohne über den Grund dieser Exekutionen
nähere Kenntnis erhalten zu haben.

Weitere Angaben kann ich zum Gegenstand dieses
Verfahrens nicht machen.

Geschlossen:


Selbst gelesen, genehmigt
und unterschrieben



(Hauswald)

Erster Staatsanwalt

... 


(Huber)

Justizangestellte

1 Js 1/64 (RSA)

München, den 14.7.1970

Anhörungsvermerk:

Zur Staatsanwaltschaft München I vorgeladen erscheint
Fräulein

Elisabeth-Charlotte M ü l l e r,
geb. am 3.7.1920 in Berlin,
wohnhaft in München 19, Volksgartenstr. 3

und erklärt:

Ausweislich meines im Original vorgelegten Arbeitsbuches Nr. 40/a838109 habe ich ab 3.6.1940 als Schreibkraft beim Reichsarbeitsministerium in Berlin SW 11, Saarlandstr. 96 bis Kriegsende gearbeitet. Ich bin während dieser Zeit zu keiner anderen Dienststelle abkommandiert worden. Das beweist auch ~~das~~ das im Original vorgelegte Schreiben des Reichsarbeitsministeriums vom 15. Sept. 1943 über meine Angestelltenbezüge im RAM.

Zusätzlich kann ich versichern, daß ich niemals den Vornamen Charlotte führte, sondern stets den Einzelnamen Elisabeth.

Wenn mir gesagt wird, daß auf Grund eines Schriftgutachtens eine gewisse Übereinstimmung meiner

Schriftzüge mit dem Dokument des Chefs der Sicherheitspolizei vom 15. Juli 1942 - Az.: IV A 1 c - B. Nr. 8426/42 - besteht hinsichtlich der Beglaubigungsformel (Bl. 28/29 des Zeugenheftes), so erkläre ich, daß die mir vorgelegte Unterschrift "Müller" nicht die meinige ist. Ich habe damals im Jahre 1942 nicht lateinisch, wie in der mir vorgelegten Unterschrift ersichtlich, geschrieben, sondern in Sutehinschrift. Zwar schreibe ich heute lateinisch, aber der Buchstabe u in der mir vorgelegten Unterschrift ist schon völlig abweichend von meiner heutigen Schreibweise.

Ich habe damals wie auch heute nicht gewußt, daß ganz in der Nähe meiner Dienststelle in der Saarlandstraße 96 das Reichssicherheitshauptamt untergebracht war. Mir wurde hierzu anhand einer Skizze erläutert, daß sich das RSHA in der Prinz Albrecht Straße Nr. 8 befand, dessen rückwärtiges Grundstück mit dem des ~~RAM~~ ^{RAM} fast angrenzte. Auf diese Weise wäre es möglich gewesen, daß ich eine zeitweilige Abordnung zum RSHA unter Umständen gar nicht wahrgenommen hätte. Dem kann ich aber mit Bestimmtheit entgegenhalten, daß ich während meiner Dienstzeit im RAM weder abgeordnet war, noch in dem benachbarten RSHA zu irgendeiner Zeit Dienst als Schreibkraft versehen habe.

Ich kann keinerlei Hinweise auf die gesuchte Person namens Charlotte Müller aus dem RSHA, ~~Sachrefx~~ Sachgebiet IV A 1 c - geben. Weder in meiner Verwandtschaft noch in meiner Bekanntschaft kenne ich eine Person namens Charlotte oder Lotte Müller, die während des

Krieges im RSHA gearbeitet hat. Zwar heißt meine Mutter Charlotte Müller, geborene Hering, geboren am 3.11.1893. Sie hat aber schon aus Altersgründen während des Krieges nicht gearbeitet und scheidet daher aus.

Mir ist zum Abschluß aus dem Zeugenheft das Foto Blatt 90 Nr. 6 vorgelegt worden, auf dem unter Nr. 8 die gesuchte Person namens Müller abgebildet ist. Ich kann eine gewisse äußere Ähnlichkeit mit meiner Person nicht in Abrede stellen, betone jedoch, daß ich nicht die hier abgebildete Person bin. Ich kenne die übrigen auf diesem Bild dargestellten Personen nicht.

Geschlossen

vorgelesen, genehmigt und
unterschrieben.



(Hauswald)

Erster Staatsanwalt



(Huber)

Justzangestellte

Kassenanweisung

für die Auszahlung von Zeugengebühren

(Belegnummer)

Verbuchungsstelle: Einzelplan Kapitel 040 Titel 526 Unterteil 23 der fortdauernden Ausgaben
des ordentlichen Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 19 70

Gericht (oder Staatsanwaltschaft): Generalstaatsanwät bei

Bezeichnung der Angelegenheit: dem Kammergericht
Ermittlungsverfahren gegen Angeh.

wegen d. RSNA Aktenzeichen: 1 Js 1/64
Mordes (RSHA)

Termin am 15. Juli 19 70

DM Auslagenvorschuß — in Kostenmarken entrichtet — eingezahlt — zum Soll gestellt — nach Blatt der Sachakten.

Name Amtsbezeichnung

In Rechtshilfesachen

Ersuchende Behörde:

Aktenzeichen:

Anleitung:

1. Die Kassenanweisung ist im Durchschreibeverfahren herzustellen und von der Geschäftsstelle vor dem Termin vorzubereiten. Dabei kann in Rechtshilfesachen die Erteilung der Bescheinigung über den erhobenen Auslagenvorschuß unterbleiben, wenn Unterlagen hierfür nicht vorhanden sind.

2. Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Sachakten zu geben.

3. Von den beiden im unteren Teil des Vordrucks vorgesehenen Auszahlungsanordnungen ist bei der Erteilung der Kassenanweisung

a) durch den Feststeller die auf der rechten Seite,

b) durch den Richter usw., die auf der linken Seite zu verwenden.

4. Vom Bezugsberechtigten etwa vorgelegte Rechnungsaufstellungen, Lohnbescheinigungen usw. sind der Kassenanweisung beizufügen.

5. Die einzelnen Ansätze sind, soweit erforderlich näher zu begründen, notfalls auf der Rückseite.

Aufrechnung

Nr. 1: 58 DM 10 Pf.

„ 2: „ „

„ 3: „ „

Summe 58 DM 10 Pf.

	1	2	3
1 Name und Vorname	<u>Dittrich Horst</u>		
Berufsangabe	<u>Autoschlosser</u>		
Aufenthaltssort	<u>Denkofen-Tunzenberg, Kr. Dingolfing</u>		
Stunde			
a) des Termins	a) <u>9.30</u> Uhr	a) _____ Uhr	a) _____ Uhr
b) der Entlassung	b) <u>13.00</u> Uhr	b) _____ Uhr	b) _____ Uhr
3 a) Antritt	a) <u>8.30</u> Uhr	a) _____ Uhr	a) _____ Uhr
b) Beendigung der Reise	b) <u>15.00</u> Uhr	b) _____ Uhr	b) _____ Uhr
Berechnung der Entschädigung			
a) Zeitversäumnis	<u>6</u> Stunden zu <u>5.</u> DM <u>09</u> Pf. <u>30 54</u>	Stunden zu _____ DM _____ Pf.	Stunden zu _____ DM _____ Pf.
b) Reiseentschädigung	km Eisenbahn Zuschlag f. E-D-Zug km Landweg <u>90</u> km <u>PKW</u> <u>12.50</u>	km Eisenbahn Zuschlag f. E-D-Zug km Landweg km	km Eisenbahn Zuschlag f. E-D-Zug km Landweg km
4 c) Aufwand außerhalb des Aufenthaltsorts	- Tage <u>7</u> Stund. <u>5.</u>	Tage _____ Stund. _____	Tage _____ Stund. _____
d) Übernachtungsgeld	Übernachtung	Übernachtung	Übernachtung
e) Sonstige notwendige Auslagen (z.B. Vertretungskosten)	<u>Reiseg.</u> <u>- 06</u>		
5 Summe und Quittung	<u>58 10</u>		

Festgestellt (auf _____ DM _____ Pf.)
D _____ Zeuge _____ — zu Nr. _____ — erklärte —
auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben.
Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

Name Amtsbezeichnung

Sachlich richtig.

Auszahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.

_____, den _____ 19 _____

Behörde

Unterschrift

D _____ er Zeuge _____ — zu Nr. 1 bis — ist — xxx bestimmungs-
gemäß zu entschädigen. Der Generalstaatsanwalt beim
Kammergericht Landshut, den 15. Juli 19 70

I.A.

(Hauswald)

Erster Staatsanwalt

Sachlich richtig und festgestellt (auf 58 DM 10 Pf.)

Der Zeuge _____ — zu Nr. 1 — erklärte _____ auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben.

Auszahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.

Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

Landshut, den 15. 7 19 70

Name

Amtsbezeichnung

Vernehmungsniederschrift:

Gegenwärtig: Erster Staatsanwalt Hauswald

als Vernehmender

Justizangestellte Fußl

als Protokollführerin

Zur hiesigen Staatsanwaltschaft vorgeladen erscheint der

Autoschlosser Horst D i t t r i c h, geb. am 6.8.1911
in Leipzig, wohnhaft in 8311 Dengkofen - Tunzenberg,
Hs. Nr. 88, Lkr. Dingolfing

und erklärt, nachdem er auf sein Zeugnis- und Aussageverweigungsrecht gem. §§ 52, 55 StPO hingewiesen worden ist, folgendes:

Aus den Akten 11 Js 242/58 Pol. der Staatsanwaltschaft Landshut wurde festgestellt, daß das gegen mich im Jahre 1958 anhängig gewesene Ermittlungsverfahren wegen meiner Beteiligung an den "Kommissarerschießungen" im KL-Buchenwald durch Verfügung vom 16. Dez. 1958 (Bl. 26 d.A.) mit der Begründung eingestellt worden ist, daß ich wegen dieser Beteiligung bereits im Dezember 1947 von einem amerikanischen Militärgericht in Dachau rechtskräftig zu lebenslänglicher Gefängnisstrafe verurteilt worden war. In der Einstellungsverfügung wurde weiter ausgeführt, daß keine Anhaltspunkte dafür vorhanden seien, daß ich auch an Verbrechen oder Vergehen an anderen KL-Häftlingen beteiligt gewesen sei.

In Fortsetzung meiner Vernehmung vom 23. Juni 1969, auf die ich nach Vorhalt ihres wesentlichen Inhalts Bezug nehme, erkläre ich folgendes:

Anhand einer Namensaufstellung der am Kommando 99 beteiligt gewesenen SS-Führer und Unterführer, die ich soeben durchgesehen habe, habe ich den auf Seite 4 meiner früheren Vernehmung erwähnten SS-Führer mit dem Spitznamen "Fips", der als SS-Führer das Exekutionskommando 99 im Wechsel mit anderen SS-Führern in den Jahren 1942 und 43 leitete, nicht herausfinden können. Ich weiß genau, daß dieser SS-Führer

im Buchenwald- Hauptprozeß vor dem amerikanischen Militärgericht in Dachau mitangeklagt war. Anhand einer Aufstellung der Namen der Anklagten dieses Prozesses, die mir zugesandt wird, wird es mir möglich sein, den Namen dieses SS-Führers, der noch heute lebt, wieder zu benennen. Wenn ich auf Seite 5 oben meiner Vernehmung vom 23. Juni 1969 angegeben habe, daß "Fips" Rapportführer im Schutzhaftlager oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen war, ohne beim Kommando 99 beteiligt gewesen zu sein, so bezieht sich diese Angabe nur auf die Zeit meiner Beteiligung am Kommando 99 in der zweiten Hälfte des Jahre 1941 bis Anfang Januar 1942. Aus dem Buchenwald-Hauptprozeß in Dachau ist mir bekannt, daß "Fips" 1942 und 43 als einer der Leiter des Exekutionskommando 99 im Pferdestall bei Kommissarerschießungen beteiligt gewesen ist.

An den in meiner Vernehmung vom 23. Juni 1969 auf Seite 4 folgende erwähnten Georg König habe ich noch heute eine gute Erinnerung, weil wir beide aus Sachsen stammen und deshalb befreundet waren. König war im Jahre 1941 und später als Blockführer im Schutzhaftlager eingesetzt. Wenn mir aus seiner Vernehmung vom 27. April 1970 auf Seite 2 seine Angabe vorgehalten wird: "Neben meiner Tätigkeit als Ausbilder hatte ich unter anderem auch an Zählappellen der Häftlinge im Schutzhaftlager teilzunehmen", so deckt sich diese Aussage mit meiner Bekundung, daß König als Blockführer im Schutzhaftlager eingesetzt war. Als Blockführer hatte er nämlich bei den täglichen Zählappellen des Schutzhaftlagers mitzuwirken. Außerdem mag er noch als Ausbilder für neueingerückte Angehörige des Wachbataillons Dienst getan haben, wie auch ich zu diesem Ausbildungsteam neben anderen Angehörigen der Stammanschaft eingeteilt war. König hat lediglich in seiner Aussage seine Ausbildertätigkeit unzutreffenderweise den Vorrang gegenüber seiner Funktion als Blockführer eingeräumt. Mit dieser Einschränkung kann ich seine Angabe bezüglich seiner Verwendung im KL-Buchenwald bestätigen.

Bevor ich weiter über König befragt werde, ist mir vorgehalten worden, ob ich Kenntnis von den in das KL-Buchenwald überstellten Kategorien sowjetischer Kriegsgefangener habe. Hierzu antworte ich, daß zu meiner Zeit an russischen Kriegsgefangenen nur 2 Kategorien eingeliefert worden sind:

1. Die zur Exekution durch das Reichssicherheitshauptamt in besonderen Exekutionsbefehlen bestimmten sowjetischen Kriegsgefangenen, die wegen ihrer politischen Funktion oder als Kommissare bzw. Politruks im Pferdestall erschossen worden sind.
2. Jene sowjetischen Kriegsgefangenen, die zu Arbeitszwecken in das besondere, zwar innerhalb des Schutzhaftlagers gelegenen, von diesem aber durch einen besonderen Stacheldrahtzaun abgetrennten Kriegsgefangenenlager, das anfangs die Blöcke 1, 7, 13 und 19 umfaßte, eingeliefert worden sind.

Mir ist nicht bekannt, daß noch andere russische Kriegsgefangene in das KL-Buchenwald eingeliefert wurden. Nach meiner sicheren Kenntnis kann ich nur bezeugen, daß die zu 1 und 2 genannten Kategorien nach Buchenwald überstellt worden sind. Mithin hatte das KL-Buchenwald nur solche sowjetischen Kriegsgefangenen aufzunehmen, die entweder von vornherein zur Exekution bestimmt waren oder die lediglich zu Arbeitszwecken im KL eingesetzt wurden. Diese Russen kamen auch nicht in den Steinbruch, weil im Steinbruch nur solche Häftlinge eingesetzt wurden, die zu Strafabteilungen zusammengefaßt worden waren, weil sie mit Lagerstrafen belegt oder - meistens - wegen Fluchtgefahr einer besonderen Behandlung unterworfen worden waren.

Die oben zu 2 genannten Kriegsgefangenen wurden, wie alle anderen KL-Häftlinge, durch die verschiedenen Schreibstuben des Lagers registriert. Sie fanden dadurch Aufnahme in die Namenskartei, Nummernkartei, Effektenkartei, Arbeitseinsatzkartei und der allgemeinen Häftlingskartei. Außerdem wurden sie auf Grund der täglichen Zählappelle in den täglichen Veränderungsmeldungen der Lagerschreibstube ausgewiesen. Sie wurden mit anderen Worten genauso wie alle übrigen Häftlinge registriert.

Anders verhielt es sich dagegen mit den oben zu 1 genannten sowjetischen Kriegsgefangenen, die ausschließlich zum Zwecke der Exekution nach Buchenwald überstellt wurden. Sie wurden

nach meiner sicheren Kenntnis nicht in den zuvor genannten 5 Häftlingskarteien des Schutzhaftlagers und auch nicht in den täglichen Veränderungsmeldungen als Bestand des Lagers aufgeführt. Zahlenmäßig waren sie praktisch für das KL-Buchenwald überhaupt nicht existent. Für sie waren lediglich in der Schreibstube der Kommandantur die mit den Exekutionsbefehlen des Reichssicherheitshauptamtes verbundenen Exekutionslisten und die vom jeweiligen Transportführer übergebenen Transportlisten vorhanden.

Mir wurden nunmehr aus dem Dokumentenband KL III b/7 b die Halbhefter Nr. 3 bis 13 vorgelegt. Auf ihnen erkenne ich die markante Unterschrift des Georg König wieder, die ich als echt bestätigen kann. Wenn ich nunmehr gefragt werde, welche Bedeutung diese ab Halbhefter 4 mit der Überschrift "Veränderungsmeldung" bezeichneten Namenslisten, im Fall des Halbhefters 3 mit "Neuzugänge Russen" bezeichneten Liste haben, so erkläre ich im einzelnen folgendes:

Mir fällt zunächst bei der Liste des Halbhefters 4 auf, daß die Veränderungsmeldung zwar eine Häftlingsnummer enthält, bei der es sich nicht um eine Häftlingsnummer des KL-Buchenwald handeln kann, denn die Zahl "26624" und "27538" ist viel zu hoch, eine derartig hohe Häftlingsnummer hatten wir zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht. Demzufolge muß es sich hier um eine Stalagnummer oder um eine Erkennungsmarken Nr. des Kriegsgefangenen handeln. In der Liste des Halbhefters 4 fehlt zwar die Stalagbezeichnung des Kriegsgefangenenlagers, von dem die genannten Kriegsgefangenen nach Buchenwald überstellt wurden. Aus einem Vergleich mit den übrigen Listen in den Halbheftern 3, 5 bis 13 ersehe ich jedoch, daß in diesen Listen jeweils die Stalagbezeichnungen für jeden einzelnen sowjetischen Kriegsgefangenen angeführt ist. Daraus kann ich entnehmen, daß es sich bei der gleichartigen Liste vom 13. Mai 1942 (Halbhefter 4) auch um sowjetischen Kriegsgefangene aus einem Stalag handelt.

Hinsichtlich der Bezeichnung "Veränderungsmeldung" bei den mir vorgelegten Listen habe ich jedoch Bedenken hinsichtlich der Richtigkeit dieser Bezeichnung. Meiner Meinung nach muß eine Veränderungsmeldung jeweils den Bestand der Häftlinge in einer genauen Gegenüberstellung der Zahlen vom Vortage und vom Tage ihrer Erstellung enthalten. Das ist bei den Namenslisten in den Halbhäftern 3 bis 13 nicht der Fall. Aus diesem Grunde kann es sich tatsächlich nicht um eine echte Veränderungsmeldung handeln. Offenbar ist hier der Ausdruck Veränderungsmeldung für einen anderen Vorgang gebraucht worden, den man aus besonderen Gründen nicht angeben wollte.

Mir wurde nunmehr der Halbhäftler 2 vorgelegt. Aus der darin enthaltenen Aufstellung vom 23. April 1942 erkenne ich, daß es sich bei dieser um eine echte Veränderungsmeldung handelt, die in der Lagerschreibstube gefertigt worden ist.

Wenn ich nun gefragt werde, welche Vorgänge in den Namenslisten der Halbhäftler 3 bis 13 in Wahrheit registriert worden sind, so bin ich zunächst darauf hingewiesen worden, daß die Namen der hier genannten sowjetischen Kriegsgefangenen in keiner der im Archiv des internationalen Suchdienstes in Arolsen noch vorhandenen vollständigen Häftlingskarteien auftaucht, wie eine eingehende Überprüfung im Rahmen dieses Verfahrens ergeben hat. Ausgehend von dieser mir soeben mitgeteilten Feststellung handelt es sich demzufolge um sowjetische Kriegsgefangene, die nicht in das innerhalb des Schutzhaftlagers gelegene besondere Kriegsgefangenenlager eingeliefert worden sind. Mithin kann die Angabe in den mir vorgelegten Namenslisten "eingeliefert" auch nicht in dem Sinne stimmen, daß es sich um in das KL-Buchenwald eingelieferte Kriegsgefangene handelt.

Mir wurden nunmehr die in den Halbhäftlern 3 bis 13 zu den einzelnen Namenslisten angefügten Veränderungsmeldungen der Lagerschreibstube vorgelegt zum Vergleich. Jetzt fällt

mir auf, daß unter der Rubrik Zugänge der Veränderungsmeldung vom 4. Mai 1942 5 sowjetische Kriegsgefangene aufgeführt werden mit dem Zusatz "A.SU.-Kriegsgefangene, die in der Stärke nicht geführt werden". Dieser Zusatz bestärkt mich in meiner Gewissheit, daß es sich bei den von König unterzeichneten Namenslisten um verschleierte Meldungen handelt, deren wahren Inhalt ich jedoch nur vermuten kann. Meine Vermutung geht dahin, daß es sich hier in Wahrheit um Exekutionslisten der im Pferdestall exekutierten sowjetischen Kommissare, Politruks und anderer sowjetischer Funktionäre handelt. Nochmals hingewiesen auf die Abkürzung "A.SU.-Kriegsgefangene, die in der Stärke nicht geführt werden", komme ich nach genauer Überlegung zu der Auffassung, daß mit der Abkürzung "A.SU.-Kriegsgefangene" nur "ausgesonderte SU.-Kriegsgefangene" im Sinne der Einsatzbefehle gemeint sein können. Eine andere Erklärung kann ich für diese Abkürzung nicht finden. In dieser Auffassung werde ich auch durch die Tatsache bestärkt, daß in den Veränderungsmeldungen der Lagerschreibstube unter "Abgänge" jeweils sowjetische Kriegsgefangene unter der Bezeichnung "SU.-Kriegsgefangene" geführt werden, ohne daß der Buchstabe "A" vor die Buchstaben "SU." gesetzt worden ist.

Aus allen diesen Feststellungen anhand der mir vorgelegten Dokumente aus den Halbhäftern 3 bis 13 und meiner Kenntnis von den damaligen, im KL-Buchenwald herrschenden Verhältnissen und bürokratischen Verwaltungsarbeit komme ich zu der abschließenden Feststellung, daß es sich bei den ~~in den~~ von König gezeichneten Namenslisten ~~um~~ im Pferdestall exekutierte sowjetische Kriegsgefangene handelt. Nach meiner Auffassung gibt es gar keine andere Möglichkeit der Erklärung dieser Namenslisten im Vergleich zu den ihnen beigefügten täglichen Veränderungsmeldungen. Es muß also offenbar dem SS-Haupt-scharführer König die Aufgabe zugefallen sein, die im Pferdestall exekutierten sowjetischen Kriegsgefangenen in einer äußerlich neutralen, die Exekution verschleiern den Weise zu

registrieren.

Wenn in den mir vorgelegten Veränderungsmeldungen der Lagerschreibstube in den Halbhäftern 1, 2 und 14 unter der Rubrik Zugänge weitere sowjetische Kriegsgefangene mit dem Zusatz "A.SU-Kriegsgefangene, die in der Stärke nicht geführt werden" verzeichnet sind, ohne daß von König unterzeichnete Namenslisten, die jeweils die-selbe Stärke aufweisen, vorhanden sind, so komme ich auch hier zu der abschließenden Feststellung, daß es sich bei diesen ~~über~~sowjetischen Kriegsgefangenen um "Ausgesonderte" gehandelt haben muß, die im Pferdestall vom Kommando 99 wegen ihrer politischen Tätigkeit exekutiert worden sind.

Wenn ich abschließend gefragt werde, warum und in welcher Eigenschaft SS-Hauptscharführer König diese Listen gezeichnet hat, so erkläre ich, daß König sie nicht als Leiter des Exekutionskommandos 99 an den jeweils ~~aus~~ datumsmäßig ausgewiesenen Tagen, sondern deshalb gezeichnet hat, weil er als ~~Rap~~portführer für das Kriegsgefangenenlager verantwortlich war für die Aufzeichnung der gesamten Häftlingsbewegung an sowjetischen Kriegsgefangenen im KL-Buchenwald. Diese Verantwortlichkeit schloß dann auch die Registrierung derjenigen Kriegsgefangenen ein, die nur zum Zwecke der Exekution in das KL-Buchenwald eingeliefert, oder richtiger-gesagt dem KL-Buchenwald überstellt worden sind.


Weiteres kann ich zu den mir vorgelegten Namenslisten nicht angeben.

Anhand der Veränderungsmeldung vom 23. April 1942 (Halbhäftern 2) fällt mir soeben der Name Grimm auf. Jetzt kommt mir wieder der Name des aus Bayreuth stammenden SS-Führers Philipp Grimm in die Erinnerung, der nach meiner Versetzung von Buchenwald als SS-Führer im Schutzhaftlager eingesetzt war. Ob er ~~Rap~~portführer, oder Schutzhaftlagerführer war, kann ich nicht mehr sagen. Auf jeden Fall war er genauso wie alle anderen SS-Führer und sonstigen Kommandaturangehörigen

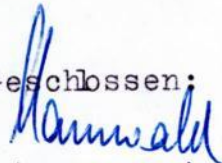
auch in einer unbestimmten Zahl von Fällen an den Erschießungen im Pferdestall in einer mir nicht bekannten Form mitbeteiligt. Er lebt heute noch in Bayreuth als Verwalter irgendeiner landwirtschaftlichen Genossenschaft und ist etwas 60 bis 65 Jahre alt.


Von den noch lebenden Rapportführern benenne ich noch Arnold Strippel, wohnhaft bei Frankfurt am Main, etwa 50 bis 55 Jahre alt, der später auch stellvertretender Schutzhaftlagerführer war. Aufgrund dieser Funktion müßte Strippel auch in der Lage sein, zu den mir heute vorgelegten Dokumenten der Halbhäfte 1 bis 14 des Dokumentenbandes KL III b/7 b als Zeuge Stellung zu nehmen.

In meiner Gegenwart diktiert,
die gewählten Formulierungen in
der Niederschrift entsprechen inhaltlich und überwiegend wörtlich
genau meinen Angaben; Ich genehmige deshalb vorstehende Niederschrift mit meiner Unterschrift:


(Horst Ditttrich)

Geschlossen:


(Hauswald)
Erster Staatsanwalt


(Föhl)
Justizangestellte

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht

z.Zt. Regensburg, den 16.7.70

1 Js 1/64 (RSHA)

V e r n e h m u n g s n i e d e r s c h r i f t

Gegenwärtig:

Erster Staatsanwalt
H a u s w a l d

als Vernehmender

Prommersberger
Justizangestellte

als Protokollführerin

Zur Staatsanwaltschaft Regensburg vorgeladen erscheint
Herr

Kriminaldirektor a.D. Kurt L i n d o w , geb. 16.2.1903
in Berlin, wohnhaft in Regensburg, Aussigerstr. 45

und erklärt nach erneuter Belehrung gemäß § 55 StPO folgendes:

Mir ist vorgehalten worden, daß der Beschuldigte K ö n i g s -
h a u s in seinen Vernehmungen wiederholt bestritt, im Sachge-
biet IV A 1 c als Sachgebietsleiter eingesetzt gewesen sei
(Bd.XIV Bl. 50, 58 ff; Bd. XX Bl.94). Hierzu erkläre ich,
daß Königshaus auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens der
einzige und ausschließliche Sachbearbeiter in IV A 1 c gewesen
ist. Aus meiner Erinnerung möchte ich dazu sagen, daß ich heute
sowohl wie damals vor 28 Jahren einen Unterschied zwischen
einem Sachgebietsleiter und einem Sachbearbeiter innerhalb
eines Sachgebietes nicht machen könnte. Innerhalb des ver-
gleichsweise herangezogenen Sachgebietes IV A 1 a war der
Kriminalkommissar R i k o w s k i zwar der Ranghöchste in
dem mehr als 10 ~~Rxxxxxxx~~ Sachbearbeitern umfassenden Sach-
gebiet. Nur insoweit trifft deshalb auf ihn die Bezeichnung
Sachgebietsleiter zu, ohne daß mit dieser Bezeichnung eine
Funktion im Sinne einer Leitung des Sachgebietes IV A 1 a in
sachlicher oder personeller Hinsicht verbunden war. Die Auf-
gabe einer Leitung des Sachgebiets fiel allein dem Referats-

leiter zu. Letzteres ergibt sich auch aus dem Umstand, daß ich den Beamten des Sachgebietes IV A 1 a z.B. die Vorgänge unmittelbar namentlich zuschrieb, ohne sie über R i k o w s k i dem jeweiligen Sachbearbeiter zuzuleiten.

Von vorstehendem ausgehend kann K ö n i g s h a u s in IV A 1 c nur als der für das Kriegsgefangenenwesen allein zuständige Sachbearbeiter angesehen werden. Wenn P a n - z i n g e r und auch ich in meinen früheren Vernehmungen K ö n i g s h a u s als Sachgebietsleiter IV A 1 c bezeichnet haben, so meinte ich dies nur in dem Sinne, daß er der zuständige Sachbearbeiter auf diesem Gebiet gewesen ist. Wenn zwar auch für T h i e d e k e als Regierungsamtman die Bezeichnung "Sachgebietsleiter" - ohne spezielle Funktion - zutreffen kann, weil er aus der Ebene der Inspektoren und Oberinspektoren durch seinen Dienstgrad herausgehoben war, so trifft das auf Königshaus als ~~Rxxx~~ Pol. Oberinspektor mit gleichem Aufg^{gaben}~~gab~~ebiet wie Thiedeke nur bedingt zu. [Nach meiner sicheren Erinnerung hatte K ö n i g s h a u s während seiner Tätigkeit in IV A 1 c bis Sommer 1943 keinen längeren Urlaub genommen, was ich damit begründen möchte, daß ich nicht weiß und auch heute nicht wüßte, w^{en} ich als seinen Vertreter hätte abstellen sollen, denn in personeller Hinsicht war ich sein Vorgesetzter und hätte während seiner Urlaubsabwesenheit einen Vertreter für ihn einsetzen müssen. Selbst wenn Herr P a n - z i n g e r als Gruppenleiter IV A einen Urlaubsvertreter für Herrn Königshaus bestimmt hätte, hätte ich mit Sicherheit dies als Referatsleiter IV A 1 erfahren.

Sollte Herr K ö n i g s h a u s dagegen an Wochenenden mal Berlin verlassen haben, so hätte ich mich darum nicht gekümmert, zumal an den Wochenenden in meinem Referat kein Dienstbetrieb, auch kein Notdienst oder Dauerdienst eingerichtet war und Herr Königshaus durchaus die Möglichkeit hatte, auch während der üblichen Bürodienstzeit das Amt zu verlassen.

Nach der Versetzung des Herrn K ö n i g s h a u s von IV A 1 c zum Sachgebiet IV D 5 d, das sich ebenfalls noch in der Prinz-Albrecht-Straße bzw. Wilhelmsstraße befand, hatte ich mit Königshaus weder dienstlichen noch privaten Kontakt. Ich kann daher keine Angaben machen, wie lange Herr Königshaus noch im Sachgebiet IV D 5 d auf dem Gebiet des Kriegsgefangenenwesens tätig gewesen ist. Als ich im Sommer 1944 als Lehrer an der SS-~~Führerschule~~-Polizeischule in Rabka bei Zakopane, früher in Berlin-Charlottenburg, versetzt worden bin, habe ich Herrn Königshaus nicht mehr in meiner Dienststelle in der Prinz-Albrecht-Str. 8 gesehen, was jedoch nicht ausschließt, daß er noch in IV D 5 d tätig war.

Wenn ich nach Vorhalt der Aussage des Herrn K ö n i g s - h a u s über den Zeichnungsweg, von dem ^{ich} ~~er~~ als Referatsleiter ausgenommen war (Bd.XIV Bl. 87 u. 90), nach einer Begründung für diese Ausnahmeregelung gefragt werde, so kann ich zunächst nur die Angaben des Herrn Königshaus bestätigen, insbesondere die Tatsache, daß eine schriftliche Verfügung hierüber nicht ergangen ist, wie ich auch schon früher bekundete und daß P a n z i n g e r für diese Ausnahmeregelung auch mir gegenüber keine Begründung gegeben hat. Ich habe auch keine Vorstellung, welche Gründe hierfür maßgebend gewesen sein könnten, abgesehen von dem Umstand, daß mit Ausnahme der Erlaßentwürfe in IV A 1 c die übrige Sachbearbeitung ^{überwiegend} ~~rein~~ formeller Natur war. Im übrigen stand ja bereits zum Zeitpunkt der Übernahme des Referates IV A 1 am 1.7.1942 schon fest, daß das Kriegsgefangenensachgebiet IV A 1 c - wie auch die Gnadensachen IV A 1 d (Eckerle)-aus dem ~~Sachgebiet~~ ~~IV~~ Referat IV A 1 herausgetrennt werden sollte.

Wenn ich nunmehr zum Inhalt der von Königshaus entworfenen bzw. vorverfügten Exekutionsbefehle gegen ausgesonderte

137

sowjetische Kriegsgefangenen (Politruks) gefragt werde, ob es Aufgabe des Königshaus war, jeweils in den Exekutionsbefehlen das Konzentrationslager zu bestimmen, in dem die Exekutionen vorzunehmen waren, so erwidere ich, daß diese Maßnahme, d.h. Bestimmung des Konzentrationslagers ja notwendig gewesen ist, weil oftmals wegen Überfüllung oder Seuchengefahr (Hungerthyphus) das ein oder andere KL gesperrt war.

Nach Vorhalt verschiedener Namen von Konzentrationslagern kann ich mich an folgende KL's erinnern, die für die Exekution der Ausgesonderten jeweils bestimmt wurden: Sachsenhausen, Buchenwald, Dachau, Flossenbürg und Mauthausen.

An weitere KL's, z.B. Groß-Rosen, Neuengamme und Auschwitz als Exekutionsstätten für sowjetische Kriegsgefangene kann ich mich im Zusammenhang mit der durch Königshaus vorzunehmenden Bestimmung der KL's nicht erinnern. Diese Kenntnis ~~xxxxxxx~~ von den zur Exekution bestimmten KL's habe ich lediglich aus der Zeit meiner Einarbeitung bis zum 30.6.1942. Danach habe ich als Referatsleiter IV A 1 zwar auch noch in der Eingangspost von den Stapostellen Kriegsgefangenen-vorgänge auf meinen Tisch bekommen, in denen jedoch lediglich die ~~xxxxxxx~~ Berichte über ausgesonderte Kriegsgefangene enthalten war, nicht dagegen Vorgänge, in denen Königshaus bereits unter Bestimmung des KL's den Exekutionsbefehl vorverfügt hatte. Diese Kriegsgefangenen-vorgänge lagen zusammen mit anderen Geheimsachen und geheimen Reichssachen dann meistens in einem verschlossenen Kuvert der im Hause befindlichen Fernschreibzentrale, von der aus solche Fernschreibeingänge mir direkt verschlossen vorgelegt wurden. Ich sortierte dann die Kriegsgefangenen-sachen heraus, versah sie mit einem Leitvermerk, z.B. IV A 1 c, und ließ sie auf diese Weise an Königshaus weitergehen. Welcher Art ~~xxxx~~ allerdings diese Kriegsgefangenen-vorgänge inhaltlich gewesen sind, kann ich heute, mangels Erinnerung, nicht mehr bezeugen.

Nochmals befragt, ob ich Kenntnis davon erhalten habe, daß Herr K ö n i g s h a u s sich beim Gruppenleiter P a n z i n g e r um seine Versetzung von IV A 1 c bemüht hat, um nicht länger mit Exekutionsvorgängen befaßt zu werden, kann ich nur wiederholen, daß mir hiervon nichts bekannt geworden ist, obwohl ich als Referatsleiter hiervon Kenntnis hätte erhalten müssen. Mir wurde in diesem Zusammenhang nochmals meine Vernehmung vom 19. Juni 1969 Seite 8 vorgelesen, die ich als richtig bestätige.

Mir ist in diesem Zusammenhang die Aussage des Herrn K ö n i g s h a u s vom 26.11.1969 Seite 7 (Bd.XX Bl.87,88) vorgelesen worden. Hierauf erwidere ich: Ich hatte zu Herrn P a n z i n g e r in dienstlicher Hinsicht ein gutes Verhältnis. Auch in p Personalfragen bestand zwischen uns Einvernehmen. Gleichwohl habe ich von Herrn Panzinger nichts erfahren von Versetzungswünschen des Herrn K ö n i g s h a u s . Das schließt aber nicht aus, daß Herr Königshaus sich mit Versetzungsbitten an Herrn Panzinger gewandt haben könnte.

Wenn ich auch zu den Versetzungswünschen des Herrn Königshaus hier weiter keine Angaben machen kann, so möchte ich doch hinzufügen, daß er bei einer Weigerung, seine Tätigkeit bei IV A 1 c weiter auszuüben, mit sehr harten Maßnahmen hätte rechnen müssen. Ich denke dabei an Einweisung in ein KZ bei sofortiger Dienstenthebung und Einleitung eines Strafverfahrens beim SS- und Polizeigericht. Ich bin der Meinung, daß der Amtschef Müller in einem solchen Falle unerbittlich und sehr hart gewesen wäre. Es war also nach meiner Auffassung auch für Königshaus nicht möglich, ohne weiteres auszusteigen. (Vorsehenden Absatz selbst diktiert)

Mir ist aus der Vernehmung des Herrn Königshaus vom 14.10.1969 dessen Aussage auf Seite 4-6 (Bd.XIV Bl.53-55) vorgehalten worden. Ich kann die Angaben des Herrn Königshaus bestätigen. Wenn ich früher ausgesagt habe, daß Herr

139

Königshaus der Mann seitens des RSHA gewesen war, ~~der~~ der stets die Besprechungen mit der Dienststelle "Chef des Kriegsgefangenenwesens" im OKW führte, so habe ich dies in dem Sinne der Aussage des Herrn Königshaus gemeint, daß er mit den zuständigen Sachbearbeitern des OKW's Fragen der Behandlung von Kriegsgefangenen telefonisch abgesprochen hat. Die grundlegenden Besprechungen mit dem OKW über Fragen der Aussonderungen und auf dem Gebiet der GV-Fälle sind auf der Ebene von P a n z i n g e r seitens des RSHA, wenn nicht auf noch höherer Ebene, vorgenommen worden. Es war dann Aufgabe P a n z i n g e r s , Herrn Königshaus über das Ergebnis dieser Besprechungen unmittelbar zu unterrichten und nähere Weisungen über seine Sachbearbeitung bzw. die Vorbereitung neuer Erlasse zu geben.

Regensburg, den 17. Juli 1970

F o r t s e t z u n g
der Vernehmung vom 16. Juli 1970

Zur Frage der Beförderung des Königshaus zum Reg.Amtmann im Februar 1944, wie mir mitgeteilt wurde, kann ich nicht mit Bestimmtheit Angaben darüber machen, ob in dieser Beförderung eine Anerkennung des Königshaus für die in IV A 1 c und später IV D 5 d geleisteten Dienste zu sehen ist. Es erscheint mir fraglich, daß Panzinger als Gruppenleiter IV A zur Frage der Beförderung des K ö n i g s h a u s Stellung genommen hat, als dieser bereits nach IV D 5 d versetzt war, wenn auch Königshaus selbst angibt, wie mir vorgehalten wurde, daß er zu P a n z i n g e r weiterhin dienstlichen Kontakt hatte und nur durch Vermittlung des Panzinger von IV D 5 d zur Sichtvermerkstelle versetzt worden ist. Wenn auch P a n z i n g e r im NS-Sinne eine zuverlässige Persönlichkeit war, wie seine spätere Einsetzung als kommissarischer Amts-Chef des Amtes V des RSHA (Reichskriminalpolizeiamt) = (RKPA) beweist, so hätte

Herrn Königshaus nur ein gravierenderer Vorwurf als seine Versetzungsbitten bei P a n z i n g e r den Tadel eingebracht, in einer Stellungnahme ~~xxHö~~ ihn -Königshaus- von einer Beförderung auszuschließen. Andererseits erscheint es mir richtig festzustellen, daß die im Februar 1944 ausgesprochene Beförderung zum Reg.Amtmann als Beweis dafür angesehen werden kann, daß er in IV A 1 c und IV D 5 d seine Pflichten im Sinne der bestehenden allgemeinen Exekutionserlasse erfüllt hat.

Zu einem nicht näher bestimmbar Zeitpunkt habe ich im RSHA durch Gespräche erfahren, daß Juden in Auschwitz durch Gas vernichtet werden. Ich habe von diesen Vernichtungen in Auschwitz anlässlich von Gesprächen im Kasino am Mittags-~~ti~~sch erfahren. Ob auch Königshaus Kenntnis von den Vergasungen der Juden in Auschwitz ~~wusste~~ hatte, entzieht sich meiner Beurteilung. Wenn er diese Kenntnis bestreitet, wie mir vorgehalten wurde, so erscheint mir das durchaus glaubhaft. Mindestens kann ich nicht Herrn Königshaus widerlegen, inwieweit er von den Judenvernichtungen in Auschwitz Kenntnis gehabt haben muß.

Bei der Bearbeitung der Sonderbehandlungsfälle von polnischen Kriegsgefangenen, die mit deutschen Frauen verbotenen Umgang gehabt hatten, waren rassische Gesichtspunkte nach meiner Meinung ausschlaggebend. Vom Rasse- und Siedlungshauptamt mußte in jedem dieser Fälle ein Gutachten über die Eindeutschungsfähigkeit des Polen eingeholt werden. War der Pole als nicht eindeutschungsfähig beurteilt worden, weil seine slawischen Merkmale überwogen, dann mußte dem RFSS in einem Bericht die Sonderbehandlung des Polen vorgeschlagen werden. Ich weiß nicht, ob der Bericht selbst schon den Vorschlag einer Sonderbehandlung enthielt oder lediglich die Entscheidung des RFSS, ob Sonderbehandlung durchgeführt werden solle, eingeholt wurde. Für die Sonderbehandlung waren mithin rassische Gesichtspunkte ausschlaggebend,

141

und nicht das angebliche Vergehen des betreffenden Polen selbst. Diese Kenntnis habe ich aus der Durchsicht mehrerer abgeschlossener Akten während meiner Einarbeitungszeit erworben.

Über die Zahl der wegen GV's mit deutschen Frauen sonderbehandelten polnischen Kriegsgefangenen kann ich meiner Erinnerung keine Angaben machen.

Mir wurde nunmehr ein Schreiben des CdS vom 18.6.1942 IV A 1 c - 7794/41 zur Durchsicht vorgelegt, in dem Königshaus die Stapo-Stelle Litzmannstadt beauftragt, die Ehefrau des Polen Jablonski von dessen Exekution am 20.5.1942 zu benachrichtigen.

Nachdem mir das vorgenannte Schreiben vorgelegt worden ist und ich es mir durchgelesen habe, möchte ich annehmen, daß die Sachbearbeitung bei IV A 1 c von Herrn Königshaus durchgeführt worden ist und daß die Akten dann nach der Entscheidung des RFSS an IV A 1 c geleitet worden ist. Dementsprechend müßte auch eine Anweisung * zum Erhängen an die Staatspolizeistelle Litzmannstadt von Königshaus aufgesetzt worden sein. (Die letzten beiden Sätze selbst diktiert) Da ein anderer Beamter in IV A 1 c für diese Sachbearbeitung nicht in Frage kommt, da Königshaus allein für das Kriegsgefangenenwesen eingesetzt war und Herold, wie mir vorgehalten wurde, auf diesem Gebiet keine selbständige Arbeit verrichtet hat, ist es andererseits nicht denkbar, daß ein anderer Beamter außer Königshaus den Exekutionsbefehl nach Entscheidung des RFSS weiterbearbeitet hat.

Mir wurden die weiteren von Königshaus gezeichneten Schreiben in gleich gelagerten Fällen vom 23.7.1942 (Szczepaniak,) vom 24.8.1942 (Chalupka) und vom 25.9.1942 (Kowelczyk) vorgelegt. Für die weiteren drei Schreiben und die Frage, ob Königshaus der verantwortliche Sachbe-

arbeiter für den Erlaß des Sonderbehandlungsbefehls nach entsprechender Entscheidung des RFSS gewesen ist, wiederhole ich meine zuvor gemachten Angaben.

Weiteres kann ich zu den mir vorgehaltenen 4 Dokumenten mangels konkreter Kenntnis von der Sachbearbeitung nicht angeben.

Selbst diktiert:

Auf die Frage ob ich selbst Dienstreisen in das Generalgouvernement gemacht habe, antworte ich, daß ich einige Male im GG gewesen bin und dort mit Lagerkommandanten Besprechungen geführt habe. Es kam mir in meinem Aufgabengebiet in IV A 1 darauf an, Prominente Kriegsgefangene genannt zu erhalten, das heißt, wir wollten leitende russische Offiziere, gegebenenfalls KP-Funktionäre oder russische Wirtschaftler, also Personen, die einen tieferen Einblick in die internen Organisationen Rußlands hatten, zu erfassen und nach Berlin zu Vernehmungen überstellen zu lassen. Wir haben solche Personenkreise auch im Ref. IV A 1 vernommen. Ich selbst habe später auf Grund dieser Vernehmungen und mit den Auszügen der Berichte von Einsatzkommandos im Osten einen 73 Schreibmaschinenseitenlangen zusammenfassenden Bericht erstattet. Diese Reisen fielen noch in die Zeit, als Vogt Referatsleiter IV A 1 war. *[Ende der Diktatur].*

Nach meinen Dafürhalten fielen die nach Berlin zur Vernehmung überstellten Kriegsgefangenen nicht unter die Aussonderungsbestimmungen. Wenn es sich auch um Leute gehandelt hat, die für den NKWD gearbeitet haben, so ist damit nicht gesagt, daß es sich bei ihnen um NKWD-Funktionäre gehandelt haben muß, die auszusondern waren. Nach ihren Vernehmungen sind diese Kriegsgefangenen alle wieder in die Kriegsgefangenenlager zurücküberstellt worden, von denen sie nach Berlin zur Vernehmung im RSHA überführt worden waren.

Ich kann mich erinnern, daß ich auch einmal zusammen mit Königshaus im GG bei KdS-Dienststellen mit den dortigen Sachbearbeitern für das Kriegsgefangenenwesen Besprechungen geführt habe. Zu welcher Zeit und an welchen Orten diese stattfanden, kann ich nicht angeben.

Mir wurde vorgehalten, daß am 27.1.1943 in L u b l i n eine Arbeitstagung der sicherheitspolizeilichen Einsatzkommandos in den Stalags des GG stattgefunden hat, die beim Verbindungsführer der Sipo und des SD, beim Kommandeur der Kriegsgefangenen zbV, SS-Sturmbannführer L i s k a stattgefunden und an der ich und K ö n i g s h a u s ausweislich des vorliegenden Protokolls dieser Arbeitstagung vom 28.1.1943, das L i s k a gezeichnet hat, teilgenommen haben. Ich kann mich zwar an L i s k a erinnern, nicht jedoch an diese Arbeitstagung und auch nicht an den Ort L u b l i n . Ich kann mich nicht daran erinnern, mehrmals mit Königshaus an Tagungen im GG oder sonstigen Dienstreisen im GG teilgenommen zu haben.

Mir ist der Inhalt des Protokolls der Arbeitstagung vom 27.1.1943 unter II auf Seite 4 und 5 wörtlich vorgelesen worden. Nachdem mir der Inhalt meines Vortrags vom 27.1.1943 in L u b l i n vorgelesen worden ist, glaube ich mich bei meiner Angabe auf Seite 40 9 2. Absatz, diese Reise sei noch in die Zeit gefallen, als V o g t Referatsleiter IV A 1 war, geirrt zu haben. Ich muß mich jetzt berichtigen. ~~Nach meiner jetztigen Erinnerung habe ich im Jahr 1943~~ Wenn das Protokoll vom 27.1.1943 unter II Absatz 3 von der Meldung hoher politischer Funktionäre, Ölfachleute, Prokureuren usw spricht, so muß ich zu dieser Zeit im GG Vorträge gehalten haben, die dann zur Überstellung von Kriegsgefangenen nach Berlin zu ihrer Vernehmung und der Abfassung meines auf Seite 9 Mitte erwähnten Berichts geführt haben. Daß ich in diesem Zusammenhang auch auf die Aussonderungen zu sprechen gekommen bin und mitgeteilt haben soll, daß bei den Aussonderungen darauf zu achten sei, politisch tragbare Elemente für den Arbeitseinsatz zu erhalten, NKWD-Angehörige nicht in allen Fällen politisch

als untragbar anzusehen wären, künftig nur die wirklich politisch untragbaren Elemente durch ~~xxxwixxx~~ Exekution ~~xx~~ beseitigen werden sollen und es jeweils dem Verantwortungsbewußtsein des Einsatzführers überlassen bleiben müsse, ob der betreffende Kriegsgefangene unbedingt als politisch untragbar im Sinne dieser Richtlinien anzusehen sei, oder ob er doch noch als Arbeitskraft verwendet werden könnte, so komme ich zu der Auffassung, daß ich auf dieser Arbeitstagung einen entsprechenden Erlaß des RSHA den Tagungsteilnehmern mitgeteilt haben wird. An und für sich oblagen diese Ausführungen zuständige~~en~~keitsmäßig nicht mir, sondern Herrn Königshaus.

Mir wurde vorgehalten, daß ich auf Grund der unter II des Protokolls vom 27.1.1943 gemachten Ausführungen über die künftige Handhabung der Aussonderungen und Exekution der "wirklich politisch untragbaren Elemente" meinerseits Richtlinien als Vertreter des RSHA den anwesenden Sachbearbeitern der KdS-Dienststellen mitgeteilt und damit unmittelbar auf die Aussonderungen eingewirkt habe. Ich muß das als Tatsache hinnehmen, so wie dies in dem mir vorgehaltenen Protokoll aufgeführt ist, ohne daß ich hierzu im einzelnen Stellung nehmen kann, weil ich heute an diese Tagung keine Erinnerung mehr habe.


Das gleiche trifft auf die in demselben Protokoll unter I 4-6 zusammengefaßten Vortragspunkte des Königshaus zu. Auch zu den Ausführungen des Königshaus kann ich mangels Erinnerung keine näheren Einzelheiten angeben. Wenn Königshaus unter Ziff. 6 bekanntgegeben hat, daß im Jahre 1942 im Generalgouvernement insgesamt 3217 sowjetrussische Kriegsgefangene ~~xxxkuxi~~ exekutiert und 78 in KL's überstellt wurden, so hat Königshaus diese Angaben sicherlich aus seinen Unterlagen in IV A 1 c zusammengestellt. Mehr kann ich zum Inhalt der von mir und Königshaus gehaltenen Vorträge nicht angeben.

Ich habe Königshaus von unserer gemeinsamen Arbeitszeit im Schutzhaftreferat noch als einen durch seine polizeiliche Ausbildung zur korrekten Pflichterfüllung erzogenen Beamten in Erinnerung, der nur im Rahmen der ihm gegebenen Befehle und Anweisungen gehandelt hat. Irgendeine persönliche HaßEinstellung oder Neigung zur Abwertung politisch anders denkender habe ich bei Königshaus nicht bemerkt. Wäre Königshaus auf der Tagung vom 27.1.1943 anders als soeben geschildert aufgetreten, dann wäre mir sicherlich dies wie auch die Tagung überhaupt noch in Erinnerung.

Abschließend wurde mir das Protokoll vom 27.1.1943 zur Durchsicht und zusammenfassenden Stellungnahme vorgelegt.

Nach Durchsicht des mir vorgelegten Dokuments, das ich aufmerksam durchgelesen habe, kann ich über die bereits oben gemachten Angaben hinaus keine weiteren Einzelheiten bekunden, insbesondere nicht zu den von Königshaus gemachten Ausführungen.

In meiner Gegenwart diktiert, genehmigt und unterschrieben:

Geschlossen:

.....
(Hauswald)
E.Staatsanwalt


.....
(Prommersberger)
Just.Angestellte



.....

V e r h a n d e l t

Auf fernmündliche Vorladung erscheint heute die Rentnerin

Antonie G ü n t h e r, geb. Kühnlenz,
29.6.1904 Schleusingen/Thür. geb.,
1 Berlin 41 (Friedenau), Isoldestr. 3 wohnh.,
Tel.: 851 23 74,

und erklärt nach erneuter Belehrung gemäß §§ 52 und 55 StPO,
nachdem sie in der vorausgegangenen eingehenden Besprechung
mit dem Gegenstand des Verfahrens wieder bekannt gemacht und
auf den Grund ihrer erneuten Vernehmung hingewiesen worden ist,
folgendes:

Mir wurden aus dem Dokumenten-Band A II/2 fünf neue Dokumente
zur Einsicht vorgelegt, die die Exekution polnischer Kriegs-
gefangener betreffen und von dem damaligen mir persönlich be-
kannten RSHA-Angehörigen K ö n i g s h a u s unterschrieben
bzw. gezeichnet worden sind. In diesem Zusammenhang ist mir
gesagt worden, daß der vorstehend genannte K ö n i g s h a u s
sich richtig mit " o e " schreibt und daher K o e n i g s h a u s
heißt.- Im einzelnen handelt es sich um folgende Dokumente:

- 1.) Schreiben CdS IV A 1 c - B.Nr.9519/41 - v. 15.4.1942
betr. Exekution des ehem. polnischen Kriegsgefangenen
Stanislaw K u b c z a k,
- 2.) Schreiben CdS IV A 1 c -7794/41- v. 18.6.1942
betr. Exekution des ehem. polnischen Kriegsgefangenen
Bronslaw J a b l o n s k i am 20.5.1942 und Benach-
richtigung seiner Ehefrau,
- 3.) Schreiben CdS IV A 1 c -9213/41- v. 23.7.1942
betr. Exekution des ehem. polnischen Kriegsgefangenen
Leon S z c z e p a n i a k am 27.5.1942 und Benach-
richtigung seines Bruders,
- 4.) Schreiben CdS IV A 1 c -8113/42- v. 24.8.1942
betr. Exekution des ehem. polnischen Kriegsgefangenen
Stanislaus C h a l u p k a am 7.8.1942 und Benach-
richtigung seines Vaters,
- 5.) Schreiben CdS IV A 1 c -8312/42- v. 25.9.1942
betr. Exekution des ehem. polnischen Kriegsgefangenen
Josef K o w a l c z y k am 9.9.1942 und Benachrichtigung
seiner Ehefrau.

Im Zusammenhang zu den vorgelegten Dokumenten Pos. 1 - 5 ist insbesondere die Beantwortung folgender Fragen von wesentlicher Bedeutung:

- a) Welche Funktion hatte K o e n i g s h a u s in IV A 1, nachdem er den T h i e d e k e ablöste?
- b) Welches Sachgebiet übernahm K o e n i g s h a u s bzw. welches bearbeitete er in der Folgezeit?
- c) War K o e n i g s h a u s Sachgebietsleiter?
- d) Welcher Zeitraum lag jeweils zwischen dem vom zuständigen Sachbearbeiter gefertigten Exekutionsbefehlsentwurf und dem Exekutionsdatum?

Zu d) bin ich gefragt worden, welcher zeitlicher Zwischenraum in der Regel zwischen dem Exekutionsdatum und dem Tage gelegen hat, an dem der zuständige Beamte in IV A 1 c - im vorliegenden Falle K o e n i g s h a u s - den Exekutionsbefehl entworfen und mit seinem Namenszug versehen hat, um den Entwurf alsdann dem P a n z i n g e r als zuständigen Gruppenleiter, und M ü l l e r als Amtschef IV zur Gegenzeichnung bzw. Zeichnung vorzulegen. Mir wurde hierzu vorgehalten, daß im Falle K o w a l c z y k der GV-Tatbestand zwischen Oktober und Dezember 1941 lag, im Februar 1942 die Anzeige gegen die deutsche Frau Jessen erstattet und am 24.2.1942 vom AG-Flensburg Haftbefehl gegen diese und gegen K o w a l c z y k erlassen wurde. Der ehem. polnische Kriegsgefangene K. wurde am 1.4.1942 der GeStapo Flensburg übergeben. Aus den angegebenen Daten ist zu entnehmen, daß der Exekutionsbefehl gegen K. in der Zeit der Tätigkeit des K o e n i g s h a u s erlassen worden ist.

Über meine damalige Tätigkeit als Schreibkraft für K o e n i g s h a u s habe ich in meinen bisherigen Vernehmungen, besonders in meiner letzten am 29.8.1969, eingehend ausgesagt. Ich halte meine Angaben aufrecht, daß ich damals für K o e n i g s h a u s von ihm diktierte Exekutionsbefehlsentwürfe und später nach Zeichnung durch Vorgesetzte des K o e n i g s h a u s die betreffenden Reinschriften schrieb. Im damaligen Sachgebiet IV A 1 c arbeiteten außer mir noch die Schreibdamen M i c h l e r, B e c k und A r n d t für den K o e n i g s h a u s.

Die mir zur Einsicht vorgelegten Dokumente in Fotokopien erkenne ich als echt an. An die darin befindlichen Unterschriften der Kanzleiangestellten P r z i l a s, heute verhelichte B e c k, sowie die des K o e n i g s h a u s kann ich mich heute noch erinnern. Die Unterschrift der Kanzleiangestellten W i n t e r ist mir unbekannt; auch die Person W i n t e r ist mir nicht bekannt.

An den Inhalt der mir vorgelegten Schreiben kann ich mich im einzelnen nicht erinnern. Wenn ich in früheren Vernehmungen aussagte, für K o e n i g s h a u s Exekutionsbefehle geschrieben zu haben, dann bezogen sich diese Schriftstücke auf sowjetische Kriegsgefangene. Ich kann mich heute nicht erinnern, auch Exekutionsbefehle gegen polnische Kriegsgefangene geschrieben zu haben, zumal mir der vorgelegte Text neu ist. Ich möchte heute nach eingehender ^{Überlegung} ~~Meinung~~ sagen, daß ich zu diesem Zeitpunkt von etwa April 1942 bis September 1942 noch nicht für K o e n i g s h a u s in IV A l c gearbeitet habe. Ich ^{war} ~~hatte~~ von meinem Dienstantritt im RSHA im Sommer 1941 ab etwa ein Jahr lang für den POI W e g n e r in IV A l als Schreibkraft tätig. Ich habe auch etwa neun Monate lang für H e r o l d in IV A l als Schreibkraft gearbeitet. Ob dies zwischen meiner Tätigkeit für W e g n e r und K o e n i g s h a u s lag oder nach meiner Tätigkeit für K o e n i g s h a u s, das entzieht sich heute meiner Kenntnis. Mit Sicherheit weiß ich jedoch, daß ich im Januar oder Februar 1944 noch für K o e n i g s h a u s ~~xxxxxxx~~ arbeitete. Dieses weiß ich insofern noch genau, als mein in-^{verstorbenen}zwischen/Ehemann mich damals auf meiner Dienststelle anrief und mir mitteilte, daß er einen Gestellungsbefehl erhalten habe. Als ich dies meinem Vorgesetzten, dem K o e n i g s h a u s, mitteilte, drückte K. darüber sein Bedauern aus und schickte mich vom Dienst vorzeitig nach Hause.

K o e n i g s h a u s war damals Sachbearbeiter und hatte ein eigenes Dienstzimmer. Seinen Vorgänger T h i e d e k e habe ich als Vorgesetzten nie kennengelernt, habe ihn jedoch vom Sehen her gekannt. Auf dem mir vorgelegten Bild Nr. 152 habe ich ihn wiedererkannt. Solange ich für K o e n i g s -

h a u s als Schreibkraft gearbeitet hatte, hatte er - meiner heutigen Erinnerung nach - das Sachgebiet "sowjetische Kriegsgefangene" zu bearbeiten. Ob er in dieser Zeit Sachgebietsleiter war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Es trifft zu, daß ich damals von K o e n i g s h a u s diktierete Exekutionsbefehle im Entwurf und in Reinschrift fertigte. Meine Haupttätigkeit war damals die Luftschutzdiensterteilung für das gesamte Reichsicherheitshauptamt in Berlin. Welcher zeitliche Zwischenraum zwischen der Fertigung des Exekutionsbefehlsentwurfs und dem Exekutionsdatum lag, kann ich mit dem besten Willen nicht sagen. Über den Fortgang dieses Verfahrens ist nie gesprochen worden.

Für den damaligen RSHA-Angehörigen G r ü n d l i n g, den ich auf Bild Nr. 27 wiedererkannt habe, habe ich nie gearbeitet. G. saß im selben Dienstzimmer von W e g n e r. Welches Tätigkeitsgebiet W e g n e r und G r ü n d l i n g damals zu bearbeiten hatten, weiß ich heute nicht mehr.

Um 10.15 Uhr erschien H. EStA Hauswald. (Fortführung der Vernehmung durch EStA Hauswald)

Ich wiederhole noch einmal meine Angaben von S. 3, 2.Abs., 8. Z.v.u., wonach ich noch mit Sicherheit weiß, daß ich im Januar oder Februar 1944 für K o e n i g s h a u s arbeitete. An die Bezeichnung der Dienststelle kann ich mich nicht mehr erinnern. Mir wurde die Bezeichnung "IV D 5 d" vorgehalten als Nachfolger~~xxxxxxx~~-Sachgebiet des Sachgebietes IV A 1 c. An diese Bezeichnung habe ich absolut keine Erinnerung.

Auf eingehenden Vorhalt fällt mir jetzt wieder ein, daß mein Ehemann nach seiner Einberufung zur Wehrmacht im Januar oder Februar 1944 zunächst nach Fürstenwalde/Spree zur Ausbildung kam. Bevor er nach Abschluß der Ausbildung nach Deutsch-Krone

versetzt wurde, kam er Anfang Juni 1944 noch nach Berlin auf Urlaub und besuchte mich für einige Tage. An diesen Zeitpunkt kann ich mich deshalb so genau erinnern, weil er vor meinem Geburtstag am 29.6.1944 lag. Demnach war ich Anfang Juni 1944 noch in Berlin und arbeitete für Herrn K o e n i g s h a u s. Er war demnach Anfang Juni 1944 noch nicht vom Sachgebiet IV D 5 d bzw. dem mir vorgehaltenen Nachfolgesachgebiet IV B 2 a versetzt worden. Aus diesem zeitlichen und örtlichen Zusammenhang folgt, daß ich m.E. noch bis Anfang Juni 1944 auf Diktat des Herrn K o e n i g s h a u s Kriegsgefangenenvorgänge und darunter auch Exekutionsvorgänge gegen sowjetische Kriegsgefangene zu schreiben hatte.

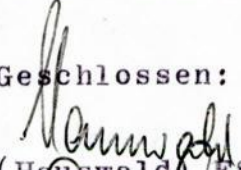
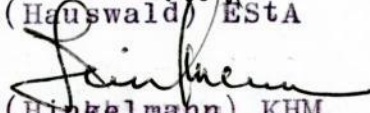
Einige Zeit nach dem Urlaub meines Ehemannes (Anfang Juni 1944) wurde ~~XXXXX Sachgebiet IV D 5 d bzw. dem mir vorgehaltenen Nachfolgesachgebiet IV B 2 a~~ ~~XXXXX~~ ich in ein Ausweichlager des RSHA in der Nähe von Müncheberg/Mark verlegt, welches die Bezeichnung "Dachs" führte. Dort war ich nicht mehr mit Kriegsgefangenenvorgängen beschäftigt, sondern schrieb für H e r o l d in dessen Arbeitsgebiet "Flugblattpropaganda und Abhören von Feindsendern". K o e n i g s h a u s habe ich mit Sicherheit nicht im Ausweichlager Dachs gesehen. Ich kann daher ausschließen, daß K o e n i g s h a u s mit nach Dachs verlegt worden ist. Ich habe auch nichts von einer Verwundung des Herrn K o e n i g s h a u s erfahren.

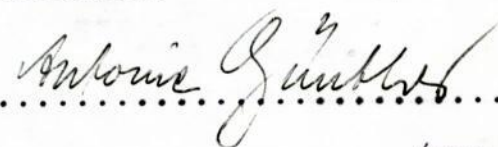
Anhand einer Landkarte ist mir die Lage des Ortes Müncheberg an der Eisenbahnstrecke Berlin-Küstrin gezeigt worden. An die Ortsnamen Wulkow und Trebnitz in der Nähe von dem Lager Dachs habe ich dagegen keine Erinnerung.

Ich kann mich auch nicht erinnern, wie lange ich ⁱⁿ Dachs verblieben und ob ich im Herbst oder Winter 1944/45 nach Berlin zurückverlegt worden bin, bevor ich nach Hof Anfang 1945 verlagert wurde.

An die Namen der Sachbearbeiter G r ü n d l i n g, F u m y und Walter S c h m i d t habe ich aus meiner Tätigkeitszeit im Ausweichlager Dachs absolut keine Erinnerung. Ebenso wenig erinnere ich mich, von wem das Sachgebiet Kriegsgefangenenwesen nach meiner Verlagerung nach Dachs bearbeitet worden ist und ob es überhaupt in das Ausweichlager Dachs mitverlegt worden ist. Wenn mir vorgahalten wird, daß K o e n i g s h a u s vom Sachgebiet Kriegsgefangenenwesen zu einer anderen Dienststelle des RSHA versetzt worden ist, so habe ich ^{und an den Zeitpunkt} daran - wie auch an dessen Nachfolger/- keine Erinnerung, d.h. dieser mir vorgehaltene Wechsel entzieht sich meiner Kenntnis. Ich weiß nur mit Bestimmtheit noch, daß K o e n i g s h a u s bis zu meiner Verlegung nach Dachs mein Sach~~gebiets~~bearbeiter für das Kriegsgefangenenwesen gewesen ist.

Wenn ich auf S.7 meiner Vernhemung v. 24.1.1967 angegeben habe, daß ~~ich~~ "K o e n i g s h a u s bis zum Kriegsende dem Sachgebiet IV A 1 angehört hat", so ist das in dieser Allgemeinheit nicht zutreffend. Ich habe damit sagen wollen, daß K o e n i g s h a u s das Kriegsgefangenenwesen solange bearbeitet hat, wie ich in Berlin bis zu meiner Verlegung nach Dachs im Sommer 1944 tätig gewesen bin.

Geschlossen:

 (Hauswald) EstA

 (Hinkelmann) KHM

Selbst
 gelesen, genehmigt und
 unterschrieben:


 /Hkm.

Auszahlungsauftrag

152

Kassenanweisung

(Belegnummer)

für die Auszahlung von Zeugengebühren

Verbuchungsstelle: Einzelplan Kapitel Titel Unterteil der fortdauernden Ausgaben des ordentlichen Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 19 70

Generalstaatsanwalt

Gericht (oder Staatsanwaltschaft): bei dem KammergerichtBezeichnung der Angelegenheit: Erm. verfahren gegen ehem. Angehörige des RSHA

DM Auslagenvorschuß — in Kostenmarken entrichtet — eingezahlt — zum Soll gestellt — nach Blatt der Sachakten.

wegen Verdacht des MordesAktenzeichen: Js 1.64Termin am 13. August19 70 (RSHA)

Name

Amtsbezeichnung

In Rechtshilfesachen

Ersuchende

Behörde:

Aktenzeichen:

Anleitung:

1. Die Kassenanweisung ist im Durchschreibeverfahren herzustellen und von der Geschäftsstelle vor dem Termin vorzubereiten. Dabei kann in Rechtshilfesachen die Erteilung der Bescheinigung über den erhobenen Auslagenvorschuß unterbleiben, wenn Unterlagen hierfür nicht vorhanden sind.

2. Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Sachakten zu geben.

3. Von den beiden im unteren Teil des Vordrucks vorgesehenen Auszahlungsanordnungen ist bei der Erteilung der Kassenanweisung

a) durch den Feststeller die auf der rechten Seite,

b) durch den Richter usw., die auf der linken Seite zu verwenden.

4. Vom Bezugsberechtigten etwa vorgelegte Rechnungsaufstellungen, Lohnbescheinigungen usw. sind der Kassenanweisung beizufügen.

5. Die einzelnen Ansätze sind, soweit erforderlich näher zu begründen, notfalls auf der Rückseite.

Aufrechnung

Nr. 1: DM Pf.„ 2: DM Pf.„ 3: DM Pf.Summe DM Pf.

	1	2	3
1 Name und Vorname	<u>Günther</u>		
2 Berufsangabe	<u>Angestellte</u>		
3 Aufenthaltsort	<u>Berlin-Friedenau</u>		
	<u>Isoldestr. 3</u>		
4 Stunde			
a) des Termins	<u>a) 9.00 Uhr</u>	<u>a) Uhr</u>	<u>a) Uhr</u>
b) der Entlassung	<u>b) 13.00 Uhr</u>	<u>b) Uhr</u>	<u>b) Uhr</u>
5 a) Antritt	<u>a) 8.30 Uhr</u>	<u>a) Uhr</u>	<u>a) Uhr</u>
b) Beendigung der Reise	<u>b) 13.30 Uhr</u>	<u>b) Uhr</u>	<u>b) Uhr</u>
Berechnung der Entschädigung			
a) Zeitversäumnis	<u>5 Stunden</u>	<u>Stunden</u>	<u>Stunden</u>
zu <u>1 DM 50 Pf.</u>	<u>7 50</u>	zu <u>DM Pf.</u>	zu <u>DM Pf.</u>
b) Reiseentschädigung	<u>km Eisenbahn</u>	<u>km Eisenbahn</u>	<u>km Eisenbahn</u>
<u>XXXXXX</u>	<u>Zuschlag f. E-D-Zug</u>	<u>Zuschlag f. E-D-Zug</u>	<u>Zuschlag f. E-D-Zug</u>
<u>Bus</u>	<u>1.40</u>		
	<u>km Landweg</u>	<u>km Landweg</u>	<u>km Landweg</u>
	<u>km</u>	<u>km</u>	<u>km</u>
c) Aufwand außerhalb des Aufenthaltsorts	<u>Tage Stund.</u>	<u>Tage Stund.</u>	<u>Tage Stund.</u>
d) Übernachtungsgeld	<u>Übernachtung</u>	<u>Übernachtung</u>	<u>Übernachtung</u>
e) Sonstige notwendige Auslagen (z.B. Vertretungskosten)			
5 Summe und Quittung	<u>8 90</u>		

Festgestellt (auf DM Pf.)
 D. Zeuge — zu Nr. 1 — erklärte —
 auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben.
 Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

Name

Amtsbezeichnung

Sachlich richtig.

Auszahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.

den 13. 19 70

Behörde

Unterschrift

Die Zeugen — zu Nr. 1 — ist XXX — bestimmungsgemäß zu entschädigen. und bitte um Postüberweisung.

Berlin 21, den 13. August 19 70

Der Generalstaatsanwalt

bei dem Kammergericht

i.A.

(Hauswald) ESTa

Sachlich richtig und festgestellt (auf DM Pf.)

D. Zeuge — zu Nr. 1 — erklärte — auf Befragen, keinen Vorschuß erhalten zu haben.

Auszahlen und, wie oben angegeben, als Haushaltsausgabe zu buchen.

Durchschrift der Kassenanweisung ist zu den Akten gegeben.

Berlin, den 20. August 19 70

Jaap

Name

Amtsbezeichnung

V e r h a n d e l t

Fernmündlich vorgeladen erscheint heute der Postoberinspektor

Hermann, August S a m u e l,
4.8.1907 Straßburg/Elsaß geb.,
1 Berlin 21, Klopstockstr. 32 wohnh.,
Tel.: 391 87 27,

und er erklärt, mit dem Gegenstand seiner zeugen-
schaftlichen Vernehmung im wesentlichen vertraut ge-
macht und auf sein Aussage- und Zeugnisverweigerungs-
recht gemäß §§ 52 und 55 StPO hingewiesen, folgendes:

Was den Verfahrensgegenstand der Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht Berlin - 1 Js 1/64 (RSHA) - gegen
den ehemaligen RSHA-Angehörigen Franz K o e n i g s h a u s
und andere RSHA-Angehörige wegen Massentötungen sowjetischer
Kriegsgefangener während des letzten Weltkrieges anbe-
trifft, so ist mir von dem mich vernehmenden Kriminal-
beamten in der Vorbesprechung erläutert worden, daß für
das vorliegende Ermittlungsverfahren insbesondere interessiert,
ob und woher ich den vorgenannten K o e n i g s h a u s
kenne sowie ob und ab wann er damals auf der Zentralen
Paß- u. Sichtvermerkstelle bzw. bei IV F 5 im Reichssicher-
heitshauptamt in Berlin tätig war.

Noch zur Person:

Betreffend den von mir gewünschten Lebenslauf, soweit er
mit meiner damaligen Tätigkeit, zuletzt als Polizei-Ober-
inspektor, bei der ZS bzw. bei IV F 5 im RSHA in Berlin
im Zusammenhang steht, verweise ich auf meinen bereits
von mir in einer kriminalpolizeilichen Vernehmung am 18.3.1965
angegebenen Werdegang. Meine diesbezüglichen Angaben sind
zutreffend und ich habe ihnen nichts hinzuzufügen; ich mache
sie zum Gegenstand meiner heutigen Vernehmung.

Zur Sache:

Mir wurde als Erinnerungsstütze die Gelegenheit gegeben, das damalige Vernehmungsprotokoll v. 18.3.1965 nochmals durchzulesen. Die darin aufgeführten Angaben von mir entsprechen in sachlicher Hinsicht noch meinem heutigen Erinnerungsbild und sie bedürfen keiner Ergänzung. Mir sind noch drei weitere Mitarbeiter eingefallen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Es trifft zu, daß ich ununterbrochen ab etwa Kriegsbeginn im Jahre 1939 bis etwa Mitte 1944 der Zentralen Sichtvermerkstelle im RSHA in Berlin, die im April 1943 neu gebildet und von da ab unter der Bezeichnung "IV F 5" lief, angehörte. Mein letzter Dienstgrad war Polizei-Oberinspektor und neben meiner Tätigkeit als Sachbearbeiter war ab Jahreswende 1939/40 ständiger Vertreter des damaligen Dienststellenleiters Polizeirat Erwin J a r o s c h, der nach dem Kriege in Herford wohnte. Mir wurde soeben mitgeteilt, daß J a r o s c h zwischenzeitlich in Düsseldorf verstorben ist.

Die damaligen Aufgaben der ZS bestanden u.a. in der einschlägigen Auswertung, der Ausländerüberwachung und Zustimmung zur Erteilung von Ein-, Aus- und Durchreisevisen. Ich selbst bearbeitete die Anträge von schweizer Staatsangehörigen, die in das damalige Reichsgebiet einreisen wollten bzw. von Deutschen, welche die Absicht hatten, in die Schweiz zu reisen. In Einzelfällen hatte ich auch Anträge für andere Länder und deren Staatsangehörige zu bearbeiten.

Wie schon erwähnt, sind mir drei weitere Mitarbeiter aus der damaligen Dienstzeit in der ZS eingefallen. Es handelt sich um den damaligen

Pol.-Ass. Kurt E s c h r i c h t,
7814 Breisach/Rhein,
Eisenbahnstr. 20 wohnh. (1965),

und die damalige Kanzleiangestellte

Frau Gisela M o h a u p t,
1 Berlin 41,
Kreuznacher Str. 19 wohnh. (1965)

sowie den damaligen Regierungs-Oberinspektor

Willi B e c k e r,

noch

Willi B e c k e r,
8 München 15,
Schedelstr. 14 wohnh. (1968).

Alle drei genannten Personen waren mit mir in der ZS tätig und verblieben auch dort, als ich im Jahre 1944 von dieser Dienststelle versetzt wurde.

Wenn ich gefragt werde, welcher der genaue Zeitpunkt meiner damaligen Versetzung von der ZS-Dienststelle war, so muß ich hierz folgendes sagen:

Meine Tochter Rotraud ist am 20.4.1944 in Wehrkirchen/Ostpreußen geboren. Von der Geburt wurde ich fernmündlich am nächsten Tage verständigt. Ich weiß bestimmt, daß ich damals nicht mehr bei der ZS, sondern auf der neuen Dienststelle war. Wie die neue RSHA-Dienststelle hieß, weiß ich heute nicht mehr. Wer mich damals bei der ZS ablöste bzw. mein Sachgebiet übernahm, weiß ich heute nicht mehr. Anfangs befand sich die ZS in der Zimmerstraße; dann befand sie sich einige Jahre in Pankow, von wo aus ich dann versetzt worden bin.

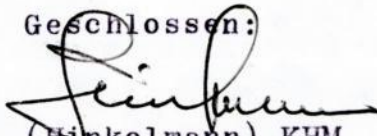
Der eingangs genannte Franz K o e n i g s h a u s ist mir aus der damaligen gemeinsamen Dienstzeit im RSHA in Berlin her persönlich bekannt. Auf dem mir zur Ansicht vorgelegten Lichtbild erkenne ich den betreffenden K o e n i g s h a u s einwandfrei wieder. Ich habe zwar nie mit ihm zusammen gearbeitet, lernte ihn aber kennen, wenn man sich in der gemeinsamen Kantine oder sonst in Dienstgebäuden traf.

Ob und wann K o e n i g s h a u s meine Aufgaben in Pankow übernommen bzw. meine Nachfolge angetreten hat, weiß ich nicht. Ich weiß heute nicht mehr, wo und womit K o e n i g s h a u s beschäftigt war. Vor etwa einem Jahr habe ich eine Pressemeldung von der Festnahme des K o e n i g s h a u s gelesen, ohne daß mir dabei bewußt wurde, daß er mit meiner damaligen Tätigkeit in Pankow im Zusammenhang stehen könnte.

Über die Verwendung des K o e n i g s h a u s bei der ZS in Pankow können nach meiner Meinung nur Mitarbeiter etwas aussagen, die dort noch nach meinem Fortgang bis spätestens April 1944 tätig waren.

Außer den bereits von mir genannten Mitarbeitern kann ich keine weitere Personen benennen, die für dieses Verfahren, insbesondere in bezug auf K o e n i g s h a u s, zweckdienliche Angaben machen könnten.

Geschlossen:


(Hinkelmann) KHM

Orl
..... gelesen, genehmigt und
unterschrieben:

Heinrich Tamm
.....

/Hkm.

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Postoberinspektor

Hermann, August S a m u e l,
4.8.1907 Straßburg/Elsaß geb.,
Berlin 21, Klopstockstr. 32 wohnh.,

und erklärt:

Vor Beginn der heutigen Vernehmung wurde mir eröffnet, daß ich hinsichtlich meiner Zugehörigkeit zum ehem. RSHA zeugenschaftlich vernommen werden soll. Ich bin bereit, sowohl über meinen persönlichen Werdegang als auch die Tätigkeit im RSHA Angaben zu machen.

Als Sohn des Polizeibeamten Hermann S a m u e l wurde ich in Straßburg geboren. Hier besuchte ich auch die Volksschule. Anschließend besuchte ich ein Gymnasium. Nachdem Elsaß-Lothringen französisch wurde, sind meine Eltern aus dem Elsaß ausgewiesen worden und wir verzogen nach Berlin. Hier setzte ich meine Schul- ausbildung fort, die ich Ostern 1926 mit der Reifeprüfung abschloß. Nach Beendigung meiner Schulzeit bewarb ich mich um Verwendung in den gehobenen Polizeiverwaltungsdienst. Da zu diesem Zeitpunkt in der Polizeiverwaltung Berlin keine Stellen frei waren, ließ ich mich bei der Juristischen Fakultät der Berliner Universität immatrikulieren.

Am 16.7.1928 wurde ich als Polizeizivil-Supernumerar vom Polizeipräsidium Berlin eingestellt. Im Verlauf meiner 3jährigen Ausbildungszeit durchlief ich die verschiedenen Zweige der Pol.-Verwaltung. Im Sommer 1931 wurde ich zum Polizeipraktikanten ernannt. Im September 1933 bin ich dann als Polizeiobersekretär planmäßig angestellt worden. Etwa im April 1934 wurde meine Dienstgradbezeichnung in Polizeiinspektor umgewandelt. Etwa Ende 1936 bin ich dann zum Pol.-Oberinspektor befördert worden.

Im Laufe des Monats April wurde ich zur Abt. I A versetzt. Kurze Zeit später wurden die Angehörigen dieser Abteilung zum großen

Teil vom Geheimen Staatspolizeiamt übernommen. Ich kam zur Abt. II und das Referat, in welchem ich tätig war, befaßte sich mit Haft-sachen. Meine Aufgabe bestand darin, den Nachweis über den Verbleib der Häftlinge des Gestapa zu führen und Vorgänge, die über einsitzende Häftlinge eingingen, an die entsprechenden Sach-referate zu verteilen. Im Verlaufe meiner Arbeit erhielt ich zwangsläufig auch Kenntnis von Todesfällen, die unter den für das Gestapa einsitzenden Häftlinge eingetreten sind. Wie es da-zu kam, entzog sich meiner Kenntnis, da hierfür nur die sach-bearbeitenden Referate verantwortlich waren. Soweit ich mich er-innern kann, traten Todesfälle nur bei Kommunisten, Sozialde-mokraten und anders links orientierten Häftlingen ein. Todes-fälle unter Gefangenen anderer politischer Richtungen sind mir nicht bekannt.

Zu den weiteren Aufgaben meines Referates gehörte die Erstellung der Schutzhaftbefehle. Im Anfang war es so, daß SA und SS wahl-los politische Gegner inhaftiert und in eigenen Lagern in Ge-wahrsam hielten. Um eine gewisse Ordnung in die Verhältnisse zu bekommen, wurden für die Häftlinge, deren weitere Inhaftie-rung für erforderlich gehalten wurde, Schutzhaftbefehle ausge-stellt. Die Begründung für die Schutzhaft wurde von den ent-sprechenden S_{ach}referaten geleistet. Die Aufgabe meiner Dienst-stelle bestand lediglich darin, den Sachverhalt zu bestätigen und für die Ausstellung der Schutzhaftbefehle Sorge zu tragen.

Es kann Mitte 1935 gewesen sein, als ich in ein Referat ver-setzt wurde, welches sich mit Staatsangehörigkeitsfragen und Emigratⁿen befaßte. Dazu gehörten auch Juden. Weiter wurde das Problem des politischen Katholizismus sowie Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit, Paßverlängerungen und Ausstellung bearbeitet. Mein persönliches Aufgabengebiet war die Paßver-längerung von Personen, die in der Emigration lebten. Parallel hiermit lief die Frage der Aberkennung der deutschen Staatsan-gehörigkeit. Grundlage für diese Arbeit waren ausländische Pres-seberichte, Berichte der deutschen Auslandsvertretungen und In-formationen, die von V-Personen eingingen.

Etwa bei Kriegsbeginn wurde ich zur sogen. Zentralen Sichtver-

vermerkmstelle versetzt. Soweit ich mich erinnere, gehörte diese Dienststelle zur Gruppe IV C. Die organisatorische Bezeichnung dieses Referates lautete IV C 1 ZS, ohne mich jedoch mit dieser Angabe unbedingt festlegen zu wollen. Die Aufgabe dieser Dienststelle bestand in der Erteilung von Ein-, Aus- und Durchreisevisen. Diese Angabe möchte ich allerdings dahingehend vervollständigen, daß ~~wir~~ für die eigentliche Erteilung der entsprechenden Visen im Ausland die diplomatischen Vertretungen und Konsulate und im Inland die zuständigen Ortspolizeibehörden zuständig waren. Es bestand eine enge Zusammenarbeit mit der Abwehr der Wehrmacht und dem Auswärtigen Amt. Unserer Dienststelle gab lediglich nach Prüfung des Sachverhalts eine Stellungnahme zu den Anträgen ab. Ich bearbeitete Anträge von schweizer Staatsangehörigen, die in das Reichsgebiet einreisen wollten bzw. von Deutschen, welche die Absicht hatten, in die Schweiz zu reisen. In Einzelfällen habe ich auch Anträge für andere Länder bzw. deren Staatsangehörige bearbeitet.

Etwa Mitte 1944 wurde ich erneut versetzt. Ich kam zu einem Referat, welches in einen Ort, der östlich von Berlin lag, verlagert worden ist. Ich glaube, daß es sich um Trebnitz (Mark) gehandelt hat. Diese Dienststelle befaßte sich mit Abwehrangelegenheiten der Länder Dänemark und Schweden. Die Arbeit im dortigen Referat bestand überwiegend aus der Auswertung von Telefonüberwachungen bei den Botschaften dieser Länder. Zu der Zeit meiner Zugehörigkeit zu diesem Referat haben exekutive Maßnahmen gegen irgendwelche Personen nicht stattgefunden.

Um die Wende des Jahres 44/45 wurde ich zu einem Pol.-Batl. eingezogen und kam mit diesem nach Oberösterreich. Bei Kriegsende geriet ich in Passau in amerik. Kriegsgefangenschaft, aus der ich Ende Juni 1945 entlassen wurde.

Als ich zum Geheimen Staatspolizeiamt versetzt wurde, war mein erster Chef ein Staatsanwaltschaftsrat Dr. M i t t e l s b a c h, er ging jedoch einige Zeit später zur Justiz zurück. Sein Nachfolger war ein Dr. C o n r a d y. Auch er war Staatsanwaltschaftsrat und ging ebenfalls nach einiger Zeit zur Justiz zurück. Es war zu dem Zeitpunkt, als H i m m l e r die Leitung

Als ich in das Referat für Staatsangehörigkeitsfragen usw. versetzt wurde, war dessen Leiter ein Oberreg.-Rat L i s c h k a. Über seinen Verbleib kann ich nichts sagen. Bei der Zentralen Sichtvermerkstelle war mein Chef ein Pol.-Rat J a r o s c h. Nach Kriegsende war J a r o s c h in Herford wohnhaft.

Als weitere Angehörige des RSHA, deren Aufenthalt der hiesigen Dienststelle noch nicht bekannt sind, kann ich einen Willi K u f a h l nennen, der heute im Gebiet der Bundesrepublik lebt. Letztgenannter gehörte nicht zu einem Referat, bei welchem ich Dienst versehen habe. Wo er tätig war, kann ich nicht sagen. Weiterhin hatte sich nach dem Kriege der ehem. Pol.-Schr. G e r l a c h schriftlich an mich gewandt. Die Anschriften der beiden Letztgenannten werde ich der hiesigen Dienststelle fernmündlich bekanntgeben. Ein Johannes B a b e r s k e, der vor dem Kriege die russ. Emigrantenorganisationen bearbeitet hat, ist vermutlich bei Kriegsende gefallen.

Geschlossen: selbst
..... gelesen, genehmigt, unterschrieben:

gez. Konnerth gez. Hermann S a m u e l
.....
(Konnerth), KM

161

D
A

I 1 - KI 2

1 Berlin 42, den 19.3.1965

V e r m e r k

Wie vereinbart, teilte der Zeuge Hermann S a m u e l heute fernmündlich die Anschriften des ehemaligen Amtsrates Wilhelm K u h f a h l und des ehemaligen Pol.-Sekretärs Adolf G e r l a c h mit. K u h f a h l hat vor einigen Jahren in Wasbek über Neumünster und G e r l a c h in Hötzum Nr. 73 Krs. Braunschweig gewohnt. Von hiesiger Dienststelle werden gezielte Nachforschungen zur endgültigen Aufenthaltsermittlung der beiden Genannten eingeleitet.

gez. (Konnerth), KM

Ma

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint heute Frau

Gisela M o h a u p t,
22.6.1917 Schneidemühlchen/Posen geb.,
1 Berlin 31(Wilmersdorf),
Kreuznacher Str. 19 wohnh., Tel.: 822 41 59,

und sie erklärt, mit dem Gegenstand ihrer zeugenschaftlichen Vernehmung im wesentlichen vertraut gemacht und auf ihr Aussage- und Zeugnisverweigerungsrecht gem. §§ 52 und 55 StPO hingewiesen, folgendes:

Was den Verfahrensgegenstand der Staatsanwaltschaft bei dem Kammergericht Berlin - Az. 1 Js 1/64 (RSHA) - gegen den ehemaligen RSHA-Angehörigen Franz K o e n i g s h a u s und andere RSHA-Angehörige wegen Massentötungen sowjetischer Kriegsgefangener während des letzten Weltkrieges anbetrifft, so ist mir von dem mich vernehmenden Kriminalbeamten in der Vorbesprechung erläutert worden, daß für das vorliegende Ermittlungsverfahren insbesondere interessiert, ob und ggfls. in welchem Zusammenhang ich den vorgenannten K o e n i g s h a u s kennengelernt habe sowie ob und ggfls. ab wann der Genannte damals auf der Zentralen Paß- u. Sichtvermerkstelle des Reichssicherheitshauptamtes in Berlin, der ich seinerzeit auch eine Zeit lang als Schreibkraft angehörte, tätig war.

Es trifft zu, daß ich während des letzten Krieges im RSHA in Berlin als Büroangestellte tätig war. Ich wurde dort auf Vermittlung des Arbeitsamtes am 1.4.1940 eingestellt. Anhand einer BfA-Bescheinigung v. 14.2.1963, die ich hier zur Einsicht vorlege, war ich mindestens bis zum 1.1.1945 beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin tätig. Während meiner Zugehörigkeit zum RSHA in Berlin war ich ausschließlich auf der Sichtvermerkstelle tätig, die sich anfangs in der Zimmerstraße und später in der Berliner Straße in Berlin-Pankow befand.

Mir

162
Mw

Mir wurde ein dreiteiliges Lichtbild zur Ansicht vorgelegt. Die darauf abgebildete männliche Person ist mir nicht bekannt. Mir wurde gesagt, daß es sich bei dem Abgebildeten um den Franz K o e n i g s h a u s handelt. Auch kann ich mich heute an den Namen K o e n i g s h a u s nicht erinnern.

Mit mir wurde ein namentliches Fernsprechverzeichnis der ehemaligen Beamten und Angestellten der Zentralen Sichtvermerkstelle IV C 1 (ZS) im Dienstgebäude Berlin-Pankow, Berliner Str. 120/1, durchgesprochen. Auf Befragen erkläre ich, daß ich mit Sicherheit weiß, im Oktober 1943 schon in der Berliner Straße in Pankow auf der ZS Dienst versehen zu haben. Wann genau die ZS nach Pankow verlegt worden ist, weiß ich heute nicht mehr. Auch bin ich nicht in der Lage, anzugeben, wann das mir vorgelegte Fernsprechverzeichnis entstanden ist. Von den darin aufgeführten Personen kenne ich noch folgende, von denen ich weiß, daß sie den Krieg überlebt haben:

1. Erwin J a r o s c h,
Düsseldorf, Ganghoferstr.
2. Hermann S a m u e l,
Berlin 21, Klopstockstr. 32,
3. Fritz T i e t z,
Berlin 65, Kattegattstr. 19,
4. Paul W e s t e d t,
Anschrift unbekannt.

Wer damals die Registratur und das Tagebuch geführt hat, kann ich heute nicht mehr sagen. Die Kanzlei, die damals mit etwa 20 Schreibdamen besetzt war, wurde während meiner ZS-Zugehörigkeit ausschließlich von Frl. Luise W i n k l e r geleitet. Über das Schicksal der W. nach dem Kriege ist mir nichts bekannt.

Nochmals befragt erkläre ich, daß ich damals einen RSHA-Angehörigen mit Namen K o e n i g s h a u s nie kennengelernt habe.

Soeben

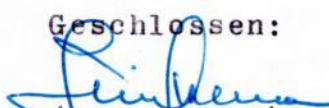
dlw

164

Soeben fällt mir ein, daß ich zu Hause noch einen Brief von J a r o s c h habe, in dem noch einige ehemalige Mitarbeiter der ZS namentlich mit Anschriften aufgeführt sind. Ich werde am 24.8.1970 diesen Brief auf der hiesigen Dienststelle zur Einsicht vorlegen.

Ich bin bisher in NSG-Verfahren nie als Zeugin oder als Beschuldigte von deutschen oder anderen Behörden Behörden vernommen worden.

Geschlossen:


(Hinkelmann) KHM

selbst
..... gelesen, genehmigt
und unterschrieben:

Opisela Mohaupt
.....

/Hkm.

I A KJ 3

1 Berlin 42, den 24. August 1970

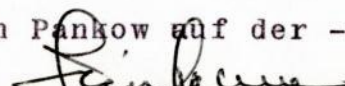
V e r m e r k

Die Zeugin M o h a u p t erschien heute vereinbarungsgemäß und legte einen Brief des früheren Leiters der -ZS-, Erwin J a r o s c h, zur Einsichtnahme vor. Als Absender und Datum sind vermerkt: Düsseldorf-Nord, Ganghoferstr. 13, 26.10.1961.

In dem Schreiben, das die Zeugin in ihrer Vernehmung am 21.8.1970 erwähnte, sind nachstehende ehemalige Mitarbeiter der -ZS- mit ⁶mitgetragenen Anschriften aufgeführt:

1. Adolf G e r l a c h, vermutl. Sb.,
Hötzum/Krs. Braunschweig, Nr. 73,
2. Paul W e s t e d t, vermutl. Sb.,
Leverkusen-Rheindorf, Ackerweg 2,
3. Kurt E s c h r i c h t, vermutl. Sb.,
17b Breisach/Rhein, Eisenbahnstr.20,
4. Richard H e i n r i c h, vermutl. Sb.,
24 Winsen/Luhe, Lüneburger Str. 85 oder
20a Fallingbostel, Vogteistr. 3a.

Von den von 1. - 4. genannten Personen glaubt die Zeugin M o h a u p t, daß diese sowohl in der Zimmerstraße als auch später in der Berliner Straße in Pankow auf der -ZS- tätig waren.


(Hinkelmann) KHM

1. p. 1. 64 (RSHA)

v.

1. Schreiben:

an

bet. Sachdienst Anwesen.

Zuschrift: Em. vsp. wegen Einreistörungen poln. Kriegsgefangener
(Sonderbehandlungen) in GV-Fällen gegen ehem.
Angehörige des RSHA.

In vorbeschriebener Sache bitte ich um Auskunft über
das Schicksal folgender Personen:

- 1) Polnischer Kriegsgefangener Jan Lewandowski,
geb. am 25. Dezember 1909 in Grabina,
Kpf. Nr. 374, Stalag XII F Forbach,

am als Kriegsgefangener entlassen am 4. Juli 1942,
an Stg. 1 St. Saarbrücken inhaftiert am 19. 8. 1942,
Abt. 1 St. Saarbrücken IV C 2 H Nr. L 13305 vom 21. 12. 1942
mit Einweisung in das KL Züchenwald als Häftling der Stufe II,

- 2) Polnischer Kriegsgefangener Wladislaw Kof,
geb. am 28. 4. 1919 in Reczyca,

Gefangenen-Nr. XXA 1315 Stalag VI J, Gruppe K. J., Krefeld-
an Stg. 1 St. Saarbrücken inhaftiert am 31. 10. 1942,
Abt. 1 St. Saarbrücken IV C 2 H Nr. K 29095 vom 5. Dezember 1942
Einweisung in das Sonderlager Hinzert am 8. März 1943,
Einweisung in das KL Dachau am 24. Nov. 1943 für 25 Jahre.

- 3) Polnischer Zivilist Felix Glaszczyk,
geb. am 23. Mai 1915 in Janów bei Posen,
Heimatsbefehl IV C 2 Heft Nr. B 26204 vom 23. 10. 1942,
Überstellung in das SS Sonderlager Hinzert am 1. 3. 1943,
Überstellung an den HSSPf Rhein am 29. 12. 1943,
nachdem die am 11. Sept. 1942 festgestellte „Endentscheidung“
„Fehlbescheid“ nach einer Sippensicherungsprüfung am 20. 9. 1943
widerrufen worden ist.
- 4) Polnischer Kriegergefangener Marian Jarosz,
geb. am 17. April 1912 in Długosza,
Stapel XII F Forbach, Gefangenen Nr. 11851 bis 27. 7. 1942
Heimatsbefehl IV C 2 Heft Nr. G 18459 vom 11. 2. 1943 mit
Zuweisung in das KL Mauthausen als Häftling des Strafe II

Mit bestem Dank und
vorzüglichster Hochachtung

M.
7. 9. 70

2, IdA.

Gep. 7. 9. 70 Tel.

2-1) Sck. ab

8. SEP. 1970

N.